

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 14. Mai 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verkehrs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgespaltene Kolonne je Zeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenanzeigen und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Die Streikbewegung in Frankreich.

### Clemenceaus Schredenregiment.

Paris, 12. Mai. (Eig. Ber.)

So ist der Ordnungsfoller Herr der Republik geworden. Die Clemenceau, Briand, Viviani, Barthou, Caillaux, die von allen Bourgeoisdemokraten Europas verehrte Sippe von erleuchteten Reformsozialisten und Sozialradikalen haben gegen den Poststreik den wüsten Schreden ausgerufen. Der heutige Ministerrat hat die Abiegung von 221 Beamten und Unterbeamten beschlossen. Die Ausnahmeverfügung aus den Tagen des ersten Poststreiks soll also den zweiten brechen. Die „Autorität“ will ihre Gelatomben. Und wenn die 200 nicht genügen, den freien Bürgersinn der Beamten zu beugen, sollen weitere Hunderte folgen. Sicher Laufende ins Elend gestürzt, lieber den ganzen Staat in eine revolutionäre Krise getrieben, lieber die ganze arbeitende Klasse in furchtbaren, rücksichtslosem Haß gegen die Republik der Kapitalisten und ihrer Schmarotzer gehetzt, als daß den Beamten das schlichte Recht gegeben würde, sich als Arbeiter anzusehen und zur großen proletarischen Gemeinschaft zu bekennen. In diesem Augenblick erlebt der demokratische Optimismus, der Glaube an die friedliche Entwicklung der modernen Gesellschaft zum Sozialismus sein endgültiges Fiasko. Schon die wahrhaftig nicht gesellschaftstürzende Forderung des Gewerkschaftsrechts für die Beamten genügt, um die bürgerliche Regierung alle Schreden bourgeoisen Klassenkandidatur entfesseln zu lassen. Und die Hoffnung aller Demokraten, das alle „Volkinteressen“ jährende, die soziale Befreiung paragraphenweise vorwärtsbringende Parlament steht ohnmächtig und mit seiner Ohnmacht still zufrieden auch diesmal beiseite, wie immer in den schicksalsschweren Augenblicken des Klassenkampfes, wie im Juni 1848 und im Frühling 1871.

Nach dem Beschluß des Ministerrats bleibt keine andere Deutung mehr übrig, als daß die Regierung die Arbeiterklasse zu einem Entscheidungskampf herausfordern will — offenbar, weil sie sich darauf verläßt, daß ihre Vorbereitung vorläufig noch die bessere ist. Ohne diese Deutung läßt sich ihr Vorgehen nicht erklären. Die offizielle Statistik suchte heute zu beweisen, daß nur ein kleiner Teil der Beamten dem Streikbeschluß Folge geleistet hätte. Natürlich waren die Zahlenangaben tendenziös, aber jedenfalls hätte die Regierung auch von ihrem Standpunkt abwarten dürfen, ob sich die Bewegung nicht abbläut. Die Regierung wußte aber auch, daß heute Nacht die Gewerkschaften des Seine-Departements ihre entscheidende Beratung über ihr Verhalten zum Streik abholten und daß ihre Verfügung die Beschlüsse, die dort gefaßt worden, entscheidend beeinflussen muß. Will sie die Ausbreitung des Kampfes auf andere Berufe haben, um dann den großen Schlag gegen die Gewerkschaftsbewegung, nach dem die Kapitalistenpresse schon solange schreit, führen zu können?

Wenn die Regierung diesen Plan hat, darf man sie gewissenlos und verbrecherisch nennen, aber immerhin — ein politischer Gedanke, wenn auch ein schredlicher steht darin. Andernfalls ist die jetzige Krise das Werk einer Unfähigkeit, wie man sie nur in den verrottesten Staatswesen an der Macht sieht. Doch in gewaltiger Größe zeigt sich die Idee des proletarischen Klassenkampfes, die sich im Verlaufe der Begebenheiten immer klarer aus dem Gewir der Zufälligkeiten löst. Die Regierung kennt nur das eine Mittel: die Polizei, auf niedrigerer und höherer Stufenleiter. Mit brutalen Verhaftungen hat der Konflikt vor zwei Monaten begonnen — mit Verhaftungen von Beamten, die gegen einen gefährlichen Minister demonstrierten. Daraus entstand der erste Streik mit der Forderung nach Entfernung dieses Vorgesetzten. Aber im Streik erwuchs die Solidarität der Beamten mit den Arbeitern und ihr proletarisches Bewußtsein mit der Triebkraft revolutionärer Zeiten. Die proletarische Idee führte die Beamten zur Forderung des Gewerkschaftsrechts, die Solidarität zur ideellen Teilnahme an der Märschier. Und die Regierung erwiderte auch diesmal mit Polizeimahregeln, die als Notwehr den neuen Streik hervorriefen. Der bürgerliche Staat mit all seinem verbollkommneten Apparat und mit all seinen komplizierten sozialen Funktionen wird gegenüber der Arbeiterklasse immer wieder der brutale Polizeistaat, den der Absolutismus errichtet hat.

Die Nachrichten vom heutigen Tage lauten durchaus widerspruchsvoll. Die Regierung hat das offensichtliche Bestreben, durch ihre Darstellung die Beteiligung am Streik als möglichst gering hinzustellen und dadurch die Streikenden einzuschüchtern. Dagegen erklären die Führer der Streikenden, daß der Streik an Ausdehnung zunehme. Wirkliche Klarheit aber wird erst in den nächsten Tagen gewonnen werden.

Dagegen liegen bereits Beschlüsse vor, die von weittragenden politischen Folgen sein können. Heute wird zwar die Regierung in der Kammer ein Vertrauensvotum erhalten, aber dieses parlamentarische Votum hat von vornherein seine

Bedeutung verloren, denn das Exekutiv-Komitee der radikalen und der sozialistisch-radikalen Partei trat heute nacht zusammen und nahm eine Tagesordnung an, in welcher das Komitee den Ausstand der Postbeamten mißbilligt, den Parlamentariern der Partei es überläßt, nach dem Ende des Ausstandes in einer Interpellation die allgemeine Politik der Partei hervorzuhelien, und jede Solidarität mit dem Kabinett ablehnt, dessen Regierungsmethode der Parteitradition widerspreche.

Damit hat aber die Regierung Clemenceaus von ihrer Majorität ein eklatantes Mißtrauensvotum erhalten. Der Beschluß besagt, daß zwar diese bürgerlichen Parteien nicht den Mut aufbringen, den Beamten ihr Recht zu geben und vor allem die Einstellung des Streiks verlangen, obgleich sie selbst zugeben, daß es die Niedertracht der Regierung war, die die Beamten in den Streik hineingezwungen hat. Aber zugleich wird diesen Beamten versprochen, daß diese Regierung sofort nach Beendigung des Streiks befeitigt werden soll. Und es ist vielleicht zu erwarten, daß eine neue Regierung den radikalen Traditionen entsprechend den Forderungen der Beamten größeres Entgegenkommen beweisen wird, so daß der Streik auf keinen Fall erfolglos bleiben wird.

Von größerer Bedeutung ist aber die Haltung des Proletariats. Die Bergarbeiter haben nach langer Beratung die Proklamierung des Generalstreiks abgelehnt. Dagegen hat die Vereinigung der Arbeitersyndikate des Departements Seine einen Antrag angenommen, in welchem sie sich verpflichtet, die im Ausstand befindlichen Postbeamten zu unterstützen, eventuell durch Erklärung des Generalstreiks. Nächsten Sonntag sollen große Versammlungen abgehalten werden, in denen die Frage des Generalstreiks erörtert werden soll. Sodann wurde die Allgemeine Konföderation der Arbeit beauftragt, alles mögliche zu veranlassen, um bei den Syndikatsverbänden sowie in den Arbeitsbüros eine Bewegung in diesem Sinne einzuleiten. Einer der Redner erklärte in der Versammlung der Postbediensteten, in längstens vier Tagen werde keine einzige Telegraphenlinie mehr funktionieren. Man werde dann sehen, daß die von der Regierung vorgegebenen Maßnahmen, Funkentelegraphie, Brieftauben, nichts als ein leerer Haß seien.

Im Nachstehenden verzeichnen wir die wichtigsten telegraphischen Nachrichten:

#### Eine Streitversammlung.

Paris, 12. Mai. Etwa 8000 ausständige Postbeamte hielten heute abend eine Versammlung ab und nahmen eine Tagesordnung an, in der es heißt, die Anwesenden, die entschlossen sind, sich mit Gewalt die Freiheit der Meinung, die ihnen abgesprochen worden ist, zu verschaffen, stimmen dem Ausstande zu und verpflichten sich, alles zu tun, um die Ausbreitung der Bewegung zu fördern.

#### Keine Kenderung.

Paris, 13. Mai. In den verschiedenen Postämtern zählte man beim Dienstantritt heute früh ebensobiel Beamte wie gestern. Die Versuche, die Beamten abspenstig zu machen, scheinen keinen bemerkenswerten Erfolg zu haben. In Lyon fehlt kein Mann. In Bordeaux hat sich die Lage etwas gebessert; fast alle Telegraphisten sind wieder zum Dienst gekommen.

#### Verstörte Leitungen.

Paris, 13. Mai. In der Umgegend von Ville wurden die Telegraphen- und Telephonlinien der Leitung nach Dünkirchen und Hazebrouck durchschnitten.

#### Die offiziöse Darstellung.

Paris, 13. Mai, 1 Uhr 30 Minuten nachmittags. Der Schichtwechsel um 11 Uhr im Haupttelegraphenamt ist ohne Störung erfolgt. Es fehlen nur sehr wenig Beamte. Von den Fahrpostbeamten fehlen gleichfalls wenige. Nur bei der Okbahn sind viele Ausständige. In den einzelnen Postämtern vollzieht sich der Dienst normal. Von 1400 Telephonbeamten streiken 24; der Streik scheint im Abnehmen begriffen, nur von den Arbeitern streikt noch ein Drittel. Unter den Drucksachenboten wird lebhaft agitiert.

Die Provinz ist ruhig, immerhin streikt in Carcassonne ein Fünftel, in Lille ein Drittel der Beamten. Auch in Havre dauert der Streik fort. In Lille ist ein Telegraphenapparat zerstört, in Paris ein Briefkasten mit 150 Briefen verbrannt worden. Die Regierung hat für die entlassenen Postbeamten bereits neue eingestellt, nur für die vom Dienste suspendierten Fahrpostbeamten ist noch kein Ersatz geschaffen. 150 Drucksachenboten des Hauptpostamtes, die sich weigerten, ohne Begleitung von Soldaten hinauszuhehen, da sie fürchteten, von den Streikenden belästigt zu werden, sind sofort entlassen worden.

#### Die Kammeritzung.

Paris, 13. Mai. Die Deputiertenkammer setzte heute die Verhandlungen über die Interpellationen betreffend die Postbeamten fort. Sembat (Soz.) trat den Theorien des Ministers Barthou entgegen und erklärte, die Beamten hätten außerhalb ihres Bureaus wie alle übrigen Bürger das Recht, die Regierung zu kritisieren, und warf Clemenceau vor, den Krieg entfesselt zu haben. Jaurès sagte, der Kampf würde nur ein Ende nehmen, wenn man das Syndikat der Beamten anerkenne. Clemenceau belämpfte jetzt das Werk, an dem er bis zu den letzten Jahren gearbeitet habe. Als Barthou

Reformen versprochen, hätte jedermann verstanden, was man sich davon zu versprechen habe. (Lärm.) Zwischen einigen Sozialisten und sozialistischen Radikalen brach nunmehr ein lebhafter Streit aus, weil ein Radikaler einem Sozialisten vorwarf, mit Hilfe der Reaktionsären gewählt worden zu sein. Die Sozialisten stimmten die Internationale an, worauf der Präsident unter lebhafter Bewegung die Sitzung aufhob und die Tribünen räumen ließ.

## Ein Zwischenfall in der Finanzkommission.

Heute ist es in der Finanzkommission zu einer kleinen Zwischenkrise gekommen. Der Abgeordnete Paasche hat den Vorsitz niedergelegt und die Abgeordneten Wiemer und Weber haben namens der freisinnigen und der nationalliberalen Mitglieder der Kommission erklärt, daß sie sich an den Beratungen nicht mehr beteiligen würden. Den letzten Anstoß zu dem nun offenen Bruch zwischen Konservativen einerseits und den Nationalliberalen und Freisinnigen andererseits gab die Diskussionsstatistik des Zentrums. Die Kommission hat, wie wir gestern berichtet haben, auf Antrag der Konservativen beschlossen, die Abstimmung über den letzten Artikel des von ihr in allen Einzelheiten durchberatenen Gesetzentwurfes über die Wertbesteuerung des Tabaks auszusagen, um zu prüfen, ob die Vandalensteuer nicht vielleicht besser sei. Daß Freisinnige und Nationalliberale mit für den Antrag stimmten, war eine Dummheit mehr zu den vielen, die sie unter ihrer fragwürdigen Führung in der Steuerfrage schon gemacht haben. Das Zentrum kam nun heute zur stillen Freude der Konservativen mit neuen Vorschlägen. Herr Paasche wollte nun, als die Generaldebatte über die Vandalensteuer und über die neuen Vorschläge, die eine Ermäßigung der Zulandsteuer und des Holzes auf den Rohstoff und dafür die Einführung der Vandalensteuer bezweckten, geschlossen war, die gestern ausgefetzte Abstimmung vornehmen. Er vertat dabei den Standpunkt, daß der gestern in seiner Abwesenheit gefaßte Beschluß, über einen Antrag zu beraten, der einem eben gefaßten Beschluß entgegenstehe, nicht korrekt gewesen sei. Unmöglich sei es, über die Frage, ob eine Vandalensteuer eingeführt werden solle, heute nochmals, wie verlangt wurde, abzustimmen, weil dieser Vorschlag durch die gestern erfolgte Annahme der Wertsteuer gefallen und somit für diese Sitzung erledigt sei. Das war zweifellos richtig. Aber die Konservativen wollten den offenen Bruch, und so verweigerten sie mit dem Zentrum und den Vertretern der Wirtschaftlichen Vereinigung die ausgefetzte Abstimmung über den letzten Artikel des Wertsteuergesetzes. Damit war jede Weiterberatung unmöglich gemacht; Paasche legte sein Amt nieder, die Nationalliberalen und Freisinnigen verließen zum Protest gegen die Vergeßlichkeit der Geschäftsordnung den Saal, und Spahn trat an seine Stelle, um die Vertagung und als Tagesordnung für morgen das Finanzgesetz zu verhandeln. Die Tabakwertsteuer kann also nicht leben und nicht sterben, denn die Mehrheit der Kommission weigert sich, über ihren letzten Paragraphen abzustimmen, damit sie nicht ins Kleium gebracht werden kann. Und bei allen diesen blamablen Vorgängen figt der „Steuerfuch“ Syndio dabei mit einer Miene, als ob ihm die ganze Geschichte nichts angehe. Und vielleicht geht es ihm wirklich nichts an, da er ja als Opfer der Konservativen geschlachtet werden soll, wenn Wilow seinen Frieden mit den Junkern macht.

Diese kleine Krise beweist aufs neue, wie stark die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien geworden sind. Die Konservativen benützen jede Gelegenheit, die Liberalen fähig zu lassen, daß sie mit ihnen fertig sind und die Finanzreform mit dem Zentrum machen wollen. Die Liberalen wollen das aber noch immer nicht kapieren und werden sicherlich wieder brav zur Weiterberatung antreten, bis den Konservativen ihr Wille geworden und sie den Wilow unter ihr laudnißliches Joch gezwungen haben werden.

## Geisthäupte Junker.

In Dreiklassenparlament kam es am Donnerstag zu stürmischen Szenen. Bei der dritten Lesung des Etats des Ministeriums des Innern nahm Genosse Hirsch die Gelegenheit wahr, noch einmal die skandalöse Polizeispiegelwirtschaft zu brandmarken, die namentlich in Berlin ihr Unwesen treibt. Des weiteren nahm Genosse Hirsch eine gründliche Abrechnung mit den beiden konservativen Abg. Stroffer und Arnim-Büsedom vor, die sich bei der zweiten Lesung des Etats zu Sprachrohren reichsverbändlerischer Zitätenmaterials gemacht hatten. Im die unerhörte Polizeispiegelwirtschaft, wie überhaupt die behördliche Ausnahmepolitik gegenüber der Sozialdemokratie zu rechtfertigen, hatten die beiden Herren den leeren Versuch gemacht, die Sozialdemokratie der Abblät des gewalttätigen Umsturzes, der Revolutionsmacherei und des Dynamitardentums zu überweisen. Als Beweises bedienten sie sich dabei des reichsverbändlerisch gefälschten oder entstellten Eigenmaterials aus dem Zusammenhang gerissen, dadurch in ihre Gegenwart verkehrt oder gar erfundener Itate. Genosse Hirsch hatte sich der Mühe unterzogen, diese Itate, so weit ihre Quelle angegeben oder zu erraten war, nachzuprüfen und dabei gefunden, daß sie in der ungläublichsten Weise verfälscht, entstellt und dadurch in ihrem Sinne geradezu gefälscht waren. Dieses für die Herren Stroffer und Arnim vernichtende Ergebnis seiner vergleichenden Studien legte unser Genosse in aller Gründlichkeit und Unerbittlichkeit dem Hause dar.

Die Hamierten Kostgänger des Reichsverbandes sahen mit roten Köpfen da. Herr v. Arnim zitierte sich dann kurz entschlossen seinen Sekretär, der ihm aus der Tasche helfen sollte. Aber ach, dieser hilfsreiche Geist konnte zwar Herrn v. Arnim ein paar neue Zeitungsausschnitte reichsverbänderischen Ursprungs in die Hand stecken, aber trotz alles Drängens seines Brotgebers an der blamablen Kasse, daß sich Herr v. Arnim gleich seinem Freunde Stroffer entstellter und gefälschter Zitate bedient hatte, nicht das geringste ändern. Trotzdem fand Herr v. Arnim-Jäsedom den ersäunlichen Mut, die Tribüne zu besteigen und durch erneutes Zittern auseinandergerissener und entstellter Bruchstücke den Beweis für die Nichtigkeit seiner Behauptungen zu versuchen. Dabei mußte er selbst zugeben, daß er die angeführten Scheiten, deren Originale frisch auf den Tisch des Hauses niedergelegt hatte, in ihrem wahren Wortlaut heute zum ersten Male zu Gesicht bekommen hätte! Ferner hatte der brave Sozialisten-täter das Maßlein, als Zitat aus der „Bremer Bürger-Ztg.“ irgend einen reichsverbänderischen Erguß gegen unser Bremer Bruderorgan vorzulesen! Schließliche aber gab Herr v. Arnim selbst zu, daß er aus den sozialdemokratischen Reden und Schriften nur das zitiert habe, was ihm zu seinem Zweck gepaßt habe!

Begreiflicherweise löste diese ebenso Nüchternheit wie unverborene Verteilung lebhafter, teils höhnische, teils entrüstete Juruse unserer Genossen aus. Als Herr v. Arnim sich diese Zwischenrufe mit der Bemerkung verbat, die Herren der Sozialdemokratie könnten sich ja zur Entgegnung zum Wort melden, erfolgte die prompte Antwort des Genossen Hoffmann, daß die Herren Konserverativen ja bereits einen Antrag auf Schluß der Debatte gestellt hätten! Und in der Tat: ein solcher Schlußantrag wurde unmittelbar nach Herrn v. Arnims Rede zur Abstimmung gebracht und mit den Stimmen sämtlicher Konserverativen und Freikonserverativen angenommen! Die übrigen Parteien schämten sich diesmal denn doch einer parlamentarischen Strauchrittertafel, die Genosse Hoffmann derb aber wahr mit dem Ruf charakterisierte: „Erst lägen sie, daß sich die Balken biegen und dann machen sie Schluß.“ Genosse Hoffmann erhielt dafür zwar seinen Ordnungsruf, aber das tat dem Eindring der schweren moralischen Niederlage der Rechten nicht den geringsten Abbruch.

Die weitere Beratung des Etats des Ministeriums des Innern lieferte wieder den Beweis, daß die innere Politik Preußens im großen ganzen eine Politik der Unterdrückung ist, unter der nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Polen und Dänen zu leiden haben. Die Beschlüsse der Abg. Seyda und Wizerski von den Polen und des Abg. Rissen (Däne) sind leider nur allzu berechtigt. Mühen es sich die Dänen doch sogar gefallen lassen, daß selbst die in ihren Vereinshäusern stattfindenden Hochzeiten regelmäßig von zwei Gendarmen überwacht werden! Die Saalabteilungen und alle die anderen Schikanen, die die Sozialdemokraten am eigenen Leibe tagtäglich spüren, sind auch den Anhängern dieser Parteien gegenüber beliebt. Daß die Mehrheit des Dreiklassenparlamentes die Politik der Regierung billigt, zeigt doppelt, wie falsch diese Politik ist. Das preussische Volk wird davon jedenfalls nichts wissen.

Nach Erledigung der Generaldebatte zum Etat des Ministeriums Jeries das Haus noch einige Anträge, darunter einen konservativen Antrag, der dem Unwesen der Animerkneipen ein Ende bereiten soll. Die Regierung wird darin aufgefordert, mit aller Schärfe die Animerkneipen auszurotten und falls die bestehenden Befehle nicht ausreichen, die Gesetze eventuell unter Geltendmachung ihres Einflusses im Bundesrat abzuändern.

In vorgeschriebener Stunde begann dann noch die dritte Lesung des Etats der Eisenbahnverwaltung, die den Abg. Röschling (natl.) veranlaßte, den Terrorismus der Unternehmer als etwas Erlaubtes hinzustellen. Es ist erfreulich, daß endlich einmal ein Vertreter der Bourgeoisie so offen ist, zuzugeben, daß seine Freunde Terrorismus seien. Das illustriert so recht deutlich, daß in Preußen der Sach gilt: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe! Und soll es recht sein.

Die weitere Debatte wurde auf Freitag verlagert.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Mai 1909.

### Berner Uebereinkunft und Bankgesetz.

Aus dem Reichstage, 13. Mai. Mit einer Reihe verschiedenartiger Vorlagen hatte sich heute der Reichstag zu befassen, doch nur zwei davon führten zu einer eingehenden Debatte. Das war zunächst die revidierte Berner Uebereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst. Dieser ursprünglich im beschränkteren Umfange abgeschlossene Vertrag ist auf einer Konferenz in Berlin erweitert worden und wurde nun in der Fassung vom 13. November 1908 dem Reichstag zur Genehmigung unterbreitet. Ein internationaler Vertrag kann natürlich nur ganz angenommen, oder ganz abgelehnt, nicht aber amendiert werden. In der Debatte ergab sich Uebereinkunft darüber, daß der Vertrag anzunehmen ist, da er immerhin gegenüber dem gegenwärtigen Rechtszustand Vorteile für deutsche Schriftsteller und Künstler bei Verwertung ihrer Werke im Auslande enthält. Es wurde nur besonders aufsehtig bedauert, daß es nicht auch gelungen ist, die Vereinigten Staaten von Amerika zum Anschluß zu bewegen. Genosse Dieh, der namens der Sozialdemokratie sprach, wies darauf hin, daß die Uebereinkunft ein Beispiel dafür liefere, welche kulturelle Fortschritte sich auf dem Wege internationaler Verständigung erzielen lassen. Er betonte dann besonders, daß bei dem deutschen Gesetz, das auf Grund dieser Vereinbarung die Rechtsverhältnisse in Deutschland selbst, demnachst neu regeln muß, es hauptsächlich darauf ankomme, die Schutzfrist für Werke der Literatur und Kunst nicht zu verlängern. Gegenwärtig ist in Deutschland ein Werk nach 30 Jahren über den Tod des Verfassers hinaus geschützt. Die Bestimmungen der Uebereinkunft gehen darüber hinaus, indem sie als äußerste Grenze für die Vertragsstaaten 50 Jahre festsetzen. Dieh betonte treffend, daß es ein arger Mißgriff sein würde, wollte man diese Schutzgrenze auch für Deutschland selbst einführen, da die Nachkommen eines Verfassers oder Künstlers an dem gegenwärtigen Schutz reichlich genug hätten. Die ganze Nation und Kulturmenschen hätte aber auch einen Anspruch auf den möglichst frühzeitigen und unbefügten Genuß eines Kunstwerks. Die Schutzgrenze hinauszuschieben würde deshalb eine reaktionäre Maßregel sein. Der Vertrag wurde darauf in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Auch das Bankgesetz führte zu einer eingehenden Debatte. Das Reichsbankgesetz vom 14. März 1875 sieht vor, daß in zehnjährigen Fristen die Reichsbank aufgehoben oder ihre Anteilscheine vom Reich zum Nennwert erworben werden kann. Die gegenwärtige Frist läuft am 31. Dezember 1910

ab, die einjährige Kündigungsfrist also am 31. Dezember 1909. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht wieder von der Kündigung ab, enthält aber einige Neubestimmungen, um den Geschäftsbetrieb der Reichsbank zu erweitern. So soll der Reservefonds allmählich erhöht, aber auch das Notenkontingent erweitert werden. Beide Vorkehrungen sollen der Reichsbank die Möglichkeit gewähren, den Geschäftsbetrieb erheblich zu erweitern. Diese Notwendigkeit wird auch auf Grund der bisherigen Erfahrungen anerkannt. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um einen Antrag Raab, der von Mitgliedern verschiedener Parteien, auch der Sozialdemokratie, unterstützt wird, die Höchstgrenze der Dividende der Anteilhaber auf 6 Prozent herabzusetzen. Dagegen wehrten sich hauptsächlich Vertreter der liberalen Parteien. Genosse Frankmann wies solche Bedenken mit dem Hinweis auf die Tatsache zurück, daß die Anteilhaber durchweg potente Leute seien, die keineswegs in Not kommen würden, wenn ihre mühseligen Gewinne daraus zugunsten der Reichssteuerzahler gekürzt würden.

Die Abstimmung über den Antrag Raab, die eine namentliche sein wird, soll morgen stattfinden.

### Politische Bildung der Intellektuellen.

Angefaßt der Tatsache, daß bei der Einführung von Pluralwahlssystemen auch den Vertretern der „Bildung“ ein mehrfaches Stimmrecht eingeräumt zu werden pflegt, ist ein Urteil bemerkenswert, das der Generalsekretär der Comenius-Gesellschaft, Dozent Karl Hesse, in den Monatsblättern dieser Gesellschaft (Band 18, Heft 2, Seite 83) über die politische Bildung der Intellektuellen fällt. Er schreibt wörtlich:

„Wenn heute von allen Seiten über politische Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit geklagt wird, so trifft dieser Vorwurf in besonders hohem Maße unsere Intellektuellen und Kulturreisen. In Arbeiterkreisen findet sich häufig, daß der sich einsetzenden Erziehungsarbeit von Gewerkschaft, Genossenschaft und Partei, ein zwar oft einseitiges, aber weit besseres politisches Verständnis, als gerade unter den Gebildeten. Ueber griechische und römische Verfassung und Geschichte weiß man oft herrlich Bescheid, aber welcher Gebildete hält es für nötig, einmal einen Blick in unsere deutsche Verfassung und Verwaltung zu werfen und sich über die elementarsten Grundfragen des Volkswirtschaftlichen und parlamentarischen Lebens aufzuklären? ... Was nützen alle die schönen kulturellen Reformideen, mit denen wir heute förmlich übersättigt sind, wenn die Träger dieser Ideen mit ihnen nicht gleichzeitig den festen Willen zur Tat verbinden? Und eine solche Tat kann, sobald es sich um Fragen handelt, welche das ganze Volk angehen, immer nur ein politischer Akt, ein Gesetz sein. Die Intellektuellen pflegen aber ihres Geistes und ihres Herzens Kinder selten treu bis zu dieser Entschlossenheit zu begleiten und zu beschirmen, und dürfen sich daher nicht wundern, wenn diese oft spät, verdorben oder gar nicht ihres Daseins Endziel erreichen. Der Wille zum politischen Handeln muß also in unseren Gebildeten geweckt werden.“

Wenn sich Hesse von der Bedeutung dieses Willens den Erfolg verspricht, daß dann nicht mehr „Wirtschafts- und Arbeiterfragen das politische Leben beherrschen, während Kulturfragen zurückgedrängt werden“, so ist dies eine bei einem Ideologen nicht besonders verwunderliche Utopie. Im übrigen aber trifft er mit seiner Kritik der politischen Inferiorität und Interesslosigkeit der Intellektuellen den Nagel auf den Kopf.

### Noch ein ungefallener Konservativer.

Der konservativ Reichstagsabgeordnete Arnold-Greiz erklärt in der „Greizer Zeitung“ eine Erklärung, in der er sich für die Erbschaftsteuer ausspricht und betont, daß — wenn die Mehrheit der Konservativen auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren sollte — er daraus die Konsequenzen für seine Parteistellung ziehen würde. Die Freunde der Erbschaftsteuer in den Reihen der konservativen Reichstagsfraktion sind damit bereits auf fünf angewachsen.

### Die Väter des politischen Terrorismus.

In den jüngsten politischen Kämpfen und insbesondere zuletzt noch bei der Ungültigkeitserklärung der Berliner sozialdemokratischen Landtagsmandate hat die Behauptung, daß die Sozialdemokratie durch Terrorisierung der wirtschaftlich von der Arbeiterschaft abhängigen Wähler bei der öffentlichen Wahl Stimmen für sich erpreßt habe, eine gewisse Rolle gespielt. So wenig unsere Partei Ursache hat, sich gegen diesen Vorwurf ernsthaft zu verwahren, da nicht sie, sondern ihre Gegner an der öffentlichen Stimmabgabe festhalten, so nützlich wird es doch sein, immer wieder dokumentarisch nachzuweisen, wer von jeher im politischen Kampfe die wirtschaftliche Vergewaltigung als Erpressungs- und Einschüchterungsmittel benutzte. — Im konservativen „Kreisblatt für das Westhaveland“ erschien schon 1896 in Nr. 285 ein Aufruf, der 450 Unterschriften aus 25 Ortschaften trug und in folgender klassischer Form offen den politischen Terrorismus predigte:

Landwirte des Westhavelandes!

In der jüngsten Reichstagswahl ist unser Wahlbezirk mit nur wenigen Stimmen der staatsumstürzenden Sozialdemokratie ausgeliefert worden; nur 35 Stimmen fehlten den staatserkhaltenden Parteien, um den Sieg davonzutragen. Das wäre nicht möglich gewesen — denn die Landbevölkerung und die kleineren Städte sind dem im ganzen Kreise hochgeschätzten, allberehnten Landrat v. Loebel treu geblieben —, wenn nicht in den großen Städten, Brandenburg und Rathenow, für den Sozialdemokraten in unerhöflicher Weise agitiert worden wäre. Und von wem? Von den Inhabern vieler Geschäfte, namentlich von Juden.

Landwirte, Besinnungsgegenossen! Ziehen wir daraus eine Lehre. Viele von Euch sind bisher wohl noch immer in solche Geschäfte gegangen, um Einkäufe zu machen. Das darf nicht mehr sein! Sie agitieren für die Sozialdemokratie, und wir sollen ihnen noch unser gutes Geld hintragen? Das sollte noch! Geben wir uns das Wort, unsere Einkäufe nur in Geschäften zu machen, deren Inhaber nicht gegen uns agitieren; berücksichtigen wir nur solche, über deren konservative oder antisemitische, nationale Gesinnung kein Zweifel besteht! Das ist die Pflicht jedes Patrioten, jedes christlichen Deutschen, zumal in der bevorstehenden Weihnachtszeit. Götten wir zusammen, um einzutreten für Ehre und Altar und den Geist des Unkurzes nieder zu hauen! Hoch Christentum, Vaterland und Monarchie!

Und das entrüstet sich über sozialdemokratischen Boykott von Geschäftsleuten! —

### Statt einer Rente — drei Monate Gefängnis!

Der Bauer Alois aus Sellbongen (Kreis Sensburg) litt nach seiner am 29. September 1904 erfolgten Entlassung aus dem Militärdienst dauernd an Herzschwäche. Er stellte deshalb bei der Militärbehörde den Antrag, ihm eine Pension zu bewilligen. Das Gesuch begründete er damit, daß er sich das Leben während seiner

Militärzeit zugezogen habe, da er wiederholt gemißhandelt worden sei. Als er keine Antwort auf sein Gesuch erhielt, richtete er an seinen Regimentskommandeur ein etwas derbes Schreiben. Hierin wurde eine Lichtungsverletzung gefunden; anstatt der Rente erhielt Alois — 14 Tage Mittelarrest.

Da Alois leidend war, trat er trotz wiederholter Aufforderungen die Strafe nicht an; schließlich wurde er verhaftet. Als Alois die vierzehn Tage abgemacht hatte, reichte er nochmals eine Eingabe auf Bewilligung einer Pension ein; er erfuhr aber, daß inzwischen schon wieder ein neues Verfahren gegen ihn eingeleitet sei, und zwar hauptsächlich wegen Beharrens im Ungehorsam. Diese Freveltat sollte durch die Weigerung, die Strafe anzutreten, begangen worden sein. Das Kriegsgericht belam es wirklich fertig, den schon seit mehr als vier Jahren im Zivilleben stehenden Alois des Beharrens im Ungehorsam und eines anderen Vergehens wegen zu sieben Wochen Gefängnis zu verurteilen. — Dem Gerichtsherrn war diese Strafe noch zu gering; er legte Berufung ein und das Oberkriegsgericht erkannte jetzt auf drei Monate Gefängnis! — Vor Gericht wurde festgestellt, daß Alois an Herzschwäche leide und von seinen Eltern unterhalten werden muß, da er vollständig arbeitsunfähig ist.

### Noch ein Demonstrationsprozeß.

Stettin, 13. Mai. (Verbalbezüge des „Vortwärts“.)

Vor dem hiesigen Schöffengericht fand heute ein Nachspiel zu Wahlfreiwahl demonstrieren vom 31. Januar statt. Wegen groben Unfugs, störenden Värmis, Uebertretung von Polizeivorschriften und Beleidigung waren 22 Personen angeklagt. Obwohl 25 Schutzleute als Zeugen erschienen waren, blieb von der pompösen Anklage fast gar nichts übrig. 19 von den 22 Angeklagten wurden wegen groben Unfugs zu je 25 Mark Geldstrafe, sechs Angeklagte außerdem zu weiteren Geldstrafen von 9—60 Mark verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte durchweg Haftstrafen im Mindestmaß von vier Wochen beantragt. Der grobe Unfug wurde in der Teilnahme an der Demonstration erblickt.

### Ulmer Bodenpolitik.

Die Stadtgemeinde Ulm a. D., deren Finanz- und Bodenpolitik vorbildlich geworden ist für manche Gemeinde, hat seit 1891 an Grundstücken erworben 547 Hektar, 5 Ar, 47 Quadratmeter für 7 122 784 M. Verkauft hat sie 171 Hektar, 14 Ar, 77 Quadratmeter für 7 009 730 M. Die Stadt hat also in dieser Zeit an Grundeigentum zugewonnen um 376 Hektar, 30 Ar, 70 Quadratmeter, die ihr durch die von der Stadtverwaltung betriebene Finanz- und Bodenpolitik kostenlos zuzufallen; darüber hinaus hat sie an dem wieder veräußerten Teil noch einen Reinerlös von 776 945 M. erzielt. Die Hospitalkasse erzielte aus ihrem Liegenschaftsbesitz einen Gewinn von 1 425 000 M. Die stark angewachsenen Armenlasten der Stadt werden von der Hospitalkasse gedeckt. Im Jahre 1891 betrug das Aktivvermögen der Stadt Ulm 11 850 000 M., 1909 aber 33 800 000 M. Das Reinvermögen der Stadt ist also um 22 155 000 M., pro Kopf der Bevölkerung (50 000 Einwohner) um 563 M. gestiegen. Von den größeren Städten Württembergs hat nur eine Stadt — Ludwigsburg — einen niedrigeren Steuerfuß als Ulm. Um so auffällender war, daß bei der letzten Etatsberatung die bürgerlichen Kollegien die Aufhebung der kommunalen Fleischsteuer, die nur in sehr wenigen württembergischen Städten noch erhoben wird, allen Anstrengungen unserer Genossen zum Trotz ablehnten.

### Aus unseren Kolonien.

Die Kolonialrechnungen werden jetzt schärfer geprüft, als wie das in früheren Jahren geschah, und es kommen da recht erbauliche Dinge zum Vorschein. Bei der Prüfung der Rechnungen pro 1908 fiel der Rechnungskommission die hohe Ausgabe für vermischte Ausgaben auf. Veranschlagt waren 53 600 M., verausgabt wurden 70 508 M. Staatssekretär Dernburg erklärte, daß man diesen Etatstittel nicht immer genau veranschlagen könne; denn es würden auch ihm die Schußprämien für Raubtiere bezahlt und man könne nie im Voraus wissen, wieviel an Löwen und Leoparden geschossen würden. Außerdem werden aus diesem Fonds die Gegenpreise für Sultane und Häuptlinge bezahlt. Auf die Frage, was denn mit den Geschenken geschehe, die von den Sultanen und Häuptlingen den Deutschen gemacht würden, erklärte Herr Dernburg, daß diese Geschenke in der Regel von den Expeditionsmittgliedern gleich verzehrt würden, also nicht in Rechnung gestellt werden könnten.

Weiter war der Kommission aufgefallen die hohe Ausgabe für Bureaubedürfnisse. Eingefügt waren in den Etat 10 000 M. Ausgegeben wurden 49 870 M. Eine Spezifikation der Bureauausgaben ergab folgendes: Schreibpapier und Briefumschläge 6867 M., Formulare 6558 M., Löschpapier 513 M., Packpapier 666 M., Aktenbündel 494 M., Federhalter und Federn 501 M., Bleistifte 321 M., Tinte — schwarz, rot, blau und grün —, Tintenwässer usw. 994 M., Leim und Gummiarabikum 59 M., Zwirn 153 M., Radiergummi 81 M., Siegelad 272 M., sonstige Bureauartikeln 1199 M., Gebühr für Papieruntersuchungen 468 M. An Tageszeitungen wurden abonniert „Reichs-Anzeiger“, „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, „Post“, „Allnische Zeitung“, „Münchener Allgemeine Zeitung“ und ein englisches Blatt, außerdem 15 Missionstagesblätter. Im Krankenhaus zu Quala und im Sanatorium zu Suellaba, in welchen beiden Anstalten sich rund 200 Personen befanden, wurden ausgegeben: Für Medikamente und Verbandstoffe 35 756 M., an Getränken wurden gebraucht 968 halbe Flaschen Sekt, 540 Flaschen Bordeaux, 180 Flaschen Burgunder, 660 Flaschen Wajel, 548 halbe Flaschen Portwein, 84 Flaschen Südwein, 24 Flaschen Cognat, 12 Flaschen Rum, 2434 Flaschen Bier und 3600 Flaschen Sauerbrunnen.

Daß die Patienten nicht vom Säufertwahn befallen wurden, ist eigentlich als ein Wunder zu bezeichnen.

### Ein Rekrutenschinder

wurde am Mittwoch von dem Kriegsgericht Erfurt recht glimpflich behandelt. Der Unteroffizier Karl Wieseler, 2. Kompanie 71. Infanterie-Regiments in Sondershausen, bemerkte am 27. April in der Kasernenstube ein offenes Spind und forderte unter anderem den Musikleiter Prottschke, einen Rekruten, auf, das Spind zu schließen. Als dieser sich dessen weigerte, gab der Unteroffizier dem Soldaten einen so derben Stoß, daß er gegen das Spind fiel, wobei er schimpfte: „Verfluchter Hund, Polack!“ Dann stieß der Unteroffizier nochmals zu, so daß dem Rekruten die Nase blutete. Damit noch nicht zufrieden, ergriff dieses Musikler eines Vorgesetzten einen Gewehrreinigungsfloß und ließ damit dem Rekruten auf den Kopf. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen den Soldatenschinder mit Rücksicht darauf, daß er schon vom Hauptmann vor Rekrutenmißhandlungen gewarnt worden war, vier Wochen und einen Tag Mittelarrest. Das Urteil lautete auf — dreizehn Tage Mittelarrest, weil der Angeklagte noch nicht bestraft sei, sich bisher gut geführt habe und von dem Rekruten gereizt worden sei.

## Die Ereignisse in der Türkei.

### Neue Schwierigkeiten in Armenien.

**Konstantinopel, 13. Mai.** Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Saloniki: Jungtürkische Offiziere haben aus Erzerum an das hiesige Kommando und den Militärklub telegraphiert, daß ihre Truppen den Gehorsam verweigern, die Einführung des Scheriat fordern und mit allgemeinen Meutereien drohen. Rahmud Schewket-Pascha möge Leute senden, die Truppen und Volk beruhigen; die jungtürkischen Offiziere hielten sich in den Häusern verborgen und wagten nicht, sich zu zeigen.

### Das bulgarische Abkommen.

**Konstantinopel, 13. Mai.** Die Kammer verhandelte in geheimer Sitzung und in Anwesenheit des Großwesirs sowie der Mehrzahl der Minister über das türkisch-bulgarische Protokoll. Der Minister des Äußeren legte die Notwendigkeit der Annahme des Protokolls dar. Die Ausführungen der Abgeordneten richteten sich in der Hauptsache gegen das alte Regime sowie gegen das Ministerium Riamil Pascha, das es nicht verstanden habe, dem türkischen Standpunkt Geltung zu verschaffen. Vor Eintritt in die geheime Sitzung hatte die Kammer in öffentlicher Sitzung einen Antrag der Regierung angenommen, zum Zwecke der Feststellung der Urheber der Unruhen eine gemischte Kommission nach Adana zu entsenden. Die Kommission wird aus zwei Mitgliedern des Parlaments und zwei Vertretern der Regierung bestehen, unter denen sich je ein Türke und ein Armenier befindet. Im weiteren Verlaufe der Debatte über das türkisch-bulgarische Protokoll machte sich eine heftige Opposition seitens der Griechen gegen dessen Annahme geltend. Mehrere griechische Deputierte führten aus, die Rechte der orthodoxen Griechen in Bulgarien würden nicht gewahrt werden. Zutritt Kemal wies die griechischen Angriffe mit der Bemerkung zurück, die Türkei habe die religiösen Rechte der Mohammedaner Bosniens bei dem Abschluß des österreichisch-ungarisch-türkischen Protokolls gewahrt. Hier ständen jedoch Christen und Christen gegenüber; es sei ihre Aufgabe sich untereinander zu verständigen. Die Beratung wurde durch die Erklärung des Ministers des Äußeren beendet, daß er zurücktreten werde, wenn die Kirchenfrage aufgeworfen werden würde. Nachdem der Antrag Mißas, das Haus möge die Revision der bulgarischen Grenze verlangen, abgelehnt worden war, nahm die Kammer das türkisch-bulgarische Protokoll mit 121 gegen 34 Stimmen an.

## Schweiz.

### Das Salzmonopol.

**Birich, 11. Mai.** (Fig. Ver.) Nun hat auch die Regierung des Kantons Argau, die gerade auf diesem Gebiete sich schwerer Verfehlungen schuldig gemacht hat, die Rheinthalen bei Rheinfelden erworben, um sie an das Staatsmonopol der Kantone abzutreten. Es bleibt dann nur noch die kleine Saline bei Weg (Kanton Waadt) an der Simplonbahn im Privatbesitz. Von politischem Interesse ist dieser Vorgang insofern, als hier eine Kollektivaktion der Kantone mit Umgehung und Ausschaltung des Bundes stattfand. Hätte man sich auf diesen verlassen in der Meinung, er solle das eidgenössische Salzmonopol einführen, so würden darüber Jahre vergangen sein und die Großkapitalisten in der Bundesversammlung würden das Projekt zu ihrem Vorteil gestaltet und zum Schaden des Volkes verpflückt haben.

## England.

### Die Steuerdebatte.

**London, 12. Mai.** Unterhaus. Eine längere Debatte entspann sich über eine Resolution betreffend verschiedene neue Grundsteuern. Finanzminister Lloyd-George und andere Redner wiesen dabei auf das von mehreren größeren Städten Deutschlands angenommene System einer Wertzuwachssteuer hin. Gegen die von der Opposition erhobene Kritik vertrat Lloyd-George die gemachten Vorschläge als besonders zweckmäßig und durchführbar. Schließlich beantragte er unter lebhaftem Widerspruch der Opposition Schluß der Debatte. Der Antrag wurde mit 256 gegen 120 Stimmen, und darauf die Resolution mit 330 gegen 120 angenommen. Außen Chamberlain, der dann das Wort erhielt, griff Lloyd-George sehr heftig an und warf ihm vor, den Antrag auf Schluß der Debatte gestellt zu haben, um dadurch den Erweiterungen auf die Einkünfte der Opposition aus dem Wege zu gehen.

## Rußland.

### Der Prozeß Lopuchin.

**Petersburg, 13. Mai.** In der gestrigen Verhandlung des Lopuchinprozesses wurden zwei bei Revolutionären beschlagnahmte Briefe vorgelesen, in denen mitgeteilt wird, daß die Vorobolotskajaletskaja durch Lopuchin aufgedeckt worden ist. Er fand, daß durch die Preisgebung Agens den Revolutionären ein Dienst erwiesen worden sei. Der Verteidiger wies nach, daß Lopuchin nicht zu den Revolutionären gehört habe, und daß Lopuchin durch die Enttarnung Agens dem Staat einen Dienst erwiesen habe, da dies zum Zerfall der Partei geführt habe. In seinem Schlusswort erklärte Lopuchin, daß er nie etwas mit den Revolutionären zu tun gehabt habe und, als er von Wurga erfahren habe, Agens habe terroristische Akte organisiert, sich nicht für berechtigt hielt, über die Rolle Agens zu schweigen. Heute wurde das Urteil gefällt. Der Gerichtshof hat den Angeklagten Lopuchin der Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Gemeinschaft für schuldig erklärt und ihn zu fünfjähriger Zwangsarbeit verurteilt. Da Lopuchin Edelmann ist, wird das Urteil dem Kaiser unterbreitet werden. Die Verkündung des Urteils in seiner endgültigen Form erfolgt morgen.

## Amerika.

### Der Tarif des Deutschlands.

**Washington, 12. Mai.** Senat. Bei der Tarifdebatte sprach der Führer der republikanischen Partei Hale den ausländischen Wettbewerber und führte aus, Deutschlands Bedürfnisse, in die amerikanischen Märkte einzudringen, sei nie stärker hervorgetreten als jetzt. Fast jeder amerikanische Fabrikant begegne dem entscheidenden Eindringen und der Konkurrenz der deutschen Industrien.

## Finnland.

### Der Wahlsieg der Sozialdemokratie.

**Helsingfors, den 9. Mai.** (Fig. Ver.) Die Wahlergebnisse der Wahlen sind noch nicht bekannt, denn bei dem komplizierten Proportionalwahlssystem nimmt die Feststellung der abgegebenen Stimmen geraume Zeit in Anspruch. Bis Sonntag, den 9. Mai, waren im ganzen 736 448 Stimmen gezählt. Von diesen entfielen auf die Sozialdemokratie 294 766, auf die Altfinnen 185 553, auf die Jungfinnen 101 607, auf die Schweden (Schweden) 81 749, auf die „Agrarpartei“ (radikale Kleinbauern) 52 526, auf die „Christlichen Arbeiter“ 18 757. Die Wahlen gestalten sich also zu einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie, die mit ihren Wählermassen alle anderen Parteien weit hinter sich läßt und etwa 40 Proz. (bei den Wahlen im vorigen Juli waren es 33,4 Proz.) aller im Lande abgegebenen Stimmen auf sich ver-

eint. Wie gesagt, das Endergebnis der Wahlen wird man erst nach einigen Tagen erfahren, aber soviel ist schon jetzt sicher, daß die Sozialdemokratie ihre 83 Mandate im neuen Landtage behält (falls sie nicht 1-2 Sitze von neuem zugewinnt), und daß sie in allen Provinzen des Landes einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hat. Und das trotz der schweren wirtschaftlichen Krise, trotz der Anfeindungen der bürgerlichen Parteien, trotz der drohenden russischen Reaktion!

Es muß mit Freuden konstatiert werden, daß die Teilnahme an den Wahlen trotz des ungünstigen Moments im ganzen Lande eine sehr rege gewesen ist. Wenn Stolpin auf die Unspannung und Entmutigung der finnischen Bevölkerung spekuliert hat, so hat er sich gründlich verrechnet. Die Wahlen zum dritten Landtage zeigen, daß das finnische Volk in geschlossenen Reihen hinter seiner gewählten Volksvertretung steht. Und vor allem gibt der Sieg der Sozialdemokratie uns einen Beweis, daß die Lehren des Klassenkampfes hier in Finnland gründlich erfaßt sind, daß der Sozialismus hier eine starke, unerschütterliche Macht bildet, und daß das finnische Proletariat entschlossen ist, die errungene demokratische Verfassung Finnlands im Kampfe zu verteidigen.

**Helsingfors, 13. Mai.** (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das endgültige Wahlergebnis, das eben bekanntgegeben wurde, bestätigt den glänzenden Wahlsieg der Sozialdemokratie. Im ganzen entfielen auf sie 337 000 Stimmen, gegen 310 000 im Vorjahre. Sie erhält 84 Mandate, gewinnt also noch einen Sitz, während die Altfinnen 6 Mandate verlieren.

## Aus der Partei.

### Ein Schiffsbürgerrecht des Dessauer Gewerkschaftskartells.

Aus Anhalt, speziell aus Dessau, ist die Partei schon so oft mit sonderbaren Ideen und Vorschlägen bedacht worden, daß man sich eigentlich gar nicht mehr darüber wundern sollte, wenn wir von dort mit neuen Leistungen „beglückt“ werden. In dessen ist die neueste Leistung so einzig dastehend, daß wir nicht gut daran vorübergehen können.

In Dessau fanden am Montag Gewerbegerichtswahlen statt, wobei das Verhältniswahlsystem Anwendung fand. Bei der letzten Wahl, die unter dem gleichen Wahlverfahren stattfand, entfielen auf die Liste des Kartells 17, auf die des Christl.-Demokratischen Kartells 3 Vertreter. Das Dessauer Gewerkschaftskartell, beeinflusst von der großen Idee der Zusammenfassung der gesamten Rinken „von Bebel bis Wasserfall“, gedachte diese im Kleinen in die Tat umzusetzen. Es beschloß, sich mit den Christl. und Christl.-Nationalen auf eine gemeinsame Liste zu einigen. Und um ihnen das Kompromiß recht angenehm zu machen, gestand man ihnen noch einen Vertreter mehr zu, als sie bisher hatten. Die also Umworbenen gingen selbstverständlich auf dieses Anerbieten ein, wußten sie doch in einem frisch fröhlichen Wahlkampf ihren bisherigen Bestand kaum zu behaupten.

Die Metallarbeiter Dessaus — die größte Gewerkschaftsgruppe am Orte — erklärte jedoch aus Reinlichkeitsgründen, das Kompromiß nicht mitmachen zu können. Es war ihnen unmöglich, Personen zu wählen, die in der gemeinsamen und nichtswürdigsten Weise die moderne Arbeiterbewegung und besonders den Metallarbeiterverband bekämpfen und stets in hinterlistiger Art zum Verräter an den Interessen ihrer eigenen Massengenosse werden. Alle gültigen Vorstellungen der Metallarbeiter beim Kartell, doch der Welt dieses Schauspiel zu ersparen, scheiterten. Denn die Wähler dieses Kompromisses waren von der Grobheit ihrer Idee bereit fest überzeugt, daß sie sogar dem Metallarbeiterverband Disziplinbruch vorwarfen, als dieser dazu überging, gegen die Kartellliste eine reine Liste aufzustellen. Die Wahlen endeten mit einer moralischen Niederlage der Kompromißler. Sie vereinigten 1225 Stimmen = 12 Vertreter auf sich, der Metallarbeiterverband allein 825 Stimmen = 8 Vertreter. Das „Vollblatt für Anhalt“ bemerkt, daß die Wahlbeteiligung eine recht schwache gewesen sei. Aber wo soll denn das Interesse an einer Wahl herkommen, wenn der Arbeiterschaft durch derartige Zumutungen die Beteiligung von vornherein verweigert wird!

Das Interessanteste an der Affäre aber ist der Grund, aus dem man zum Abschluß des Kompromisses gekommen ist. Bei der letzten Landtags- wie auch Stadtverordnetenwahl ist die Sozialdemokratie unterlegen. Die Christl. und Christl.-Nationalen waren samt und sonders im Schlepptau der Gegner. Nun hofft man durch gemeinsame Aktion bei der Gewerbegerichtswahl diese Kreise für die Folge auch bei Landtags- und Stadtverordnetenwahlen für uns gewinnen zu können. Ein Köhlerglaube, der seine gleichen sucht. Sind doch die Arbeiter in jenen Ausorganisations lediglich Marionetten in den Händen geistlicher Drahtzieher und bürgerlicher Politiker, die sich ob unserer Raubtät in häuslichen Läden. Sie kennen ihren Einfluß und wissen ganz genau, daß dieses Mittel nicht verfehlt, sonst hätten sie das Kompromiß gar nicht gebilligt. Zum Schandbild der Gegner haben die Dessauer Kompromißler die Streitort in unsere eigene Reihen getragen. Das ist der Erfolg der Dessauer Taktik.

**Personalien.** In die Redaktion des „Hamburger Echo“ tritt mit dem 1. Juli d. J. Genosse Ferner ein, zurzeit Redakteur am Parteiorgan in Brandenburg.

### Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz.

Die Sozialdemokratie der Schweiz hat am letzten Sonntag an verschiedenen Orten wieder beachtenswerte Wahlerfolge erzielt. So siegte in Chur die sozialdemokratisch-konfessionelle Allianzliste über die Liberale, wodurch die Genossen Dr. Cammer und Ruttis-Kaufmann in den Kantonsrat, der Schriftführer Reunberger als Berichtspräsident gewählt wurden. In Siech bei Winterthur drang bei der Wahl der Sekundarschulpflege die sozialdemokratische Liste durch, infolgedessen die bisherige sozialdemokratische Vertretung in dieser Behörde um ein weiteres Mitglied verstärkt wurde. In Aroschach erhielt unsere Partei im zweiten Wahlgang eine Verstärkung ihrer Vertretung im Gemeinderat. Dagegen unterlag in Wasel bei der Wahl der Strafgerichtspräsident Dr. Weltis mit 2301 gegen 3343 Stimmen. Da unsere Partei über circa 4000 Stimmen verfügt, verschuldet nur die Wahlgleichgültigkeit der Arbeiter die Niederlage.

In Champ-de-Jonds (Kanton Neuchâtel) fanden die Gemeindevahlen nach dem sogenannten freiwilligen Proporz statt. Es erhielten:

	Stimmen	Vertreter
Sozialdemokratische Partei	1415	10
Radikale Partei	1745	21
Konservative Partei	661	9

Dieses trasse Verhältnis der Sitze ist eine blutige Verkörperung des Proporzgedankens durch die bürgerlichen Parteien, die die Sozialdemokratie arg über Ohr hauen.

## Soziales.

### Dürfen Strafgelehrer vom Lohn in Abzug gebracht werden?

Der Arbeiter E. Nagle klagte vor dem Gewerbegericht gegen die Kommanditgesellschaft Karl Krüger u. Co. auf Zahlung der ihm vom Lohne in Abzug gebrachten Strafgelehrer im Betrage von 1,10 M. Kläger war nur vier Wochen im Betriebe der Beklagten als Kohlenpreßer beschäftigt. Etwa 14 Tage nach seinem Eintritt hat er die Arbeitsordnung unterschrieben. Diese spricht davon, daß die Arbeiter für Zuspätkommen Strafen verurteilt. Dem Kläger sind wegen Zuspätkommens 1,10 M. vom Lohne abgezogen worden. Die Beklagte hält den Lei der Lohnzahlung erfolglos Abzug für berechtigt. Die Strafgelehrer wurden dem Werkmeister übergeben und

von diesem verwaltet und im Interesse der Arbeiter verwendet. Kläger wies darauf hin, daß die Strafgelehrer nach der Arbeitsordnung durch eine vom Arbeitsauschuss zu bestimmende Person verwaltet werden sollten. Der Vertreter des Beklagten vermochte nicht anzugeben, in welcher Weise die Strafgelehrer im Interesse der Arbeiterschaft Verwendung fänden. Die Kammer 5 des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsassessors Dr. Loewenstein verurteilte die Beklagte dem Klageantrage entsprechend. In der Begründung wurde ausgeführt, nur Strafgelehrer, die nachweislich im Interesse der Arbeiter verwendet werden, dürfen vom Lohne abgezogen werden. Daß solche Verwendung stattfindet, ist aber nicht dargetan.

Nach dem Lohnbeschlagnahmegesetz und § 304 B.G.B. ist eine Verfügung über oder Anrechnung gegen den Lohn unzulässig, soweit der Lohn den Jahresbetrag von 1500 M. noch nicht erreicht hat. Danach ist ein (häufig vorkommender) Abzug der Strafen vom Lohn unzulässig. Es hätte demnach auch, wenn nachgewiesen wäre, daß Strafen zugunsten der Arbeiter Verwendung fänden, im vorstehenden Fall nach dem Gesetz eine Verurteilung erfolgen müssen.

### Vom Innungsstreitengericht.

Die Gerichtsstätte in der Weidenstraße ist nach wie vor Gegenstand berechtigter Klagen seitens der rechtsuchenden Arbeiter. Es ist für den Mangel an Exaktheit der Rechtspflege schon der geringe Zeitraum bezeichnend, der auf die aus dem Arbeitsverhältnisse sich ergebenden Streitigkeiten zur Verfügung gestellt wird.

So fanden am letzten Montag für die Nachmittags-Sitzung 29 Termine an, für die eine Verhandlungszeit von 2 1/2 Stunden vorgezogen war. In einer Viertelstunde sollten bis zu 5 Klagen erledigt werden, so daß also auf eine 3 Minuten entfielen!

Wenn sich auch nicht immer die Termine in der vorgesehene Zeit abwickeln lassen, so werden doch die anhängigen Rechtsstreite mit einer Schnelligkeit erledigt, die daran erinnert, daß Pünktigkeit und Richtigkeit bei der Rechtsprechung keineswegs zusammenfallen. Bei der fixen „Rechtspflege“ ist es ganz natürlich, daß die Sach- und Rechtslage oft nicht gewürdigt werden kann. Die Parteien kommen bei ihrem Vortrag sowie bei der Fragestellung an die Zeugen nicht immer so zu Worte, wie es zur Klärung notwendig ist. Es ist leider Regel geworden, daß die Parteien vom Vorsitzenden Hagemann mit der Frage unterbrochen werden: „Ist hier vielleicht ein Vergleich möglich?“ Lassen sich die Parteien aber darüber in ihrem Vortrag nicht fördern, so folgt der unbeantwortet gebliebenen Frage eine schon etwas bessere Mahnung: „Herrgott! Antworten Sie doch erst auf meine Frage!“ Kommt darauf als Antwort ein „Nein“, so heißt es meist: „Dann wollen Sie, bitte, abtreten, wir werden beraten. Kommen Sie wieder „rein, wenn gestimmt wird!“ Beim Wiedereintritt der Parteien wird ein nochmaliger Sühneversuch gemacht; ist dieser erfolglos, so wird das Urteil verkündet. Nicht selten kann man auch die Wahrnehmung machen, daß der Vorsitzende den Parteien das Recht der zur Klärung der Sache erforderlichen Fragestellung an die Parteien und Zeugen streitig zu machen sucht.

Zwischen dem Vorsitzenden und den Parteien kommt es infolge der Hast der Verhandlungsleitung in fast jeder Sitzung zu recht heftigen Ausbrüchen. Der Vorsitzende, der, um in den Worten des Jahresberichts der ständigen Deputation zu sprechen, die Autorität des Streitschlichter durch energisches Auftreten aufrecht zu erhalten und noch bedeutend zu erhöhen glaubt, duldet nämlich keinen Widerspruch der in ihren Rechten sich beschränkt fühlenden Parteien. Vorkhaltungen wenig Vertrauen erweckender Art, Drohung mit dem Strafverfahren sind die Mittel, mit denen die Parteien über die recht eigenartige Art gerichtlicher Verhandlung belehrt werden. Zum Ueberflus hat man auch noch ein Exempel statuieren zu müssen geglaubt. Im Wartesaal der Gesellen, Gehilfen und Arbeiter prangt gegenwärtig eine warnende Bekanntmachung des Streitschlichter, die besagt, daß am 26. März d. J. durch das Schöffengericht beim Amtsgericht Berlin-Mitte ein Arbeiter wegen Hausfriedensbruch und öffentlicher Beleidigung zu 20 M. Geldstrafe verurteilt worden ist.

Tat- und Rechtsstreitler muß die mit solcher Hast betriebene Rechtsprechung im Gefolge haben. Einige Beispiele davon aus der letzten Zeit.

Fünf Bauarbeiter klagten gegen einen Bauunternehmer auf Zahlung des auf sie entfallenden Affordlohnüberschusses. Bei Arbeitsantritt war ihnen ein Schreibeist vorgelegt worden, in das sie ihre Namen nebst Wohnung ansatz meldung bei der Krankenkasse und Unfallversicherungsgenossenschaft eingetragen haben. Auf der vorderen Seite enthielt aber das Heft die geschriebenen Arbeitsbedingungen, die u. a. besagten, falls die übernommenen Affordarbeiten nicht fertiggestellt werden, sollten die Arbeiter mit dem als Abschlagszahlung gewährten Stundenlohn abgefunden sein und auf den Affordüberschuss keine Ansprüche haben. Die Kläger wurden mit ihren Ansprüchen abgewiesen. Nach der Urteilsverkündung gelang es erst einem der Kläger — denen zuvor bei der mündlichen Verhandlung vom Vorsitzenden das Wort abgeschnitten worden war — das Streitschlichter darauf hinzuweisen, daß in sein Name gar nicht in diesem Heft stehen könne, denn er habe sich nicht eingetragen. Die Antwort war: „Das hätten Sie vorher sagen sollen, jetzt ist das Urteil gefällt!“ Sie müssen Klage beim ordentlichen Gericht erheben!

Ein Tischler war zur Kontrollversammlung gegangen und dann entlassen. Er klagte gegen seinen Arbeitgeber auf Zahlung des für den halben Tag erfolgten Lohnabzuges. Nach § 618 des B.G.B. steht ihm der Lohn für die durch die Kontrollversammlung verloren gegangene Arbeitszeit zu. Er wurde abgewiesen, da er den Grund seines Fortbleibens nicht geltend am Abend vorher hätte melden müssen. Nach der Urteilsverkündung stellt sich heraus, daß er dem Meister schon einige Tage vorher bekanntgegeben worden ist.

Zwei andere Tischler hatten von ihrem Arbeitgeber die am 1. Mai fällige Lohnrate, nachdem sie tagsüber gefeiert hatten, am Abend nicht ausgezahlt erhalten. Als ihnen auch am 3. Mai der Lohn vorenthalten wurde — er sollte ihnen erst am 8. Mai mit ausgezahlt werden — legten sie die Arbeit nieder. Hierzu waren sie auf Grund des § 124 Ziffer 4 der Gewerbeordnung berechtigt. Sie klagten nun auf Zahlung des vollen Affordlohnes. Obwohl der Beklagte auf Befragen ausdrücklich zugab, die Kläger wegen der Feiertage nicht ausgezahlt und nicht entlassen zu haben, wurden dennoch die Kläger mit ihren Ansprüchen mit der sonderbaren Begründung abgewiesen, da der Arbeitgeber berechtigt war, sie wegen des unerlaubten Fernbleibens von der Arbeit zu entlassen, sei ihr Anspruch unberechtigt.

Es versteht sich von selbst, daß die Arbeiter, denen solche im Vergleich zu ihrer Leistung unendlich teure Gerichtsbarkeit im Interesse der berechtigten Innungen aufgegeben wird, wenig Neigung haben, zu den Kosten derselben beizutragen. Oft hört man auch Innungsmeister über diese Art „Rechtspflege“ klagten. Da wäre es doch wahrlich empfehlenswert, wenn die Innungen auf den Luxus eines besonderen lediglich kostspieligen Gerichts verzichteten. Die Arbeiter großer Industriezweige, wie die Tischler, Schneider, Schuhmacher, Köpfer, Maler, Tapezierer, für die infolge der für die Arbeitgeber dieser Berufe bestehenden Zwangsinnungen nur das Streitschlichter zuständig ist, haben ein noch größeres Interesse an der Beseitigung einer solchen Institution.

## Aus Industrie und Handel.

### Wirtschaftliche Verhältnisse in den Vereinigten Staaten.

Unsere Ansicht, daß die kürzlich von „drüben“ herübergeflatterten glänzenden Marktberichte von „Bluffer“ fabriziert seien, findet objektive Bestätigung in einem der „Adm. Volkswirt.“ aus New York zugehenden Bericht. Es heißt da unter anderem:

„Seit dem Zusammenbruch im Herbst des Jahres 1907 hat man in den Vereinigten Staaten die Rücksicht der so heiß ersehnten „Blüte“ ununterbrochen vorausgesetzt; aber noch ist sie nicht eingetreten. Allerdings hat sich die Lage etwas gebessert; das war aber selbstverständlich, weil im Augenblick der „Panik“ alle Werte natürlich viel tiefer stiegen als durch die Umstände gerechtfertigt war.“

Die unausbleibliche Erholung fehlt also ein; aber zu einer auch nur einigermaßen umfangreichen Wiederaufnahme der großgewerblichen Tätigkeit ist es in den anderthalb Jahren, die seitdem vergangen sind, noch nicht gekommen. Man wartet auch heute noch sehr gespannt auf die „Blüte“ und sucht nach Gründen, die ihre Rückkehr wahrscheinlich erscheinen lassen.

Als Zeichen der Zeit darf ein Bericht betrachtet werden, welchen der Leiter des städtischen Arbeitsbüros in New York letzten Jahres veröffentlicht hat. Daraus geht hervor, daß die Anzahl der beschäftigungslosen Arbeiter eher größer ist, als am Anfang des Jahres 1908, und daß nachfrage eigentlich nur nach solchen Arbeitskräften war, die beim Eisenbahnbau beschäftigt werden konnten, während Handwerker und andere gewerbliche Arbeiter nicht untergebracht werden konnten. Diese Tatsache deutet gewiß nicht darauf hin, daß der Betrieb gewerblicher Unternehmen, der im Herbst des Jahres 1907 auf das äußerste beschränkt wurde, seitdem in nennenswertem Umfang wieder aufgenommen worden ist.

Sorgfältige Abwägung aller Anzeichen und Gründe berechtigt daher zu dem Schlusse, daß Wiederbelebung der wirtschaftlichen Tätigkeit in den Vereinigten Staaten noch nicht eingetreten ist und auch nicht unmittelbar bevorsteht. Weder das neue Zollgesetz, noch irgend ein anderer einzelner Anstoß ähnlicher Art wird die erwünschte Wandlung schaffen. Sie kann erst eintreten, wenn die ungeheuren Mengen Aktien, welche während des letzten Jahres begeben wurden, veräußert sind, d. h. wenn der Wert der Betriebe derart gestiegen ist, daß ihre „Kapitalisierung“ ihm entspricht. Wie viel Zeit dieser Vorgang des Ausgleichs in Anspruch nehmen wird, läßt sich nicht voraussagen; wohl läßt sich aber behaupten, daß es noch eine ganze Weile dauern wird, bis er beendet, und damit die einzige wirklich dauerhafte Grundlage für eine neue Zeit der Blüte gegeben ist.

## Gewerkchaftliches.

### Der Deutsche Holzarbeiter-Verband im Jahre 1908.

Dem Jahre 1908 hat die wirtschaftliche Krise ihren Stempel aufgedrückt. Die schlechte Geschäftslage hat aber die Lohnbewegungen im Holzarbeiterberuf nicht zum Stillstand gebracht. Im allgemeinen handelte es sich jedoch im Jahre 1908 um kleinere Kämpfe, so doch, wenn auch die Gesamtzahl der geführten Streiks an die des Vorjahres nahezu heranreicht, doch die Zahl der Beteiligten und die Kosten der Streiks weit hinter denen des Jahres 1907 zurückbleiben.

Die Zahl der Angriffstreiks betrug im Jahre 1908 55 mit 2028 Beteiligten gegen 141 mit 6024 im Jahre 1907. Die Zahl der Abwehrstreiks stieg von 73 mit 1218 Beteiligten im Jahre 1907 auf 153 mit 3476 Beteiligten im letzten Jahre. Auch die Zahl der Ausperrungen stieg von 49 auf 52, doch konnte mit 22 833 die Zahl der 1907 Ausgesperrten von 30 335 nicht erreicht werden. Das Jahr 1907 stand eben unter dem Zeichen der von den Unternehmern inszenierten und so glänzend verlorenen Waghprobe.

Im Jahre 1908 hatte der Verband eine andere Probe zu bestehen, die Probe auf die Leistungsfähigkeit seiner Unterstützungs-Einrichtungen.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat im Jahre 1908 insgesamt an Unterstützungen 3 123 285 M. ausgegeben. Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 143 125, somit kommt auf den Kopf des Mitgliedes im Jahresdurchschnitt ein Unterstützungsbetrag von 21,82 M. Dieser Betrag ist ein glänzendes Zeugnis für die Leistungsfähigkeit der Organisation. Trotz der gewaltigen Unterstützungsbeträge, die ausgegeben werden mußten, hat sich das Vermögen des Verbandes gehoben. Der Aktienbestand der Hauptkasse ist um 97 249 M. gestiegen und das Vermögen des Verbandes beträgt einschließlich der Bestände in den Bau- und Lokalkassen 3 147 807 M.

Betrübend bleibt bei alledem die Tatsache, daß der Verband im Jahre 1908 wiederum einen Mitgliederverlust erlitten hat. Die Mitgliederzahl ist von 147 493 am Schlusse des Jahres 1907 auf 144 259 zurückgegangen, das bedeutet einen Verlust von 3233 Mitgliedern oder 2,1 Proz. Immerhin läßt sich eine kleine Besserung konstatieren, denn im Jahre 1907 betrug der Mitgliederverlust 4225 oder 2,8 Proz. Inzwischen hat die intensivere Agitation und die feste Befestigung der Konjunktur, die sich da und dort bereits zu zeigen beginnt, auch angefangen, sich im Mitgliederstand wiederzuspiegeln. Die Mitgliederzahl beginnt sich wieder zu heben und die Hoffnung ist begründet, daß das laufende Jahr eine Steigerung bringt.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Stufentare vor dem Einigungsamt.

Am Donnerstag trat das Einigungsamt in Berlin zusammen, um vor dem am 15. dieses Monats erfolgenden Tarifvertragablauf eine Verständigung der in Betracht kommenden Organisationen herbeizuführen. Von den Arbeitgebern wurde darauf hingewiesen, daß bei der schlechten Konjunktur von einer Lohnerhöhung keine Rede sein könne. Ehe an eine Erhöhung der Löhne gedacht werden könne, sollten die Arbeitnehmer dafür sorgen, daß von ihnen die alten auch verlangt würden. Von einer Einhaltung des Vertrages von Seiten der Arbeitnehmer sei bisher nichts zu hören gewesen. Sperren, wie jetzt anlässlich der Raiffeisen, würden, entgegen dem Vertrag, immer wieder erklärt. Die Arbeitgeber wollen es bei dem jetzigen Vertrag belassen, doch müßte festgesetzt werden, daß der Lohn für Ausgelernte im Lehrbetriebe der freien Vereinbarung überlassen bleibe. Auch sei von den Arbeitnehmern zuzugeben, daß der Vertrag am 31. März abläuft und daß Kündigung im einzelnen Arbeitsverhältnis ausgeschlossen sei. Die Lohnzahlung soll so wie bisher nach Möglichkeit auf der Arbeitsstelle erfolgen. Von den Arbeitnehmern wurde darauf hingewiesen, daß an eine Zustimmung zu den Arbeitgeberforderungen nicht zu denken sei, wenn sie materiell auch keine großen Verschlechterungen darstellten. In einem Vertrag von 1896 ist schon 7 M. Tagelohn vorgesehen, jetzt wird im Durchschnitt über 8 M. gezahlt, so daß 8 M. als Forderung kaum eine Erhöhung darstellt. Nach längerer Beratung macht Dr. Schallhorn als Vorsitzender des Einigungsamts folgenden Vorschlag:

Der alte Tarif bleibt mit folgenden Änderungen bis zum 31. März 1912 bestehen:

Der Minimallohn für Baustuffarbeiter wird vom 16. Mai 1910 ab auf 7,50 M. pro Tag erhöht, für Werkstatthalter: bisher 6,75 M., Formere und Modellzusammensetzer 6,25 M. Kündigung im einzelnen Arbeitsverhältnis ist ausgeschlossen. Der Lohn für Ausgelernte im ersten Gehilfenjahre unterliegt, wenn dieselben im Lehrbetriebe bleiben, der freien Vereinbarung. Dem Tarif wird folgender Passus beigefügt: „Von dem Vertrag abweichende oder gegen denselben verstoßende Bestimmungen oder Abmachungen dürfen nicht getroffen werden.“

Die Parteien gaben vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Organisationen ihre Zustimmung. Bis Dienstag mittag sollen die Erklärungen der Organisationen einlaufen, so daß eventuell am Mittwochvormittag das Einigungsamt den Schiedsspruch fällen kann. Der alte Tarif gilt daher bis Mittwoch abend.

### Deutsches Reich.

#### Ein neuer Stern unter den „Gelben“.

In der „Deutschen Treue“, dem Organ des „Bundes Vaterländischer Arbeitervereine“, ließ sich neulich jemand über Sozialdemokratie und Arbeitslosigkeit vernehmen. Er meinte da:

„Eine tatkräftige finanzielle Hilfe bleibt aus, denn die Gelder, die von der Arbeiterschaft aufgebracht werden müssen, werden zu anderen Zwecken verwendet. Zunächst werden die Gelder für die reichbezahlten Parteiführer, die es den Inhabern ermöglichen, ein bequemes „Bourgeois-Leben“ zu führen, verbraucht und sodann zur Agitation, d. h. zur Verheerung der Massen. Gelegentlich werden auch noch an deutschfeindliche französische und polnische Blätter und russische Revolutionäre

bedeutende Summen gezahlt, und so bleibt natürlich für die Arbeitslosen nichts übrig, als lange Reden und Krokodilstränen.“

Wie nun vom Fabrikarbeiterverband festgestellt wurde, war der Verfasser dieser Notiz, ein Herr Pal Krause, Mitglied dieses Verbandes und auch Mitglied der Partei. Er war eifrig bemüht, im Verbands einen Posten zu ergattern, hatte aber nicht allzuviel Glück damit, wenn er auch einige Monate als Hilfsarbeiter beschäftigt wurde. Immerhin hat der Biedermann in seiner zweijährigen Mitgliedschaft, in der er 52 M. Beiträge zahlte, an Unterstützungen und Entschädigungen vom Verbands 1400 M. bezogen, kurz vor seiner besseren Erkenntnis über die Gewerkschaften erst noch 25 M. Da kann man sich vorstellen, was der Mann unter „tatkräftiger finanzieller Hilfe“ versteht. Und sein gelber Instinkt sagte ihm, wo er tatkräftiger die Kasse anderer in Anspruch nehmen könne.

### Metallarbeiter-Ausperrung.

Der Arbeitgeberverband von Hagen in Westfalen beschloß, falls bis zum 25. Mai eine Einigung mit den Arbeitern nicht erzielt ist, von dem Tage ab alle Woche 20 Proz. der Arbeiter auszusperrn, bis sämtliche Arbeiter ausgesperrt sind.

### Neuer Konflikt im Ruhrrevier.

Ueber das Stahlwerk Hösch in Dortmund ist wegen fortgesetzter Maßregelungen der Vertrauensleute von 8 am Orte bestehenden Organisationen die Sperre verhängt worden. Außer dem Metallarbeiterverband, dem Verband der Maurer, der Bauhilfsarbeiter und Maschinisten und Heizer sind an dem Beschlusse auch der christliche Metallarbeiterverband, der christliche Bauhandwerkerverband, der Hirsch-Dundersche Metallarbeiterverband und die polnische Organisation beteiligt.

Zugung von Arbeitern ist fernzuhalten.

Zur „Berichtigung“ der Firma Soalfeld in Helmstedt in Nr. 109 des „Vorwärts“ geht uns von der dortigen Lokalverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes folgender Bericht zu: Wenn die Behauptung der Firma Soalfeld, daß seitens ihrer Kundschaft „vielmehr nicht ein einziges Stück bemangelt oder gar zurückgeschickt worden“ sei, zutreffend sein soll, dann bleibt für ihr Verhalten bezüglich des Transports der Arbeiten und zur Bahn nur die Erklärung über, daß sie dieselben vernünftigerweise spazieren fahren läßt. Im nur aus der Reihe der Lage einen heranzugreifen: Am 6. Mai wurden zur Bahn 3 Tische und 1 Büfett und zurück von der Bahn 2 Tische und 1 Büfett transportiert. Und so geht es einen Tag wie den anderen, allemal mit nicht sonderlicher Abwechslung. Aber vielleicht ist auch diese Annahme noch nicht zutreffend. Dann bleibt als weiteres, daß der Transport weniger aus freiem Entschlus als zum Zweck der Durchlüftung der Sachen vorgenommen wird. Selbst ein Stuhl Möbel kann ja auf längere Dauer nicht jede Atmosphäre vertragen.

Weiter berichtet die Firma, daß es unwarhaft sei, daß der Helmstedter Bürgermeister bei Verhandlungen mit den streikenden Arbeitern die Bedingung gestellt hat, sie müßten bei Aufnahme der Arbeit in den sogenannten gelben Schutzwand eintreten. Auch sie selber habe ein solches Verlangen niemals gestellt. Diese Behauptung ist bei weitem gewogter wie die erstere, weil hierbei derlei Annahmehemlichkeiten gänzlich ausgeschlossen sind. Denn am 1. Mai ließ der Herr Bürgermeister Schöneemann 6 von den Streikenden zu sich bescheiden und eröffnete ihnen, daß er gewillt wäre, die Unterhandlungen zwischen den Streikenden und der Firma Soalfeld einzuleiten. Die hierzu von den letzteren gestellten Bedingungen seien, daß von den 120 Streikenden nur 70 wieder eingestellt würden, diese sich aber auch noch verpflichten müßten, dem gelben Handwerker-Schutzwand als Mitglieder beizutreten. Um den 6 Geladenen die Sache schmachhafter zu machen, wurde ihnen versichert, daß sie selbst mit auf der Liste der 70 ständen. Diese waren jedoch damit nicht zu fördern und sie erklärten rund heraus, daß sie es persönlich überhaupt ablehnten, mit derartigen gelben Streikbrechern zusammenzuarbeiten, geschweige denn gar deren Organisation beizutreten und zu Unterhandlungen übrigens auch nur das Streikkomitee kompetent wäre. Mit der Erklärung des Herrn Bürgermeisters, daß er nun versuchen würde, mit den für die Durchführung des Vertrages verantwortlichen Organisationsleitungen Verhandlungen anzubahnen, schloß dann dieser erste Unterhandlungsversuch. Trotz ihrer bestimmt gehaltenen Erklärung wurden dieselben 6 selbstgewählten Arbeiter zum 6. Mai wiederum von dem Herrn Bürgermeister vorgeladen. Er beschwerte sich, daß sich der Unwille der Einwohnerschaft über die Soalfeldschen Bedingungen so heftig gegen ihn gewandt hätte. Er vertrat dieselben nicht. Und zum Beweise dafür brachte er einen von ihm an die Firma Soalfeld unterm 3. Mai gerichteten Brief zur Verlesung, worin er ihr zu bedenken gibt, daß allein schon jede Aussicht auf Erfolg der Unterhandlungen illusorisch würde durch die Bedingung der nur teilweisen Wiedereinstellung der Streikenden und deren Austritt aus ihrer Organisation bezw. Eintritt in den gelben Handwerker-Schutzwand.

Wer hat nun wahr gesprochen? Die Holzarbeiter aller Branchen seien auch weiter vor dem Zugung nach Helmstedt dringend gewarnt.

### Die Glasarbeiter in Geiersthal in Thüringen

Schlossen sich — 50 Mann stark — dem Zentralverband der Glasarbeiter an. Dem Unternehmer paßte die Sache nicht und er versuchte, die Arbeiter der Organisation zu entreißen. Als dies nicht gelang, machte er auf der Glashütte folgenden Anschlag: „Da das angenehme Verhältnis, welches seit Jahrzehnten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern der hiesigen Glasfabrik bestanden hat, durch Verheerung und Ausschreitung, wie sie letzten Sonnabend vorgekommen sind, ein ruhiges Weiterarbeiten zur Unmöglichkeit wird, sehen wir uns gezwungen, den Betrieb in vierzehn Tagen einzustellen. Arbeiter, die gewonnen sind, unter den früheren, ruhigen Verhältnissen gemeinschaftlich mit uns weiterzuarbeiten, mögen sich vor Ablauf obiger Frist bei uns melden, um unseren Bescheid entgegenzunehmen.“

Die Arbeiter haben sich nicht gemeldet, sie bleiben der Organisation treu. Es sind auch nicht die geringsten Störungen und Ausschreitungen vorgekommen und trotzdem wurde der Betrieb am Sonnabend, den 8. Mai, eingestellt. — Es werden alle Glasarbeiter ersucht, Geiersthal zu meiden.

### Der christliche Metallarbeiterverband

erstattet öffentlich eine Jahresabrechnung, verschweigt aber, wie das bei jenen Organisationen so üblich ist, die Mitgliederzahl. — Nach dem im „Reichs-Arbeitsblatt“ veröffentlichten Mitgliederzahlen müßte er im Jahre 1908 um 4156 Mitglieder abgenommen haben, trotz 8842 Aufnahmen; er zählt danach 24 316 Mitglieder. In diese Mitgliederzahl sind gewiß noch viele als Mitglieder gezählt, die es eigentlich statutarisch gar nicht mehr sein könnten; denn bei einer Beitragsleistung von „knapp 40 Beiträgen pro Mitglied und Jahr“, wie es im Bericht heißt, müßten viele wegen Reiterens über acht Wochen gestrichen werden. Der Verband läßt seine „vernünftige Finanzwirtschaft“ gegenüber der des Metallarbeiterverbandes. Diese günstigeren Finanzlage wird bereitwillig, wenn man sieht, daß der Metallarbeiterverband allein für Arbeitslosenunterstützung mehr als den vierfachen Betrag bezahlte als der christliche Verband, nämlich 8,54 M. pro Kopf gegenüber 1,98 M. — Abgesehen von den fulanteren Bestimmungen im Statut des Metallarbeiterverbandes wird dieser Mehraufwand an Arbeitslosenunterstützung dadurch erklärlich, daß die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes von der Arbeitslosigkeit stärker heimgegriffen wurden. Als Grund hierfür wird jedenfalls gelten müssen, daß die freien Gewerkschaftler nicht jede Unternehmerwillkür in

christlicher Demüt hinnehmen und deshalb eher entlassen werden; ferner auch, daß bei eintretendem Arbeitsmangel die Unternehmer eine Auslese unter den Arbeitern halten und ihre getreuen „gelben“ und „christlichen“ Fraktion zunächst behalten. Das kommt auch bei den Ausgaben für Streifenunterstützung zum Ausdruck: der christliche Verband verausgabte dafür im Jahre 1908 rund 205 000 M., der Metallarbeiterverband 6 770 000 M. Dabei ist zu beachten, daß die Ausgabe des Metallarbeiterverbandes hierfür in dem Jahre eine äußerst niedrige war. Das Gesamtvermögen des christlichen Verbandes betrug 712 000 M., 127 000 M. mehr als im Jahre 1907.

Der Streik im Zementwerk in Lauffen a. Neckar ist zugunsten der Ausständigen beendet. Die Stundenlöhne wurden von 40 auf 45 Pf. erhöht; der Abschluß eines Vertrages dagegen wurde von der Diktation abgelehnt.

Die Maurer in Orlingen haben die im vorigen Jahre aufgestellten Forderungen wiederholt. Die Unternehmer bewilligten eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 3 Pf. Von dem Abschlusse eines Vertrages auf der Grundlage des Berliner Vertragsmusters wollten sie aber immer wieder noch nichts wissen.

### Ausland.

Außerordentliche Gemeinbeihilfe für die ausgesteuerten Arbeitslosen der dänischen Gewerkschaften.

Der dänische Reichstag hat noch kurz vor Sessionschluss ein bis zum 1. April 1910 geltendes Gesetz beschlossen, das den Kommunen das Recht gibt, den von ihrer Arbeitslosenklasse ausgesteuerten, aber noch immer arbeitslosen Mitgliedern weitere Unterstützung zu gewähren, die nicht als Armenunterstützung gilt, also in keiner Weise die bürgerlichen Rechte beeinträchtigt. Diese außerordentliche kommunale Arbeitslosenunterstützung soll entsprechend dem Statut der betreffenden Kasse geleistet werden, und zwar bis zur Höhe der von der Kasse bereits bezogenen Unterstützung. — Das Gesetz ist auf Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion zustande gekommen. In ihrem Entwurf war jedoch vorgesehen, daß den Kommunen ein Teil ihrer Ausgaben für die außerordentliche Unterstützung aus der Staatskasse ersetzt, und im übrigen auch die Heimatgemeinden der betreffenden Arbeitslosen zu den Unkosten herangezogen werden sollten, was beides schon im Folkestingsauschuß abgelehnt worden ist und auch im Plenum keine Aussicht auf Annahme hatte. In seinem Hauptteil wurde der sozialdemokratische Entwurf sowohl im Folkething wie im Landsting ohne Widerspruch angenommen und sogar die Konservativen stimmten dafür. Offenbar hat in beiden Häusern des Reichstags die Furcht, bei den Neuwahlen ihre Mandate einzubüßen, den größten Teil der Abgeordneten veranlaßt, sich zugunsten einmal arbeiterfreundlich zu zeigen.

### Aus dem britischen Arbeiterleben.

London, 11. Mai. Zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer der Stahlindustrie fand gestern in Stanra eine Konferenz statt, auf der beschlossen wurde, sobald als möglich den acht Stunden tag einzuführen. Aus der verbreiteten Nachricht läßt sich indes nicht ersehen, ob dieser Beschluß für die ganze Stahlindustrie Großbritanniens gilt oder nur für Südwales. —

Die Leiter des Verbandes der schottischen Bergleute trafen gestern in Glasgow zu einer Sitzung zusammen, um über den von den Unternehmern gestellten Antrag auf Herabsetzung der Löhne um 12,5 Proz. zu beraten. Der Vorschlag betraf 80 000 Bergleute. Der Verband beschloß, den Antrag abzulehnen. Am 22. Mai findet eine gemeinschaftliche Konferenz zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Bergleute statt, um einen Ausgleich herzustellen. —

Einen ähnlichen Antrag stellten die südwalisischen Bergwerksbesitzer an die Bergleute. Hier soll die Herabsetzung nur 7,5 Proz. betragen. Die Sache wurde dem Schiedsrichter unterbreitet, der am 22. Mai seinen Schiedsspruch abgeben wird. —

In der Kettenindustrie willigten die Arbeiter in eine Lohnerabsetzung von 10 Proz. ein.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Aus der französischen Kammer.

Paris, 13. Mai. (W. L. B.) Deputiertenkammer. Nach Wiederaufnahme der Sitzung verlangte Jaurès, daß man klar sage, ob die Postbeamten in gutem Glauben annehmen konnten, daß man ihnen den Rücktritt Simyans versprochen hatte. Das sei wahrscheinlich, da bei den Verhandlungen im Verlaufe des letzten Ausstandes Simyan von der Regierung als quantité négligeable behandelt worden sei. (Beifall.) Redner sagte dann, die Majorität selbst habe die Politik des Ministeriums Clemenceau beurteilt, sie möge es jetzt aussprechen. Zum Schluß beschwor er die Kammer, der reaktionären Politik der Regierung nicht zu folgen.

Paris, 15. Mai. (W. L. B.) Die Kammer nahm nach sechsstündiger, sehr bewegter Debatte eine Tagesordnung an, deren erster Teil sich gegen den Beamtenstreik wendet und deren zweiter Teil ein Vertrauensvotum für die Regierung ausdrückt. Für den ersten Teil stimmten 455 gegen 59, für den zweiten Teil 365 gegen 139 Abgeordnete.

### Eine Ausbeugung der Streikenden.

Paris, 13. Mai. (W. L. B.) Heute nachmittag fand eine Versammlung der streikenden Postbeamten statt, in welcher die Mitteilung, daß die sozialistischen Deputierten in der Kammer die Internationale gesungen hätten, und die Sitzung deswegen unterbrochen werden müßte, große Begeisterung hervorrief. Die Postboten stimmten die Internationale an und beschlossen, eine Abordnung in die Kammer zu entsenden, um die sozialistischen Deputierten zu ihrer Haltung zu beglückwünschen.

### 20 Armenier ermordet.

Konstantinopel, 13. Mai. (W. L. B.) Nach beim armenischen Patriarchat eingelaufenen Telegramm sind in Marasch 20 Armenier von Kurden ermordet worden. — Nach den Ergebnissen der offiziellen Untersuchung soll die Hauptschuld an den Vorgängen in Adana den dortigen bereits abgesetzten Wali treffen, der einer strengen Bestrafung entgegensteht.

### Bergarbeiterausstand.

Wrag, 13. Mai. (W. L. B.) Im Rürschauer Kohlenrevier ist wegen Lohnunterschieden ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen. Morgen dürften bereits mehr als 4000 Bergleute streiken.

Pilsen, 13. Mai. (W. L. B.) Die gesamten Bergbauvereine des Westböhmischen Bergbauarbeitervereins, über 3000 Mann, sind wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

### 700 Webstühle vom Feuer zerstört.

Zell im Wesenthal, 13. Mai. (W. L. B.) Bei einem Brande in der Mechanischen Weberei wurden 700 Webstühle zerstört; es konnten nur 200 gerettet werden.

### Ein Polizeistreik.

Budapest, 13. Mai. (W. L. B.) In Ragy Szallotte ist heute früh die gesamte Polizeimannschaft wegen Nichtbewilligung einer Teuerungszulage in den Streik getreten.

Reichstag.

256. Sitzung vom Donnerstag, den 13. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Schoen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der am 13. November 1908 abgeschlossenen revidierten Berner Uebereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst.

Staatssekretär v. Schoen:

Die Ausdehnung des Urheberrechtes entspricht den Wünschen des Reichstages und der verbündeten Regierungen. Auf der Berliner Konferenz im Herbst vorigen Jahres waren auch eine Reihe von Ländern vertreten, die bisher dem internationalen Verbands zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst noch nicht beigetreten waren. Die aus dieser Konferenz hervorgegangene neue Uebereinkunft entspricht im allgemeinen dem Geiste der von deutscher Seite gemachten Vorschläge; ihr Hauptgewinn besteht darin, daß die einzelnen Teile zu einem einheitlichen Instrumente zusammengeschlossen sind, das die Verständigung aller Staaten über die Grundsätze des Urheberrechtes in sich schließt.

Abg. Dr. Jund (natl.): Die neue Konvention macht den Schutze eines Werkes gegen Vertriebsfälschungen unabhängig davon, ob die Vertriebsfälschungen aus einem Lande herrühren, in welchem der Schutze nicht besteht. Mit diesem Grundsatz sind wir vollkommen einverstanden. Ueberhaupt bewegt sich die neue Konvention in der Linie der bei uns anerkannten Anschauungen. Wir werden ihr daher zustimmen, ohne eine Kommissionsberatung zu beantragen. Nicht genügenden Schutze genießen musikalische Werke gegen die Uebersetzung auf mechanische Musikinstrumente, besonders auch noch nach dem Tode des Urhebers. Es wäre wünschenswert, wenn uns hierüber im Herbst eine besondere Novelle zuzuging; die Berner Konvention läßt den Gesetzgebungen der einzelnen Vertragsstaaten hierzu genügende Freiheit. Öffentlich werden auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika der Konvention beitreten; sie sind hinsichtlich des Schutzes wissenschaftlicher Werke noch weiter gegangen, als die Berner Konvention, so daß ein Verfahrungsplan hierdurch gegeben ist.

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.): Auch wir erkläre in der neuen Konvention eine Reihe von Verbesserungen und danken der Regierung für die Wahrnehmung der deutschen Interessen. Zu bedauern ist, daß es nicht gelungen ist, auch dem Kunstgewerbe einen genügenden Schutze zu verschaffen. — Die Frage, von welchem Termin an die Freigabe der Werke verstorbener Künstler einzutreten hat, läßt sich von verschiedenen Seiten aus betrachten. Außer dem Publikum kommen schließlich doch auch die Erben in Betracht. Warum soll das Erbe des Fabrikantenlohnes, nicht aber das des Dichters- und Künstlerlohnes geschützt werden? Jedenfalls besteht keine Veranlassung zu Ausnahmeparagraphen zugunsten des Hauses Wahlfried. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.): Will ich über die Freigabefrist und über den Paragrafen in diesem Zusammenhang nicht verbreiten, erhebt Ausstellungen an der Fassung verschiedener Bestimmungen, freut sich über die Beitrittsbereitschaft Hollands und Russlands, möchte aber genauere Auskunft über die Frage haben, wie es mit dem Beitritt der Vereinigten Staaten stehe. Er, Redner, glaube nicht an die Bereitwilligkeit. Auch das neue amerikanische Urheberrecht sei — neben dem österreichischen — eines der schlechtesten, die es gebe. Das amerikanische Urheberrecht ist eine Karikatur wahren literarischen Schutzes, eine Ausgeburt hochschamloser Kramergesistes. — Die Ergebnisse der Berliner Konferenz, im ganzen genommen, sind auch in unseren Augen erfreulich. Wir freuen uns über alles, was die Völker einander näher bringt, und wenn die Nationen sich zusammensuchen, um Werke der Kunst und Literatur zu schützen, so trägt das mehr dazu bei, sie sich näher zu bringen, als die schönsten Vorkosterreden. (Beifall links.)

Ein Regierungsvortrager (sehr schwer verständlich) antwortet auf Ausführungen der Vorredner.

Abg. Dieß (Soz.):

An der Berner Uebereinkunft ist am besten zu erkennen, was bei gutem Willen auf internationalem Wege zu erzielen ist, ein einheitliches Recht und ein Schutze für alle geistigen Arbeiten auf den Gebieten der Literatur und Kunst. Das ist sicher zu begrüßen. Wenn an der Vereinigung Österreich-Ungarn, Holland, die Balkanstaaten und Rußland und andere noch nicht teilnehmen, so steht doch zu erwarten, daß das in der nächsten Zeit geschehen wird. Österreich hat durch Reziprozitätsverträge

seiner Angehörigen in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien, Belgien, Dänemark, Norwegen, Spanien, Portugal, Mexiko, Chile, Costa Rica, Kuba, Japan und China. Damit ist ein sehr wichtiger Grundpfeiler der Berner Konvention durchbrochen. Nach dieser Konvention nämlich werden die Werke verbandsfremder Urheber, die in einem Verbandsstaat zum erstenmal veröffentlicht werden, nach Maßgabe des Inhalts dieser Abmachungen geschützt. Sie genießen den Schutze der Inländer. Nach dem am 1. Juli 1909 in Kraft tretenden amerikanischen Copyright-Gesetz entbehren dort des Schutzes alle Urheber, die zum Zeitpunkt ihrer Nationalität nach Rußland, Holland, Ungarn, Schweden sind, obgleich sie ihre Werke erstmals in Deutschland oder Frankreich erscheinen lassen. Sie tun das, um die Rechte, die ihnen das Heimatland nicht gewähren kann oder will, zu erreichen. Es dürfte nicht schwer halten, die Vereinigten Staaten zu bewegen, von ihrem durch nichts berechtigten Standpunkt abzugehen und den Schutze auch in derartigen Fällen zu gewähren.

Was die Berner Uebereinkunft selbst betrifft, so fügt sich unser Urheberrecht hier ohne weiteres ein, bis auf den § 22, der die Uebersetzung von Kompositionen mechanischer Musikinstrumente betrifft. In den Motiven zu dieser Uebereinkunft wird allerdings gesagt, daß Deutschland ohne Vorbehalt der Uebereinkunft zustimmen kann. Wir erheben das zweifelhaft. Jedenfalls sollten wir doch vorher den Gesetzentwurf kennen, der uns im Anschluß an die Uebereinkunft in Aussicht stellt. Wenn die verbündeten Regierungen uns heute erklären, daß der Vorbehalt auch später noch eben bei der Einbringung des Gesetzes erfolgen kann, so könnte heute ohne weiteres der vorliegenden Uebereinkunft im Rat und Vogen zugestimmt werden. Da jeder kontrahierende Staat nach Artikel 27 erklären kann, daß er für diesen oder jenen Punkt seine bisherigen Bestimmungen beibehalten will, so tritt an Stelle von beanstandeten Bestimmungen des neuen Vertrages die bisherige. Aber nach meiner Uebersetzung kann der alte Standpunkt, die Uebersetzung von nicht gemeinsamen Kompositionen auf mechanische Musikinstrumente freizulassen, nicht mehr aufrechterhalten werden. Es liegt sehr nahe, daß bei übertriebenen Forderungen der Urheber sich eine Art von Monopol entwickelt, unter dem sehr kapitalstärkigen Fabrikanten mechanischer Musikinstrumente ein Vorteil, minderkapitalstärkige aber das Nachsehen hätten. Das muß unter allen Umständen verhütet werden. Sollte es zu seinem bedauerlichen Resultat führen, so wäre es vielleicht besser, es bliebe beim alten Zustand, was unbeschadet der Berner Konvention möglich ist. Ich will aber gern zugestehen, wünschenswert ist ein solcher Zustand auch nicht, schon allein im Hinblick auf den nicht unerheblichen Export deutscher mechanischer Musikinstrumente. Um eine Monopolbildung zu verhüten, hat die deutsche Regierung auf der Konferenz eine Art Zwangslizenz vorgeschlagen, die dahin ging, daß ein Komponist, der die Uebersetzung seines Werkes einmal gestattet hat, auch jedem Dritten gegen eine angemessene Vergütung das Recht zugestehen muß, das Werk in gleicher Weise zu übertragen und auszuführen. Das ist damals abgelehnt und doch, glaube ich, ist es der einzig gangbare Weg. Die Amerikaner haben mit der ihnen eigenen Sturheit den Schutze der Uebersetzung musikalischer Werke eingeführt und damit gewissermaßen diejenigen Länder gezwungen, die den Schutze noch nicht haben, nachzuziehen. Sie gewähren ferner allen fremden Komponisten den gleichen Schutze und lösen die Gefahr des Monopols in einer dem deutschen Vorschlag auf der Konferenz entsprechenden Weise. In Deutschland gelten genau die entgegengesetzten Bestimmungen; wir werden aber wohl oder übel den gleichen Weg betreten müssen, wie Amerika. Bei der Regelung der Frage muß von vornherein das Uebersetzungsrecht mit dem Ausführungsrecht ver-

bunden werden. Eine Zweiteilung ist unzulässig, und würde zu den tollsten Schikanen Veranlassung geben. Was nützt zum Beispiel jemandem ein Musikwerk, wenn er es in einer öffentlichen Wirtschaft spielen lassen will und nur das eine Stück spielen lassen darf, das andere nicht. In seiner Wohnung kann der Wert jedes Stück spielen lassen, ohne das Ausführungsrecht zu besitzen, sobald er das Instrument in sein Wirtschaftsklokal bringt und gegen Entgelt spielen läßt, wird er straffällig, wenn er eine Walze oder Scheibe einsetzt, die wohl mit dem Uebersetzungsrecht ausgestattet ist, nicht aber mit dem Urheberrecht. Ein solcher Zustand ist unhaltbar. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auf den Schutze kinematographischer Erzeugnisse will ich nicht eingehen, das wird am besten geheißen, wenn und der angeklündigte Gesetzentwurf vorliegen wird. Aber die Frage der Schutzdauer muß ich noch erwähnen. Es heißt im Artikel 17 der Uebereinkunft: „Die Dauer des durch die Uebereinkunft gewährten Schutzes umfaßt das Leben des Urhebers und fünfzig Jahre nach seinem Tode“. Aber auch diesem Artikel kommt keine zwingende Bedeutung zu. Er kann angenommen, aber auch abgelehnt werden. Deutschland hat zurzeit eine Frist bis zu 30 Jahren nach dem Tode des Verfassers, ebenso Österreich, die Schweiz, Rußland. England schlägt bis zu 7 Jahre nach dem Tode des Urhebers — dann wird das Werk gemeinfrei, — oder bis zu 42 Jahre nach der ersten Veröffentlichung. Dort kann also ein Urheber bereits bei Lebzeiten seine Rechte verlieren. Das weitestgehende Urheberrecht hat Mexiko, das ein Werk auf ewige Zeiten schützt. Spanien begnügt sich mit dem Schutze von 30 Jahren nach dem Tode des Urhebers. Eine Schutzfrist von 50 Jahren nach dem Tode des Urhebers gewähren Frankreich, Portugal, Belgien, Ungarn, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Rußland und die Niederlande. Italien gewährt 30 Jahre von der Veröffentlichung eines Werkes an den Schutze; er kann dann auf weitere 40 Jahre gegen eine Lizenz von 5 Proz. des Ladenpreises verlängert werden. So wünschenswert einheitliche internationale Bestimmungen über die Schutzdauer wären, so kommen hier doch noch andere Fragen in Betracht als solche, die auf dem Gebiete des Gelderwerbs liegen. Wenn die Schutzfrist bis zu 30 Jahren nach dem Tode des Urhebers dauert, so ist allen billigen Wünschen der Hinterbliebenen Rechnung getragen. Dann hat die Nation ein Recht auf den ungeschmälerten Besitz der geistigen Werke ihrer Schriftsteller, Gelehrten und Künstler, die das, was sie geworden sind, in den meisten Fällen doch nur durch die Nation haben werden können. (Lebhaftes sehr richtig! links.) Ein sozialempfindendes Volk — und das wollen die Deutschen doch sein — darf die Schutzbestimmungen nicht überspannen gegen das Interesse weiter Volksmassen, die nach den geistigen Schätzen ihrer Großen durstig geworden sind. Die Aufgabe der Gesetzgebung ist hier, befriedigend, nicht hindernd einzugreifen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die internationale Gleichmacherei nach oben ist wenig am Platze. Die Romanen und andere können sich auch einmal nach uns richten mit dem weniger weitgehenden Schutze, der zweifellos moderner und den Anschauungen unserer Zeit entsprechender ist. Ich möchte der Hoffnung hier Ausdruck geben, daß die zu erwartende Novelle zum Urheberrecht eine Verlängerung der Schutzfrist nicht enthalten möge. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie wenig angemessen das wäre, will ich nur an den drei Beispielen von Ranke, Rommsen und Wagner erläutern, die 1880, 1901 und 1898 gestorben sind, für die die Schutzfrist also 1916, 1931 und bei Wagner 1918 abläuft. Gerade aus dem letzteren Falle rühren wohl Beschwerden her, die Schutzfrist zu verlängern. 30 Jahre aber ist eine durchaus angemessene Zeit. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dove (fr. Vg.) freut sich über die vertragsmäßige Fortbildung des internationalen Rechts und bittet um Annahme des vorliegenden Abkommens.

Abg. Henning (L.) ist im allgemeinen befriedigt von dem Abkommen. Die einzelnen Ausführungen des Redners bleiben meist unverständlich.

Damit schließt die Debatte. Die Konvention wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Uebereinkommens zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz.

Abg. Dr. Jund (natl.) bezeichnet das Uebereinkommen als einen mindestens theoretischen Fortschritt. Eine Kommissionsberatung sei nicht notwendig.

Damit schließt die Diskussion. Das Uebereinkommen wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Münzgesetzes.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Das Gesetz enthält nur die

weit hinter der durchschnittlichen Lebensdauer, wie sie die Statistik berechnet, zurück.

Wie und was auf See gelesen wird. Nach Mitteilungen der „Hamburger Beiträge“ sind von den Dampfern der Hamburg-Amerika-Linie 65 mit Bibliotheken für die Kajütenpassagiere versehen, deren Gesamtbestand sich auf 23 100 Bände und 800 Musikalien beläuft. Der Inhalt der Werke trägt hauptsächlich belletristischen Charakter, doch handeln manche Bücher auch über die von den Schiffen benutzten Häfen und Länder. 12 000 Werke sind in deutscher, 7300 in englischer, 1800 in französischer, 700 in spanischer, 200 in portugiesischer und 100 in italienischer Sprache geschrieben. Die Gesamtleitung der Bibliotheken liegt in den Händen eines Bibliothekars im Zentralbureau der Linie; an Bord der Schiffe unterstehen die Bibliotheken dem Obersteward. Die größeren Passagierdampfer haben besondere Bibliothekare. Der umfangreichsten Bücherbestände erfreuen sich die Dampfer „Kaiserin Auguste Victoria“ und „America“, von denen jeder 1645 Bücher und 50 Musikalien aufweist. Im letzten Jahre hat auch die dritte Klasse kleine Bibliotheken erhalten, deren Bücherbestände aus gebrauchten Büchern der Kajütenbibliotheken zusammengestellt sind! — Auf 50 Dampfern sind auch Mannschafsbibliotheken eingerichtet worden. In den Mitteilungen der „Hamb. Beiträge“ wird der Hamburg-Amerika-Linie nahegelegt, die dritte Klasse, und die Mannschafsbibliotheken in Zukunft nicht mehr aus den Kajütenbibliotheken, sondern durch besonders ausgewählte gute Volkschriften zu ergänzen. Die Sensationsromane, deren sofortige Beschaffung bei der heutigen Geschmackseinstellung des Publikums der ersten und zweiten Klasse ja unvermeidlich sein mag, sollten zum mindesten ausgeschieden werden, denn für die Mannschaf sind sie jedenfalls nicht die geeignete Kost. Bemerkenswert ist, daß sich unter allen Nationen besonders die Amerikaner als eifrige Leser und Benutzer der Bibliotheken herbortun.

Der Halbmond auf der Schwarzwalddr. In alten Bauernhäusern hat schon mancher Besucher des Schwarzwaldes eine der großen Uhren mit langem Pendel und bunt bemaltem Zifferblatt gesehen und über den Malleceien auch einen Halbmond entdeckt, ohne den besonderen Grund dieser Zier zu erkennen. Damit hat es folgende Bewandnis: Vom Schwarzwald aus zogen zu Ende des 18. Jahrhunderts große Händlerkompagnien in die weite Welt, Ueberträger-Kolonnen, denen mitunter das Glück der Abenteuerer beschieden war. So kamen einst fünf Brüder Haller mit einem Gewinn von 40 000 Gulden in die Heimat zurück; einem der Brüder fiel das zu Kopfe: er gab soviel Geld unruhig aus, daß ihn die Brüder nicht in ihrer Gemeinschaft behielten. Was dann weiter geschah, erzählt der Wendebühler Franz Steyer aus dem ehemaligen Kloster St. Peter: Matthias Haller, der von seinen Brüdern auf die eigene Kraft verwiesene Mann, erstand um das Jahr 1779 eine neue Auswahl von Uhren, zog damit wagemutig bis nach Konstantinopel und verkehrte dort dem Großhändler eine schöne Spieluhr. Der Sultan nahm das Geschenk

gnädig auf, und Haller erhielt einen Firman oder Freibrief, der ihm das Recht verlieh, in der ganzen Türkei ohne jegliche Abgabe handeln zu dürfen. Haller erwarb viel Geld, und als er in den Schwarzwald zurückkehrte, trat er sogar in türkischen Prachtgewändern auf. Alsbad zog er mit neuen Waren nach der Türkei, nahm dem Sultan wieder zwei Spieluhren mit, und nun kam der Handel so in Flor, daß man dem türkischen Geschmack auch in der Ausführung schmeichelte, indem man besondere Zifferblätter schmigte und malte, türkische Gestalten bevorzugte und den Halbmond „allenthalben hervorleuchtete“ ließ. Auch die musikalischen Stücke für die Spieluhren wurden danach eingerichtet, daß sie dem Rußmann gefallen sollten. Bei der Vorliebe der einheimischen Bevölkerung für fremdartig ausgestattete Geräte blieben solche Uhren auch vielfach in Deutschland, und noch heute dürfte manches Erbkind und mancher Stundenzeiger der Altertumsausstellungen den Halbmond zeigen. Nach türkischen Kalifen, zumal in die Harem, gelangen übrigens noch immer deutsche Spieluhren und Dekorationen, die im Lande des Halbmondes ihre mehr oder minder „klassischen“ Weisen erklingen lassen.

Notizen.

„Dem Verdienste seine Krone.“ Gestern feierte die Münchener Akademie der bildenden Künste ihr 100-jähriges Bestehen. Sie wurde zur Belohnung für diese Dauerhaftigkeit vom Prinzregenten in eine Hochschule umgewandelt. Außerdem regnete es die obligaten Piepmäße für „Verdienste“ und dergleichen. Die Festredner bestimmten die bayerische Dynastie.

„Juristendeutsch.“ Die in diesem Jahre begründete „Deutsche Richterzeitung“ serviert ihren Lesern auf Seite 28 der ersten Nummer folgendes Sägchen:

Die Gerichte, die mit aus Pölnischöffen gebildet werden, und die Ausdehnung ihrer Zuständigkeit jedoch innerhalb der Grenzen, in denen das Beobachten, Beurteilen und Ermessen verständiger Laien nützen kann, und in einer Gestaltung des Gerichts, die diesen Grenzen Rechnung trägt, vermögen, soweit sie unter der Leitung eines intelligenten und geschickten Richters stehen, der die Würde der geeigneten Vorsehung und der nicht bloß äußerlichen Heranziehung der Schöffen zur Urteilsfindung nicht schent, das Ansehen der Gerichte und das Vertrauen zu ihnen dadurch zu heben, daß weite Kreise des Laientums mit den Schwierigkeiten der Rechtssprechung und mit der Arbeitsweise gewisser Richter bekannt und so belehrt werden, daß die Gerichte ihre Schuldbiligkeit und das Rechtsgefühl bei genauerer Erforschung und Verständigung aller, auch scheinbar unbedeutender Umstände oft eine ganz andere Beurteilung finden müssen, als eine oberflächliche Kenntnis und eine ausschließliche Unterlegung der hervorsteckendsten Eigenümllichkeiten des Falles, mit denen sich das Publikum oft begnügt, an die Hand geben.“

Wer's nicht glaubt oder — nicht versteht, zahlt einen Toller Strafe!

Kleines feuilleton.

Das größte Palmenhaus der Welt. Das große Tropenhaus im Botanischen Garten zu Dahlem, das jetzt seiner Vollendung entgegengeht, ist das größte Palmenhaus der Welt. Es hat nicht weniger als 1728 Quadratmeter Fußfläche. In dem Palmenhaus herrscht nur eine Temperatur von 19 Grad Celsius. Die Wärme genügt indes, um die herrliche Tropenlandschaft in dem Glashause lebensfähig zu machen. Einige Palmen werden bis zur Höhe des Palmenhauses ragend, an Felsvorsprüngen werden die hängenden Araceen angebracht. Vor allem sollen auch Lianen in größerer Anzahl als im alten Palmenhaus angepflanzt werden. Sehr schön wirkt die Verbindung der Palmenbeete mit Wasserflächen, die im Schatten tiefer Karne liegen und auf denen die verschiedensten Rumpfpflanzen blühen. Allein das große Beet in der Mitte des Tropenhauses ist 1000 Quadratmeter groß. Viel Mühe hat die Herstellung des Bodens verursacht. Das Terrain mußte bis zu einer Tiefe von 4 Meter ausgehoben und dann mit 3000 Kubikmeter Lehm, feinem Sand, Dung usw. gefüllt werden. Um das Versauern des Bodens zu verhüten und eine möglichst intensive Entwässerung zu ermöglichen, ruht das tiefe Beet auf einem durch Röhren, Zementmauerungen und Ziegelsteinlagerungen erzeugten Hohlraum, in den jederzeit das überflüssige Wasser ablaufen kann. Ein Anschluß an die öffentliche Kanalleitung ist dabei verstanden, um jedem Eindringen schlechter Luft vorzubeugen. Ringsum ist das Beet von Gewölben umgeben, die der Erde frische und warme Luft zuführen.

Die Lebensdauer in Deutschland. Nach den neueren Sterbetafeln des Statistischen Amtes hat die Lebensdauer im Deutschen Reich neuerdings stark zugenommen, was hauptsächlich eine Folge der verbesserten Hygiene sein dürfte. Danach kann, wie die „Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik“ schreibt, jedem männlichen Neugeborenen jetzt ein Alter von nahezu 41, jedem weiblichen sogar ein solches von fast 44 Jahren vorausgesagt werden, allerdings nur im Durchschnitt, hinter dem natürlich viele zurückbleiben, während andere ihn beträchtlich überschreiten. Der Unterschied zugunsten des weiblichen Geschlechts hält bis ins höchste Alter an. Mit 10 Jahren beträgt das noch zu erwartende Alter beim Knaben 41,23 beim Mädchen 43,37, mit 30 Jahren 33,46 bzw. 35,62 Jahre. Wer das 40. Lebensjahr erreicht hat, kann als Mann noch nahezu 26, als Weib reichlich 23 Jahre freuerer Lebensdauer erhoffen. Fünfzigjährige Männer besitzen noch ein Guthaben von 19, Frauen desselben Alters ein solches von 20,53 Jahren. Mit 60 Jahren beträgt die Lebenserwartung nur noch 12,82, beziehungsweise 13,60 Jahre. Mit 70 Jahren 7,76, beziehungsweise 8,10 Jahre. Wer es bis zu 80 Jahren gebracht hat, kann noch 4,23, als Frau noch 4,48 Jahre leben, der Neunzigjährige noch 2 1/2, bis 2 1/2, und der Hundertjährige etwas über ein Jahr Weiterlebens erhoffen — immer nach dem Durchschnitt für die Gesamtbevölkerung. Das Durchschnittsalter des Proletariats bleibt

Kodifizierung des geltenden Rechts. Ich bitte daher, von einer Kommissionsberatung abzusehen und beantrage, gleich in die zweite Lesung einzutreten und das Gesetz in Bloc anzunehmen.

Dem Vorschlag wird nicht widersprochen und das Gesetz wird in zweiter Lesung in Bloc angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Bankgesetzes.

Vizepräsident Dr. Baasche teilt mit, daß ein genügend unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung über die Abänderungsanträge A a b (wirtsch. Vg.) eingelaufen sei.

Abg. Raab (wirtsch. Vg.): Das Reich befindet sich bekanntlich in keiner besonders günstigen Finanzlage. (Allgemeine Zustimmung und große Heiterkeit.) Um so notwendiger ist es, daß das Reich so viele Einnahmen als möglich aus der Reichsbank zieht. Statt dessen stellt der neue Verteilungsmodus das Reich ungünstiger als bisher. Redner begründet seinen Antrag, wonach 1. von dem nach Abzug der Dividende verbleibenden Reingewinn 75 Proz. (statt 70 Proz.) dem Reich zufließen sollen, 2. die Gesamtdividende auf 6 Proz. des Grundkapitals beschränkt und der Ueberschuß der Reichskasse zufließen soll.

Präsident der Reichsbank Havenslein bittet um Ablehnung des Antrages Raab. Die verhandelten Regierungen sind überzeugt, in der Vorlage den richtigen Verteilungsmodus vorgeschlagen zu haben. Die minimale Einbuße an direkten Einnahmen, die das Reich erleidet, kommt nicht in Betracht gegenüber der Stärkung des Wirtschaftslebens, die durch die Vorlage herbeigeführt werden soll und die wieder den Reichsfinanzen zugute kommen wird.

Abg. Dove (st. Vg.) bittet ebenfalls um Ablehnung des Antrages Raab, der eine grundlose Entleerung der Anteilseigner bedeuten würde.

Abg. Dr. Arendt (Np.): In der Kommission hatte sich ein neuer Bloc gebildet, ein ReichsbankBloc, bestehend aus Zentrum, Freisinnigen und Nationalliberalen (Dr. Heiterkeit), der mit einer Stimme Mehrheit gegen den aus Konservativen, Reichspartei, wirtschaftlicher Vereinigung, Polen und Sozialdemokraten bestehenden Antibloc (Schallende Heiterkeit) den Antrag Raab ablehnte. Der erste Teil des Antrages, der der Reichskasse einen höheren Betrag aus dem Gewinn der Reichsbank zuführen will, ist gewiß zu befürworten. Auch der zweite Teil des Antrages hat dieselbe löbliche Tendenz, ist aber wohl überflüssig, da nach den neuen Bestimmungen der den Anteilseignern zufallende Betrag sechs vom Hundert des Grundkapitals kaum erreicht hat. Der Gewinn ruhet vom Privileg der Reichsbank her, und deshalb wäre es sogar berechtigt, den gesamten Gewinn der Reichsbank der Reichskasse zuzuführen. Mit der Verringerung der Einnahmen der Anteilseigner treffen wir gewiß nicht die Kernsten, und in einer Zeit, wo man von der Wertzuwachssteuer und der Besteuerung des mittelbaren Gewinns spricht, wäre es nicht gerechtfertigt, das Monopol der Reichsbank zu verlängern und gleichzeitig den Anteilseignern erhöhte Gewinne zuzuführen. Ich hoffe daher auf Annahme des Antrages Raab in seinem ersten Teile.

Abg. Dr. Weber (nail.): Ich hoffe das Gegenteil. Eine wirkliche Besteuerung des Vermögens ist es nicht, einzelne Gruppen, unter denen durchaus nicht nur Millionäre sind, herauszugreifen und ihre Einnahmen zu verringern. Denn soll man lieber eine Reichsvermögenssteuer einführen. (Lebhafte Zustimmung links.) Durch die Annahme des Antrages Raab würde ein Sinken des Kurses der Anteile der Reichsbank erfolgen.

Abg. Dr. Fehlbender (N.): Durch die Annahme des Antrages Raab würden die Kurse und der innere Wert der Anteile der Reichsbank sinken; außerdem würde der Idee der Verstaatlichung der Reichsbank Vorstoß geleistet werden. Deshalb werden wir gegen den Antrag Raab stimmen.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.):

Meine Freunde werden dem Antrage Raab zustimmen. Es ist Herrn Dove und seinen Freunden nicht gelungen, uns zu beweisen, daß wir Mitleid mit den Anteilseignern der Reichsbank haben müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus einigen Reden war ja herausgehört, als wenn es sich bei den Aktionären der Reichsbank um notleidende Mittelständler handelte. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Gerade Herr Dr. Weber sprach ganz so. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da wäre es doch sehr interessant, wenn die Namen derjenigen Herren, die Anteile der Reichsbank besitzen, uns mitgeteilt würden. (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Es würde uns auch schon genügen, wenn der Stand der Anteilseigner bekannt gegeben würde. Ich bin überzeugt, die Reden der Herren würden sich dann von selbst widerlegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wiederholt ist hier gesagt, die Verfüzung der Gewinne der Anteilseigner sei nicht vereinbar mit Treu und Glauben. Sie hätten die Anteile zum Kurs von 140, früher von 185, noch früher von 190 erworben, und hätten das mit Vertrauen darauf getan, daß eine Verlängerung der Anteile nicht eintreten würde. Wir ist es ein Rätsel, aus welchen Duelle dieses und ehrende Vertrauen geflossen sein soll. (Heiterkeit.) Seitdem die Reichsbank besteht, ist jede Verlängerung des Privilegs der Reichsbank benutzt worden, den Anteil des Reiches zu erhöhen und den der Anteilseigner zu kürzen. Sie hätten also bei dem Erwerb der Aktien damit rechnen müssen — und die Herren verstehen zu rechnen — daß auch diesmal die Gelegenheit benutzt würde, um den Anteil des Reiches zu erhöhen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun wurde gesagt, aller Voraussicht nach sei es bei den wirtschaftlichen Verhältnissen in den nächsten Jahren vollkommen ausgeschlossen, daß eine Erhöhung der Dividende über 6 Proz. eintreten würde. Wäre das richtig, so ist die Aufregung der Herren nicht zu begreifen, die Herrn Weber zum Beispiel dazu führt, den Anteilseignern den Rat zu geben, ihre Aktien gleich morgen zu verkaufen. Wir meinen im Gegenteil, der Antrag Raab liegt im Interesse der Anteilseigner. Sie sind in beständiger Unruhe, wie hier gesagt ist. Freilich widersprechen sich die Gegner des Antrages. Die einen sagen, die Anteilseigner hätten sich im Vertrauen darauf befunden, daß ihnen nichts geschehe würde, von der anderen Seite sagt man, sie seien in beständiger Unruhe. Nun meine ich, daß bei der Annahme des Antrages, bei der Verringerung der Gewinne der Anteilseigner noch oben hin alle Chancen auf eine Verstaatlichung der Reichsbank schwinden und somit für die Anteilseigner eine Verurteilung eintreten würde. Dadurch wird das seltsame Gleichgewicht der Herren vielleicht einigermaßen wieder hergestellt. Hingewiesen ist auch darauf, daß die Aktionäre im Verhältnis zu denen des Auslandes schlecht gestellt sind. Demgegenüber erinnere ich an die Aktionäre der schweizerischen Nationalbank, deren Gewinn auf 4 Proz. begrenzt ist. Nach dem Antrag Raab würden die deutschen Anteilseigner immer noch 2 Proz. mehr bekommen. Es ist gesagt worden, daß die Bank von Frankreich größere Gewinne an die Aktionäre verteile. Diese Bank hat aber ein zinsloses Darlehen von 150 Millionen Frank an den französischen Staat gegeben. Das macht ein Zinsrückgang von 4 1/2 Millionen, die die Aktionäre der Bank von Frankreich zugunsten des Staates verlieren. Das muß berücksichtigt werden, wenn man den Gewinnanteil der deutschen und ausländischen Aktionäre vergleicht. Wir sind für jeden Antrag, der geeignet ist, den Anteil des Reiches gegenüber den Anteilen der Aktionäre zu erhöhen. Ein verdienstvolles Wert wäre es, wenn es möglich wäre, in ähnlicher Form auch bei den privaten Notenbanken den Anteil des Fiskus gegenüber dem Anteil der Aktionäre zu erhöhen. Ich hoffe, daß der Reichstag, wenn er die Wahl hat zwischen einer Bevorzugung des notleidenden Reiches gegenüber notleidenden Reichsbankaktionären, keinen Moment im Zweifel sein wird, auf welche Seite er sich zu schlagen hat. (Waboi! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kretz (L.): Man sagt, der Antrag Raab verlege den Idealismus. Dieser Idealismus scheint das große Portemonnaie der betreffenden Redner zu sein. (Heiterkeit rechts.) Der Antrag geht darauf hinaus, eine Schädigung der Reichskasse zu verhindern, daher werden wir für ihn stimmen.

Damit schließt die Diskussion.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag Raab wird auf Freitag 2 Uhr vertagt. (Aberdem Viehengesetz.)

## Abgeordnetenhaus.

86. Sitzung vom Donnerstag, den 13. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Kollke.

Die dritte Beratung des Etats wird beim Etat des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Abg. Dr. Schreder-Rassel (nail.) polemisiert gegen frühere Ausführungen des Abg. Hedenroth.

Abg. Frhr. v. Jellib (st.) geht auf die Verwaltungsorganisation ein, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Dr. Sedda (Vole) fragt an, in wieviel Fällen Woten in den polnischen Provinzen die Anstufungsurlaubnis erteilt worden sei.

Abg. Hirsch-Verlin (Soz.):

Ich habe mich zum Worte gemeldet, um meine Ausführungen über die Polizeispiegelwirtschaft aus der zweiten Lesung und einige neue Fälle zu ergänzen und weiter, um mit den Herren Stroffer und v. Arnim abzurechnen wegen der Neuierungen, die sie bei der zweiten Lesung über die Tendenzen der Sozialdemokratie gemacht haben. Dem Herrn Minister des Innern war es bei der zweiten Lesung nicht möglich, meine Ausführungen über die Spiegelwirtschaft bei der Polizei irgendwie zu entkräften, da ich ganz detaillierte Angaben gemacht, ihm gewissermaßen den Stedbrief dieser Leute vorgeführt habe. Er hat dann und heraus erklärt, daß es gegenüber den angeblichen Umtrieben der Sozialdemokratie notwendig sei, sich solcher Subjekte zu bedienen. Daraus geht hervor, daß die Schuld an dem gemeingefährlichen Treiben der Spiegel nicht die Spiegel, sondern in allererster Linie die Regierung trifft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und ebenso ist das Haus dafür verantwortlich, das der Regierung in Form von Geheimfonds die Mittel bewilligt, damit derartige Umtriebe stattfinden können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun hat meine Rede offenbar eine Wirkung gehabt. Es scheint, als ob seitens des Ministers oder des Polizeipräsidenten an die Spiegel die Anweisung ergangen ist, sich aus den sozialdemokratischen Wahlvereinen zurückzuziehen. Man scheint zu befürchten, daß den Spiegeln der Aufenthalt dort nicht zu bekommen, daß sie vielleicht dadurch allmählich selbst zu Sozialdemokraten werden könnten. Aus einem Briefe, den ein Spiegel an einen Parteigenossen gerichtet hat, geht jedenfalls deutlich hervor, daß eine solche Anweisung von oben gekommen ist. Ich halte das auch für den besten Rat, den die vorgeschickten Behörden den Spiegeln geben können. Nun sind inzwischen wieder eine Anzahl Fälle zu verzeichnen, in denen Kriminalbeamte nicht nur versucht haben, Geheimnisse der Sozialdemokratie zu erschleichen, was ihnen natürlich vollkommen unzulässig ist, sondern sogar nicht davor zurückgeschreckt sind, ehrliche Parteigenossen zum Verrat ihrer Geheimnisse anzuwerben, d. h. sie haben versucht, ehrliche Menschen zu Lumpen zu machen. Ich führe das ausdrücklich an, weil der Minister erklärt hat, daß er solche Lockspiele nicht billige. Etwas anderes als Lockspiele ist es auch nicht, wenn man versucht, ehrliche Arbeiter zu Verdächtigern zu machen. Wir haben inzwischen entlarvt den Kriminalschurmann Rudolf, der sich unter dem Namen Hausdiener Otto im 142. Bezirk des Wahlvereins für den 2. Berliner Wahlkreis zur Aufnahme gemeldet hatte und sich eifrig an den Wahlrechtsdemonstrationen beteiligte. Angeblich ist er naher verzoogen, in Wirklichkeit hat er seine alte Wohnung beibehalten. Er hatte eine frühere Keimadefrau vom Polizeipräsidenten gefunden, die für ihn die polizeiliche Anmeldung besorgte. Dieser Beamte der königlichen Polizei hat also eine Frau verleitet, ihn fälschlich als bei ihr wohnhaft und außerdem

unter falschem Namen anzumelden.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Frau scheint das Geschäft übrigens engros zu betreiben, denn von ihr wurde noch ein anderer Polizeibeamter angeworben, der ebenfalls nicht bei ihr wohnte. Im ganzen hat der erwähnte Spiegel an Parteigenossen für Verrat von Geheimnissen nach und nach 120 R. gegeben, natürlich nicht aus seiner Tasche, sondern aus Mitteln, die die Steuerzahler aufgebracht hatten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind so loyal, die 120 R. der Regierung zur Verfügung zu stellen. Der Aufforderung, sich das Geld gegen Legitimation abzuholen, ist der Beamte nicht gefolgt. Wenn aber der Herr Minister einen Beamten einsetzt, werden wir ihm gern die 120 R. aushändigen. (Heiterkeit.) Ein anderer Spiegel hatte sich unter dem Namen August Mische als Mitglied des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen einschreiben lassen und er hat auch bei den Gewerbevereinswahlen eifrig agitiert. Gegenüber der Behauptung des Ministers, es lämen keine Lockspiele vor, ist es sehr auffällig, daß dieser Spiegel, der auch das Amt eines Bezirksführers bekleidete, wobei er entlarvt wurde, zu den Versammlungen, die am 20. Oktober d. J. anlässlich der Eröffnung des Landtages abgehalten wurden, alle Genossen seines Bezirks zu dem Lokal von Wallischmeder dirigierte, und daß es gerade hier zu ernst

Zusammenstößen mit der Polizei

gekommen ist und sonst nirgends. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Leider ist es diesem Spiegel gelungen, einen unserer Parteigenossen, einen gewissen Haberlein, zu Spitzelieren zu verleiten. Natürlich gehört sein Opfer nicht mehr der Partei an. Ich empfehle ihn dringend dem Reichsverband zur Aufnahme. Schließlich haben wir in den letzten Tagen einen Kriminalbeamten entlarvt, der sich als Versicherungsagent Franz Krause in den dritten Berliner Wahlkreis aufnahm. Er hatte schon früher in Pantow vergebens Spitzelversuche gemacht.

Ich habe Ihnen nur authentische Fälle vorgeführt, ich bin auch in der Lage, Ihnen die Photographien vorzulegen, falls die Regierung Zweifel hegen sollte. Wie kommt es nun, daß die Entlarvungen von Spiegeln sich in letzter Zeit so gehäuft haben? Sind die Spiegel etwa dummer geworden? Ich meine, sie waren schon früher so dumm, daß das gar nicht möglich ist. (Heiterkeit.) Offenbar haben die Parteigenossen mit der Zeit eine größere Routine in der Entlarfung der Spiegel bekommen, und außerdem scheint mir das Ueberhandnehmen von Spiegeln in unseren Wahlvereinen die Folge der liberalen Ergrungenschaft des Reichsvereinsgesetzes zu sein. Die Polizei kann jetzt nicht mehr Beamte zur Ueberwachung der Wahlvereinsversammlungen entsenden und wirbt darum feile Subjekte, die angeblich als Parteigenossen, in Wirklichkeit, um der Polizei Material zu liefern, hingehen. Ich habe auch dafür einen Beweis. Einer der erwähnten Spiegel hat an einen Parteigenossen in bezug auf die Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins geschrieben: „Reiner von uns Kriminalbeamten soll morgen in die Versammlung gehen. Dann wirst Du so gut sein und mir morgen darüber einen eingehenden Bericht zukommen lassen.“ Dieser Brief ist offenbar die Folge einer Anweisung an die Kriminalbeamten von oben, nicht mehr in solche Versammlungen zu gehen, damit sie dort nicht entlarvt werden können. Sie sehen, wohin das Spitzelwesen führt. Vorteile hat die Regierung nicht davon. Das System ist für sie außerordentlich kostspielig, denn die Spiegel haben große Ausgaben nicht nur für ihren persönlichen Bedarf, sondern auch an Bestechungsgeldern. Wozu also dieses System, zumal es für die entlarvten Beamten unter Umständen große Unannehmlichkeiten zur Folge haben kann. Denn es ist klar, daß meine Parteigenossen, wenn ihnen ein solcher Spiegel in die Hände gerät, nicht gerade sehr milde mit ihm umspringen werden. (Heiterkeit.) Wir werden den

Kampf gegen dieses Gefindel

weiter führen und werden feils diese ehrlöse Gesellschaft unter Kennung des Ramens öffentlich brandmarken, um ihnen auf diese Weise einen Steckbrief mit auf den Weg zu geben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich komme nun zu der Abrechnung mit Herrn Stroffer und v. Arnim. Sie haben angebliche Zitate sozialdemokratischer Schriftsteller zum Beweise vorgelesen, daß wir die blutige Revolution, die Revolution im Jugabefinne,

erstreben. Ich dachte mir gleich, daß die Zitate gefälscht sein müssen. Damit mache ich den Herren nicht den Bartwurf der Fälschung, denn ich bin überzeugt, daß keiner von ihnen jemals die zitierten Schriften im Original gelesen hat und überhaupt noch nie ein sozialdemokratisches Buch gelesen hat. Nein, die Zitate werden ihnen von bezahlten Leuten zurechtgeschickt und sie fallen dann damit herein. Ich will Ihnen nun beweisen, wie man gegen die Sozialdemokratie vorgeht, indem ganz klare Ausführungen von Sozialdemokraten dadurch in ihr Gegenteil umstülzt werden, daß man entscheidende Stellen ausläßt und sie andererseits aus dem Zusammenhang reißt. Herr Stroffer sagte z. B., der entscheidende Absatz des Wudener Manifestes von 1880 laute: „Die erdrückende Mehrzahl der deutschen Sozialdemokratie hat sich niemals dem Wahne hingegeben, daß sie ihre Grundzüge in aller Friedlichkeit auf dem rein „gesetzlichen“ Wege würde durchsetzen können, d. h. daß die benachteiligten Klassen freiwillig und ohne Zwang ihre bevorrechtigte Stellung aufgeben würden. Daran aber, daß wir, wenn uns die herrschenden Klassen jeden gesetzlichen Weg abschneiden, deshalb auf die Durchföhrung unserer Grundzüge verzichten würden, daran hat noch kein deutscher Sozialdemokrat je gedacht.“ Zwischen diesen beiden Sätzen, die Herr Stroffer wiedergibt, als ob sie unmittelbar hintereinander gedruckt wären, befindet sich aber folgender sehr wichtiger Satz: „Wir haben vielmehr jenen Satz stets in dem Sinne verstanden, daß wir einerseits für Anwendung aller vorhandenen gesetzlichen Mittel und wenn auch noch so kleinen Rechte zur Förderung unserer Zwecke, d. h. gegen jede politische Entfälschung (als ein ungeschicktes Verfehlterwerden brauchbarer Waffen) sind, und daß wir andererseits zu einer friedlichen gesetzlichen Lösung unserer Frage durch Unterhandlung zwischen den beiden entgegengesetzten Klassen und dadurch ermöglichten allmählichen organischen Entwicklung bereit sind (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), weil wir unseren Lehren die Kraft zu vertrauen, auch bei nur einiger Bewegungsfreiheit im geistigen Kampf den Sieg zu erzwingen.“ (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diesen entscheidenden Satz hat Herr Stroffer

einfach weggelassen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Stroffer hat dann das Zitat bei den Worten abgedröchen: „Will es nicht biegen von oben herab, so muß es brechen von unten hinauf.“ Unmittelbar dahinter heißt es aber: „In diesem Falle befinden wir uns noch heute in Deutschland. Die heutigen politischen und wirtschaftlichen Herrscher Deutschlands wollen keine Unterhandlung, keine Verständigung, sondern den Krieg, den Vernichtungskampf. Gut, wenn sie ihn wollen, sollen sie ihn haben. Die Verantwortung auf ihre Häupter.“ Auch diesen Satz hat Herr Stroffer fortgelassen. Hier ist gesagt, daß wir die friedliche Entwicklung wollen; wenn es aber anders kommt, dann ist das den herrschenden Klassen zuzuschreiben. (Lachen rechts — Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Wudener Protokoll ist unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes erlassen worden. Damals hat die Sozialdemokratie stets betont, daß ihr eine gewalttätige Entwicklung durchaus fernliegt. Herr Stroffer hat dann aus einer Streitschrift Bebel's gegen die „Demokratische Korrespondenz“ im Jahre 1889/70, zitiert: „Unsere Ziele“ ein Zitat angeführt, in dem es heißt: „Der andere, entschieden kürzere, aber gewalttätigere Weg wäre die gewalttätige Expropriation, einzelner mit welchen Mitteln.“ Er hat auch da wieder den entscheidenden Satz ausgelassen, wo es heißt: „Danach hängt also der Ausgang der Krise von der Kapitalistenklasse selbst ab, denn der Charakter der Krise wird bestimmt durch die Art, wie sie die in ihren Händen befindlichen Machtmittel anwendet.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter zitiert Herr Stroffer aus der Schrift Bebel's: „Man entfesse sich doch nicht über diese mögliche Anwendung der Gewalt. Die Geschichte lehrt, daß zu allen Zeiten neue Ideen in der Regel erst durch gewalttätige Kämpfe zur Geltung gelangen.“ In Wirklichkeit lautet das Zitat: „Man entfesse sich nur nicht über diese mögliche Anwendung der Gewalt, zeterne nicht über Unterdrückung „berechtigter“ Existenzen, gewalttätiger Expropriation und dergleichen! Die Geschichte lehrt, daß zu allen Zeiten die neuen Ideen in der Regel erst durch gewalttätigen Kampf ihrer Vertreter mit den Vertretern der Vergangenheit zur Geltung gelangten, und daß dann die Kämpfer für die neuen Ideen die Vertreter der Vergangenheit so tödlich als möglich zu treffen suchten. Ich erinnere wiederholt an 1789, bis zu einem gewissen Grad an 1830 bezüglich Frankreichs, an 1848 für Deutschland, wo das Bürgerthum den Kampf ebenfalls aufnahm, aber durch den Mangel an revolutionärer Energie am deutlichsten seine geistige Impotenz (Ohnmacht) als Klasse darat, auf halbem Wege stehen blieb und durch das Schloß des Konstitutionalismus mit den Resten des Feudalismus und dem Königtum Frieden schloß. Wären die Arbeiter damals in ihrer Zahl die von heute gewesen, der politische Kampf wäre entschieden, für den sozialen Staat wäre die Bahn frei.“ Uebrigens hat Bebel schon vor fast 40 Jahren den Gefinnungsgenossen des Herrn Stroffer die richtige Antwort gegeben, wenn er seine Polemik folgendermaßen fällte: „Wenn ein Volk, wie die „Demokratische Korrespondenz“, das in gewissen Sinne als leitendes Blatt der Volkspartei dastehet, aus dem viele Parteigenossen erst ihr sozialpolitisches Wissen schöpfen, sein Richtwissen in einer Frage offen bekennet, welche die brennendste Frage der Welt ist: wie muß es da um das Wissen und das Urteil der Parteimitglieder bestellt sein? Ja, es sind viele, die Herr, Herr sagen, aber nicht wissen, was sie wollen.“ Herr Stroffer, das bezieht sich auf Sie. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich würde mich schämen, im Kampfe gegen meine politischen Gegner derartige Mittel zu gebrauchen. Herr v. Arnim hat nun nicht direkt gefälschte Zitate vorgelesen, hat aber die Zitate so aus dem Zusammenhang gerissen, daß sie den gegenteiligen Eindruck von dem erwecken mühen, den sie tatsächlich bezwecken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So hat Herr v. Arnim aus dem „Zürcher Sozialdemokraten“ von 1888 folgendes zitiert: „Wenn die Kanonen die ultima ratio regum, das letzte Argument der Könige sind, so ist das Dynamit das letzte Recht der Unterdrückten. Das Dynamit, als gewalttätiges Gewaltmittel, ist der Tod der Gewaltpolitik.“ Damit wollte Herr v. Arnim beweisen, daß die Sozialdemokratie Dynamitattentate plane. In Wirklichkeit besagt das Zitat gerade das Gegenteil. Es ist nämlich der Schluß eines Leitartikels, den Herr v. Arnim zweifellos nicht kennt. Der Artikel nimmt auf die Bewegung der Penier in England Bezug und spottet darüber, daß die englische Regierung sich durch den Schreden vor den Peniern zu den allerdrücktesten Gesetzen hinreichend läßt. Es heißt dort wörtlich: „Das folge, großmächtige Albion zittert vor ein paar Menschen und vor ein paar Jentnern Sprengstoff — kein Zweifel, und es zittert mit gutem Grund — darin liegt die ungeheure Bedeutung der Tatsache.“ Der Artikel wendet sich dann dagegen, daß man gegen „Verbrecher“ strenge Strafen anwendet, anstatt die Ursachen der Verbrechen aus der Welt zu schaffen. „Wer zum Dynamit greift, macht mit dem Tode Verbrechen und ist für alle, auch die raffiniertesten und grausamsten Praktiken des rückständigsten Abschreckungssystems einfach unempfindlich.“ Also der Artikel sagt gerade das Gegenteil von dem, was Herr v. Arnim meint, nämlich er betont: „Die Gewaltpolitik hat gar keinen Zweck, schafft verunünftige, gesunde Zustände, dann wird es nicht so kommen, daß die Waffen

zur Verweissung getrieben,

zum Dynamit greifen.“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Arnim hat dann eine angebliche Aeußerung meines verstorbenen Freundes Liebknecht von einer Reichstagsrede von 1881 zitiert, wonach Liebknecht gesagt hat: „Diesem Reichstag gegenüber ist die Sozialdemokratie keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machfrage, die auf der Straße, auf dem Schlachtfelde zu lösen ist.“ Ich habe diese Stelle nicht finden können, wohl aber eine Aeußerung Liebknecht's aus demselben Jahre, in der er sich

gerade in entgegengelegtem Sinne über den Zukunftsstaat zuher. Er sagte: Das Revolutionäre unserer Partei liegt darin, daß wir keine Kompromisse mit den jetzigen faulen Verhältnissen wollen, daß wir sagen, die Uebel der heutigen Gesellschaft fliehen aus einer bestimmten Quelle und sie können nur geheilt werden, wenn diese Quelle verköpft wird. Der Kapitalismus ist die Ursache des gesellschaftlichen Elends. Die ganze heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihrer Grundanlage und mit allen ihren Auswüchsen muß beseitigt werden. Das haben wir zu allen Zeiten erklärt und darum sind wir eine revolutionäre Partei. Aber niemals hat ein Sozialdemokrat gesagt, daß wir nun über Nacht durch irgend ein Wunder, durch Verschwörung, durch einen Putsch den heutigen Staat, die heutige Gesellschaft umstürzen können oder wollen, und wir halten jeden für einen

Schwindler oder strikten Panatier, der da behauptet, gewaltlos, willkürlich eine Revolution machen zu können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Revolutionen werden nicht gemacht, sie werden, sie entstehen, sie wachsen organisch, sie sind das Produkt gesellschaftlicher Entwicklungsverhältnisse. Uebrigens hat sich in derselben Debatte Weibel ganz ähnlich geäußert. Ich überlasse das Urteil über diese Art, mit gefälschten oder aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten gegen uns vorzugeben, dem Urteil aller gerecht Denkenden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich wende mich wieder zu dem Minister. Er meinte, wir seien gar nicht so friedlich, wir demonstrieren auf der Straße für das Wahlrecht. Ich habe damals schon nachgewiesen, daß es bei den Demonstrationen nicht ruhig zugegangen ist, die Polizei die Schuld daran trägt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das hat sich wieder bei dem Prozeß gegen die Wahlrechtsdemonstranten in Hannover gezeigt, wobei die Polizei einen bösen Meinsfall erlebt hat, den sie durchaus verdient hat. In Hannover saßen nicht die paar Leute, die dort zu ganz geringen Strafen verurteilt wurden, eigentlich auf der Anklagebank, sondern die Beamten der preussischen Polizei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso haben die Verhandlungen über die sogenannten großen Strafmale beim Einzug des Königs von England bewiesen, daß die Eingekerkerten im Grunde ganz harmlose Menschen waren, die mit unserer Partei nichts zu tun hatten: sie wurden auch zu ganz minimalen Strafen verurteilt. Weiter muß ich erneut Beschwerde führen über die Handhabung des neuen Vereinsgesetzes gegen die Sozialdemokratie. Den Vogel dabei scheint das Landgericht Halle abgeschlossen zu haben. In Halle wurde im April ein Gartenlangzeit des dortigen Radfahrervereinigungsvereins „Stiern“ als eine öffentliche Versammlung im Sinne des § 7 des Vereinsgesetzes angesehen und vier Personen sind wegen Teilnahme an diesem Konzert verurteilt worden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) An dem Konzert nahm auch der Gemeindevorsteher teil. Ein Konzert als eine Versammlung anzusehen, — es scheint wirklich, als ob die Behörden die preussische Regierung durch solche Entscheidungen lächerlich machen wollten. Bekannt ist, daß anscheinend auf Weisung von Berlin her in verschiedenen preussischen Städten Sozialdemokratenzüge am 1. Mai, die bereits genehmigt waren, nachträglich wieder untersagt wurden. Es scheint also, daß das Vereinsgesetz tatsächlich für die Sozialdemokratie nicht gilt. Das beweist auch folgende Tatsache: es ergibt sich bekanntlich eine Ausführungsverordnung zum Vereinsgesetz vom 4. Mai 1908. Ich frage den Herrn Minister, ob er weiß, daß daneben noch ein

#### geheimer Erlass

an die Regierung existiert, worin dem Sinne nach gesagt ist, daß, wenn ein Verein eine große Mitgliederzahl, jedoch keinen inneren Zusammenhang habe, bei dem der Eintritt also leicht zu bewirken und der Beitrag ganz gering ist, er überwacht werden soll. Die Behörden werden also angewiesen, sozialdemokratische Vereine — denn nur auf diese trifft das zu — so zu behandeln, als wenn das Vereinsgesetz noch nicht in Kraft getreten wäre. Auf diesen Geheimverordnungen ist ja das wunderbare Einschreiten der Polizeipräsidenten von Breslau, Magdeburg und Hannover zurückzuführen, die in alle Versammlungen und Versammlungen sozialdemokratischer Wahlvereine Polizeibeamte entsenden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Von einer einwandfreien Ausführung des Vereinsgesetzes, die Herr v. Bethmann-Hollweg zusicherte, ist also keine Rede. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auf die Wahlrechtsreform will ich heute nicht eingehen. Wenn aber verschiedene Blätter der Rechten bei der preussischen Regierung einen Zug nach links bemerkt haben wollen, der angeblich durch den Wind herbeigerufen worden sei, so habe ich davon nichts wahrgenommen; im Gegenteil werden wir wahrscheinlich auf die Erfüllung des Versprechens der Thronrede in Bezug auf die Wahlrechtsreform noch recht lange zu warten haben. Wenn die Herren der Linken auch nur zum zehnten Teil der Energie für die Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts an den Tag legen würden, die die Herren der Rechten gegen diese Erringung zeigen, dann wären wir heute in Preußen schon einen Schritt weiter. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die einzige Möglichkeit, das Dreiklassenwahlrecht zu stürzen, besteht in der Auflösung der Klassen des Volkes, damit die Mehrheit dieses Landtages hinweggesetzt wird. Der Kampf gegen dieses Wahlrecht wird sich nicht im Parlament abspielen, er wird sich draußen abspielen, nicht etwa in Form einer blutigen Revolution, sondern dadurch, daß die Massen so aufgeklärt werden, daß es in Preußen keinen vernünftigen Menschen mehr gibt, der einem Anhänger des Dreiklassenwahlrechts seine Stimme gibt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nach dem, was ich ausgeführt habe, und was von verschiedenen meiner Parteifreunde sonst bei der Erörterung gesagt worden ist, bedarf es weiter keiner Begründung dafür, daß wir sowohl den Etat des Ministeriums des Innern als auch den Gesamtetat ablehnen werden. Wir erklären in der Zustimmung zum Etat eine Vertrauensumgebung für die Regierung. Dazu liegt für uns nicht der geringste Anlaß vor; im Gegenteil, wir haben allen Grund, der Regierung offen und deutlich namens des größten Teiles des preussischen Volkes unser Mißtrauen auszusprechen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Das tun wir, indem wir den Etat ablehnen. (Bravos! b. d. Soz.)

Abg. Nissen (Däne) polemisiert gegen Äußerungen des Abg. Schifferer aus der zweiten Lesung über die dänische Propaganda Nord-Schleswigs. Redner wendet sich gegen einen Teil der deutschen Presse, der aus anonymen Feder ganz haltlose Verleumdungen des Schleswiger Dänenvereins verbreitet.

Abg. Dr. Schifferer (nall.) verteidigt die Politik der Regierung gegenüber den Dänen in Schleswig.

Abg. Johansen (H.) schließt sich dem Vorredner an.

Abg. Hoff (fr. Vp.): Sollte mit dem Gedanken der Loslösung Nord-Schleswigs seitens der Dänen gespielt werden, so verurteilen wir das. Aber das Recht auf die Rittersprache muß man den Dänen lassen.

Abg. Dr. v. Nizersti (Pole) protestiert gegen die Umbenennung polnischer Ortsnamen in deutsche.

Minister v. Nolke betont, daß auf Veränderungen polnischer Ortsnamen in deutsche Einwände aus den betreffenden Gemeinden nicht erfolgt seien.

Abg. v. Arnim (L.): Es ist mir vorgeworfen, daß ich bei der zweiten Staatsberatung am 4. März das Behelische und nicht richtig zitiert hätte. Ich habe es so zitiert, wie es für meine Zwecke ausreichte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Redner verliest ein längeres Zitat und fährt fort: Aus diesem Werke ergibt sich, daß die Sozialdemokratie die Anwendung der Gewalt predigt. Das Zitat schließt mit den Worten: „Wenn die Kanonen die ultima ratio regum sind, dann ist das Dynamit das letzte Recht der Unterdrückten.“ (Zurufe b. d. Soz.)

Vizepräsident Dr. Krause: Ich bitte, die Unterbrechung zu unterlassen, die Herren können sich ja zum Wort melden. (Abg. Hoffmann: Es ist ja Schluss beantragt!)

Abg. v. Arnim: War es etwa eine friedliche Demonstration,

welche beim Einzug der englischen Herrschaften in Berlin geschehen ist? Kennen Sie das etwa „durch wissenschaftliche Mittel“ die Menge von der Rechtmäßigkeit ihrer Tätigkeit überzeugen? Das Gericht war anderer Ansicht, das Gericht hat zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt wegen Landfriedensbruch. Dann möchte ich Sie weiter fragen, ob Sie die „Bremer Bürgerzeitung“ als ein sozialdemokratisches Organ anerkennen? (Rufe: Ja! b. d. Soz.) Darin ist die Rede des Abg. Dr. Frank im Reichstage als unerschrocken gebrandmarkt. (Hört, hört! rechts.) Diese Zeitung hält Dr. Frank vor, daß seine Darlegungen einen Geist atmeten, der nicht der Geist der Sozialdemokratie sei. (Rufe b. d. Soz.: Das hat in der „Post“ gestanden — Heiterkeit.) Wollen Sie diese Ausführungen der „Bremer Bürgerzeitung“ etwa auch nicht anerkennen? (Abg. Hoffmann: Die „Post“ fällt eben schon wie Sie!) Jedenfalls habe ich bewiesen, daß den Sozialdemokraten der Beweis, den sie versucht hatten, vollkommen mißglückt ist. (Gelächter b. d. Soz.)

Vizepräsident Dr. Krause: Der Abg. Hoffmann hat dem Redner zugerufen: „Die „Post“ fällt eben wie Sie!“ Das versteht gegen die Ordnung des Hauses, ich rufe den Abg. Hoffmann hiermit zur Ordnung! — Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen. (Zurufe b. d. Soz.: Wie sollen wir da antworten? Was ist das für eine Kampfwaise!) Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

#### Abg. Dirsch (Soz.):

Durch den Schluß der Debatte ist es mir unmöglich gemacht, nachzuweisen, daß Herr v. Arnim den von ihm bereits in der zweiten Lesung erwähnten Artikel aus dem „Sozialdemokrat“ mit der Ueberschrift „Dynamit“ heute zum ersten Male gelesen und noch immer nicht verstanden hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist mir ferner durch den Schluß der Debatte unmöglich gemacht worden, ihm den Nachweis zu führen, daß er aus dem Gerichtsurteil gegen die Angeklagten, die während der Einzüge des Königs von England angeblich Straftaten begangen haben, nur eine Stelle zitiert hat, daß er aber nicht daraus zitiert hat, daß das Gerichtsurteil selbst festgestellt hat, daß kein Zusammenhang zwischen dem Tumult und der Sozialdemokratie besteht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist mir ferner unmöglich gemacht worden, nachzuweisen, daß das Zitat aus der „Bremer Bürgerzeitung“ nicht im Original, sondern nach einem Auschnitt aus bürgerlichen Blättern wiedergegeben ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Der „Post“!) Es ist mir ferner unmöglich gemacht, nachzuweisen, daß das Zitat, welches in der zweiten Lesung vorgeführt wurde, aus der Schrift von Weibel über „Unsere Ziele“ tatsächlich von den Herren Konfessionen falsch wiedergegeben ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß es auch trotz des Hinweises des Abg. v. Arnim auf die betreffende Seite heute von ihm nicht richtig wiedergegeben ist. Die Schrift von Weibel ist hier, wer sich dafür interessiert, mag sie durchlesen. Ich konstatiere im übrigen, daß Herr v. Arnim gesagt hat, für seine Zwecke reiche das aus.

Vizepräsident Dr. Krause: Das gehört nicht mehr zur Geschäftsordnung.

#### Abg. Dirsch (Soz.):

Dann möchte ich bemerken, daß ich, wenn ich zum Wort gekommen wäre, ausgeführt hätte, daß Herr v. Arnim seine Zitate für seine Zwecke zurückgelegt hat.

Abg. v. Arnim (kon.): Ich habe aus dem „Sozialdemokrat“ das zitiert, was notwendig war, um Herrn Dirsch die Unrichtigkeit seiner Behauptungen und dem Hause die Richtigkeit meiner Behauptungen nachzuweisen. Ich habe auch aus der „Bremer Bürgerzeitung“ das zitiert, was notwendig war, um zu beweisen, daß die Sozialdemokratie auch gegenwärtig noch Gewalt will. (Abg. Hoffmann (Soz.): Sie lügen, daß sich die Ballen biegen und dann machen Sie Schluss! Große Unruhe rechts, Zurufe: raus!)

Vizepräsident Dr. Krause: Herr Hoffmann, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie sich hier in einer anständigen Gesellschaft befinden. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich verbitte mir jede Kritik meiner Geschäftsführung und rufe den Abg. Hoffmann zur Ordnung. (Bravos! rechts.)

Damit schließt die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern.

Es folgt die Beratung eines zu diesem Etat gestellten Antrages v. Wenden (konf.), der eine Bekämpfung der Antimierkneipen fordert. Der Antrag wird angenommen, nachdem Minister v. Nolke erklärt hatte, daß die preussische Regierung beim Reich den Antrag gestellt habe, die Gewerbeordnung dahin abzuändern, daß es der Landesregierung überlassen werde, Maßnahmen zu treffen, welche die Annahme von Kellnerinnen beschränken oder ausschließen.

Ohne Debatte wird ein Antrag Engelbrecht (konf.) angenommen, der verlangt, daß zwecks besserer Ausbarmachung der agrarstatistischen Erhebungen die nächstjährigen Ergebnisse der Anbauaufsätze nach Gemeinden und Gutsbezirken veröffentlicht und bearbeitet werden.

Beim Etat der Eisenbahnenverwaltung wünscht Abg. Schmiebung (nall.) Konfessionierung von elektrischen Schnellbahnverbindungen im Rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Eisenbahnminister v. Breitenbach gibt eine entgegenkommende Erklärung ab.

Abg. Dr. Gottschall-Solingen (nall.) kritisiert, daß der Minister einen liberalen Ingenieur wegen seines Verhaltens bei der Stadtverordnetenwahl in Opladen unredlich getadelt habe. Nichtpolitische Beamte dürften in ihrem Verhalten bei Wahlen nicht beschränkt werden.

Minister v. Breitenbach: Der betreffende Beamte hat sich den ganzen Tag im Wahllokal aufgehalten, in dem die Arbeiter wählen. Dadurch mußte der Eindruck hervorgerufen werden, als wolle er die Arbeiter kontrollieren. Wenn alle Fälle, wo ich einem Beamten eine Rüge erteile, hier im Hause vorgebracht werden sollten, so wäre es schwer, die Disziplin aufrechtzuerhalten. Es wird dann jeder Beamte, der eine Rüge bekommt, versuchen, die Sache hier zur Sprache zu bringen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Wähling (nall.): Es muß jedem Beamten gestattet sein, die Vorgänge bei der Wahl mitanzusehen. Der Einfluß der Geistlichkeit auf die Wähler ist übrigens viel größer als der der Beamten. Ein gewissenhaft frommer Mann hat vor dem Geistlichen auch Angst, wenn er ihn nicht sieht. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen; große Unruhe im Zentrum.) Redner kritisiert des weitesten den schlechten Zustand, der auf den deutschen Bahnen verlehrenden ausländischen Eisenbahntoagen.

Abg. Dr. Schepf (fr. Vp.) wünscht Ermäßigung der Fahrpreise bei Schülertourfahrten.

Abg. Meyer (Z.): Die katholischen Arbeiter sind so heile, daß sie ruhig nach ihrer Ueberzeugung wählen, auch wenn der Geistliche dabei ist. (Gelächter links.) Die Gefahr der Beeinflussung besteht vielmehr, wenn ein Vorgeschwieb die Arbeiter beobachtet. Denn dann müssen sie befürchten, daß ihnen der Prokurator höher gehängt wird. Bei den evangelischen Arbeitern mag das ja anders sein. (Gelächter links.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.

Schluß: 4 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags und Herr v. Rheinbaben. Die Budgetkommission beriet in ihrer gestrigen Sitzung die zurückgestellten Besoldungsverhältnisse der Beamten des Reichstags. Eine Besprechung der Praktiken war vorausgegangen, wobei auch eine Einigung über die Höhe der Aufbesserung erzielt worden war. Bei dieser Gelegenheit kam zur Sprache, daß der preussische Minister v. Rheinbaben am Tage vorher im preussischen Abgeordnetenhaus eine ungehörige Kritik an den Beschlüssen der Reichstagskommission geübt und dieselben als sehr bedenklich bezeichnet hatte.

Dabei hat er sich den „Bis“ geleistet, zu erklären, wo die Mittel für die von der Reichstagskommission für die Beamtenaufbesserung beschlossene Mehrausgabe hergeholt werden sollte, sage, wie es in anonymen Anzeigen zu geschehen pflege, die Expedition. Am Schluß hat der preussische Finanzminister auch noch die Abgeordneten aufgefordert, auf ihre Freunde im Reichstage einzutreten, damit sie mit ihren Bewilligungen innerhalb der Grenzen des Möglichen blieben.

Selbst Graf Oriola fand, daß die Äußerungen Rheinbabens von wenig Schöpfung vor den Beschlüssen der Reichstagskommission zeigten. Er halte den Vorgang für außerordentlich bedauerlich und wolle die verübte Einmischung des preussischen Ministers in die Entschlüsse des Reichstages entziehen.

Abg. Erzberger unterstreicht die Worte des Grafen Oriola noch besonders. Wenn Rheinbaben Belehrungen geben wolle, so solle er sie an den preussischen Landtag richten.

Abg. Singer erklärt, daß er die Einmischung v. Rheinbabens mit aller Entschiedenheit zurückweise. Der preussische Landtag sei der ungeeignete Platz, sich über den Reichstag lustig zu machen. Die Äußerung zeige wieder einmal die bekannte preussische Ueberhebung mit aller Deutlichkeit. Erforderlich erscheine es ihm, daß der Reichstatter im Plenum auf diesen auffälligen Vorgang zurückkommen und namens der Kommission gegen die Einmischung Protest einlege. Die Kommission beschloß demgemäß. Herr v. Rheinbaben wird also Gelegenheiten haben, seine Vorwürfe gegen die Reichstagskommission öffentlich zu begründen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Nachlänge vom internationalen Stimmrechtskongress.

Es war mal ein Hamburger Mädchen, das wurde von seinen Eltern für acht Tage mit nach Helgoland genommen. Am zweiten Tage fragten die Eltern den trübe dreinblickenden Kleinen, wie es ihm auf dem schönen Eiland gefalle, und grämlich antwortete der Antirp: „Es ist hier langweilig; es war gestern schon langweilig.“ So muß man vom Londoner Frauenstimmrechtskongress sagen: „Er war langweilig, herbenslangweilig!“ Und er konnte auch gar nicht anders sein, denn alle anfeuernden, lebensprägenden Elemente, an denen gerade England zurzeit so reich ist, waren mundtot gemacht. So die Suffragettes, die die Vertreterinnen der Adult Suffrage Society. Die Suffragettes waren offiziell zur Tagung geladen worden, aber es sollten ihnen für ihre Darlegungen betreffs ihrer Kampfweise nur zehn Minuten bewilligt werden, und diese zehn Minuten nicht einmal zu einer bestimmten Zeit, sondern irgendwann im Verlauf der Tagung. Darum blieben sie fern. Die Delegierten der Adult Suffrage Society waren erschienen, weil sie, die in England zurzeit einen ganz besonders schmerzlichen Standpunkt haben (sogar eigenen Genossen gegenüber), sich nicht die Gelegenheit entgehen lassen wollten, gerade den internationalen Delegierten darzutun, daß es durchaus richtig sei, allen gegenständlichen internationalen Berichten zum Trost, in England mit Energie das „Universal right“ zu verlangen. Wie es ihnen erging, ist ja schon im „Vorwärts“ dargelegt, man verweigerte ihnen das Wort, wahrscheinlich aus Furcht, daß die internationalen Delegierten durch eine sonnenklare Rede der Mrs. Montefiore denn doch ein wenig in ihren Sympathien für die Vorschläge der aristokratischen Mrs. Paveitt erschüttert werden könnten. Diese Wortverweigerung muß in erster Reihe auf die Vertreterin des amerikanischen Nationalverbandes, auf die bekannte Reichsdiffenpredigerin Anna Shaw, zurückgeführt werden. Man kann sich nicht des Bedankens erwehren, in dieser Predigerin der allgemeinen Menschenliebe den Spiritus rector, den eigentlichen Geheimkommandanten, der ganzen internationalen Frauenstimmrechtsbewegung zu sehen. Mit ihrer „allumfassenden Liebe“ und wunderbaren Beredsamkeit tritt diese Frau auf der Kanzel für die Armen und Mitleidbedürftigen ein und im Damenlangred schloß sie den Vertretern der Arbeiterinnen, den Abgeordneten der Kersten, den Mund zu. „Es soll der Sänger mit dem König gehen“ und der Priester mit — dem Besitz. Weiblicher oder männlicher Pfaffe, Pfaffe ist Pfaffe.

So wurde denn die Vorsitzende des internationalen Verbandes, Mrs. Chapman-Catt, die ja auch kürzlich hier in Berlin öffentlich geredet, wobei sie dargelegt, daß sie das Stimmrecht in erster Reihe für die arbeitende Frau fordere, durch die Vorgänge auf dem Kongress in die tollsten Widersprüche verwickelt. Daß Mrs. Chapman-Catt als Gegnerin der Suffragettes anzusehen sei, war jedem klar, der die Artikel der Reichsdiffenpredigerin im „Lokal-Anzeiger“ und „Berliner Tageblatt“ gelesen, die ihr Interdium mit der amerikanischen Führerin betrafen, besonders aber nach der eigenen matten Verteidigung der Mrs. Chapman-Catt am Schluß ihres Vortrages hier im Architektenhaus. Daß sie aber als Vorsitzende des internationalen Stimmrechtsverbandes den Vertretern der arbeitenden Frau massiv und rücksichtslos das Wort verweigern würde, hätte niemand von ihr erwartet. Jedenfalls ist es, wie schon im ersten „Vorwärts“-Bericht betont, ein ganz vorzüglicher Erfolg des Londoner Kongresses, daß die Sachlage nun vollständig geklärt worden ist. Der internationale Stimmrechtsverband ist lediglich ein reaktionärer Damenstimmrechtsverband!

Der augenblicklich in England mit größter Schärfe tobende Kampf um das Frauenstimmrecht wurde auf dem Kongress nicht in die Debatte gezogen, weil das eine national-englische Angelegenheit sei, mit der sich der Kongress nicht zu befassen habe. Daß übrigens die deutschen Delegierten nicht die Konsequenzen dieser Tagung gezogen, ist insofern zu beichtigen, als sie darauf verzichteten, in diesem Vorstand vertreten zu bleiben. Das war zwar nur eine Halbheit, aber doch etwas. Daß es trotzdem die Frau des Genossen Lindemann-Stuttgart fertigbrachte, an Stelle der hinausgewählten Dr. Käthe Schirmacher in diesen reaktionären Vorstand — als Dolmetscherin — einzutreten, muß Befremden erregen. Sie bildet nun das würdige Pendant zu der Holländerin Martina Kramer, die als Sozialdemokratin in diesem würdigen internationalen Stimmrechtsverband, der sich gegen das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen hat, thront.

Wohininteressant gestaltete sich, allerdings nur einen kurzen Moment, die Debatte dieser langweiligsten Tagung, als die Schwedinn Frau Byhsel als Vorstandmitglied vorgeschlagen wurde. Die Dame erklärte, daß sie nicht abgeneigt sei, diese hohe Ehre (1) für ihr Land und für sich anzunehmen, wenn die gesamten Delegierten wählten, daß sie seit zwanzig Jahren mit ihrem Mann in freier Ehe lebe und wenn die Delegierten darin keinen Hinderungsgrund erblickten. Zwanzig Jahre!! Tiefe Stille trat einen Augenblick ein, und schon wählte unser deutsches Gemüt, daß die neue Ethik international geworden. Aber irren ist menschlich, mehr als menschlich. Eine Delegierte aus Südafrika erhob sich, machte unserem blöden Mann ein Ende und erklärte sich nächstens auf Grund ihrer Anschauungen von der Ehe gegen Frau Byhsel. Und sie fand keinen Widerspruch.

Widerwärtig berührte es, daß die verkommenen Frauen, die im vorigen Jahre in Amsterdam gelangt und trotz der angelegentlichsten Bemühungen keines Brides, keines Wortes von der holländischen Königin gewürdigt waren, nun dieser selben Königin ein langes, echt byzantinisches Glückwunschtelegramm zur Geburt ihres Töchterchens sandten. Ja, Charakter muß man zeigen, wenn man — einen hat.

Die öffentlichen Abendveranstaltungen zeigten ein etwas lebhafteres Aolorit, wie das bei solchen Kongressen ja meistens der Fall ist. Das größte dieser Abendmeetings fand in der Albert Hall statt. Es war mit einem imponanten Fackelzug verbunden, der sich von Calens Square nach der Albert Hall bewegte. Ein Fackelzug von Frauen arrangiert und ausgeführt. So etwas wäre hier bei uns in Deutschland einfach undenkbar.



Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Der vierte Vortrag über das Erster Programm, gehalten von Dr. Dolar Cohn, findet am Dienstag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Dräfels Festhale, Neue Friedrichstraße, statt. Die Genossen werden ersucht, für zahlreichen Besuch zu sorgen. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Brig-Endow. Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus Handzettelverbreitung.

Montag abend 1/9 Uhr findet im Lokal des Herrn A. Gruhn (Lindenpark), Chausseest. 18, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Die politische Situation. Referent: Genosse W. Ullm. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Wiesdorf. Parteigenossen! Heute Freitag abend 1/8 Uhr findet eine äußerst wichtige Handzettelverbreitung statt. Es ist Pflicht aller Genossen, pünktlich im Lokal von Gust. Berlin zu sein.

Sonntag, den 16. Mai, nachmittags 4 Uhr: Öffentliche Versammlung im gleichen Lokal. Tagesordnung: Die neuen Steuern, ein Raubzug auf die Taschen der Unbemittelten. Referent: Genosse Splindt. Der Vorstand.

Reuenhagen, Frederichsdorf, Petershagen, Bruchmühle und Radebrück. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins für Monat Mai fällt aus.

Bezirk Waidmannslust. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Sonnabend, den 15. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im „Vergilshaus“, Waidmannslust, statt.

Tagesordnung: Vortrag des Gen. Schütte über: Die Balkanstaaten. Die Bezirksleitung.

Wahlverein Wannsee. Morgen Sonnabend 8 1/2 Uhr abends im „Fürstenthor“ Versammlung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Hochbahn oder Untergrundbahn — das war die Frage, um die gestern drei Stunden hindurch mit hitzigem Eifer gestritten wurde. Die Untergrundbahn soll, wie bekannt, vom Spittelmarkt nach dem Alexanderplatz und bis über das Schönhauser Tor hinaus als Untergrundbahn weitergeführt werden, dann aber soll sie in der Schönhauser Allee wieder in eine Hochbahn übergehen. So wurde es vor drei Jahren zwischen der Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft und den Gemeindebehörden abgemacht und beschlossen, aber der Widerspruch, der damals in der Schönhauser Vorstadt sich gegen diesen Plan regte, ist nicht verstummt. Er hat jetzt in der Stadtverordnetenversammlung zu einem Antrag Gronewaldt geführt, der darauf abzielt, den damals begangenen Fehler womöglich noch wieder gutzumachen. Die Begründung, die der Antragsteller selber gab, war ausführlich genug, aber nicht eindrucksvoll. Einen Sekundanten fand er in unserem Genossen Borgmann, der nachdrücklich auf die Schädigungen hinwies, die die Bevölkerung der Schönhauser Vorstadt von diesem Projekt zu befürchten habe. Die sozialdemokratische Fraktion unterstützte den Antrag Gronewaldt, weil sie — so führte Borgmann aus — wünscht, daß nicht die Schönhauser Allee, die für die minderbemittelte Bevölkerung der Schönhauser Vorstadt eine unentbehrliche Erholungsstätte ist, durch eine Hochbahn zerstört wird. Unter denen, die leichten Herzens das zulassen wollen, zeichnete sich besonders der Stadtverordnete Goldschmidt aus. Mit großem Eifer suchte er zu verhindern, daß der Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft eine Mehrausgabe zugemutet werde. Der Magistratsvertreter Stadtbaurat Krause kündigte an, daß auch der Magistrat schwerlich dafür zu haben sein werde, sich noch jetzt auf erneute Verhandlungen mit der Gesellschaft einzulassen. Die Angelegenheit einfach durch Uebergang zur Tagesordnung abzutun, wurde von dem Stadtverordneten Lademig, einem Fraktionskollegen des Herrn Goldschmidt, angeregt. Aber der Versuch mißlang, trotz zweimaligen Anlaufes. Es wurde dann die Ueberweisung an einen Ausschuß beschlossen, die vom Stadtverordneten Sonnenfeld beantragt worden war. Ueber die Frage, ob nicht nach der Geschäftsordnung ohne dieses Ueberweisung an einen Ausschuß nötig sei, hatte Herr Cassel, der wieder mal den Vorsteher spielen mußte, sich in seiner superklugen Manier geäußert. Unser Genosse Singer wies nach, daß der Herr Vorsteher-Stellvertreter die Geschäftsordnung durchaus falsch auslegte. Vor der Abstimmung hielt Herr Cassel es für nötig, seine irriige Auffassung höchst übersüssiger Weise noch einmal darzulegen. Genosse Singer mußte sich daher noch einmal die Mühe machen, ihn eines anderen zu belehren. Er hat wieder mal keine Vorbeeren geerntet, der Herr Vorsteher-Stellvertreter Cassel.

Wie sieht es mit der Neueinteilung der Stadtverordneten-Wahlbezirke?

Am 31. Mai 1906 beschloß die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat zu ersuchen, eine Neueinteilung der Wahlbezirke für die dritte Abteilung vorzunehmen und zwar so, daß spätestens vor den Wahlen 1909 diese Neueinteilung durchgeführt werde. Es verging ein Jahr nach dem anderen, man hörte aber kein Sterbenswörtchen von der Tätigkeit des Magistrats in dieser Angelegenheit. Schließlich entschloß sich die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung, im Nennun den Magistrat zu stellen. In der Sitzung am 11. Februar wies Genosse Borgmann auf diese auffällige Tatsache hin, worauf der Vertreter des Magistrats, Stadtrat Bohm erklärte:

Der Magistrat hat in Verfolg des Beschlusses der Versammlung vom 30. Mai 1906 folgende Maßnahmen getroffen: Er hat eine Kommission eingesetzt mit der Aufgabe, die Frage zu prüfen, ob und eventuell in welcher Weise eine Neueinteilung der Wahlbezirke der dritten Abteilung vorzunehmen sei. Die Kommission hat zwei Neueinteilungspläne aufgestellt, den einen in Anlehnung an die Neueinteilung der Landtagswahlbezirke, einen anderen selbstständig unter Zugrundelegung der bisherigen Verhältnisse. Die Kommission hat beide Pläne eingehend durchberaten und hat ihre Arbeiten bereits vollendet; sie wird demnächst dem Magistrat Bericht erstatten, und falls der Magistrat eine Neueinteilung beschließen sollte, werden die weiteren erforderlichen Maßnahmen so schnell getroffen werden, daß eine etwaige Neueinteilung den diesjährigen Ergänzungswahlen noch zugrunde gelegt werden kann.

Das war am 11. Februar. Da hatte also nach Herrn Bohm die Kommission ihre Arbeiten beendet. Wir befinden uns heute in der Mitte des Monats Mai, aber bis jetzt, also nach einem Vierteljahre ist es genau so still über die Angelegenheit, wie vom Mai 1906 bis Februar 1909. Es muß deshalb von neuem öffentlich die Frage aufgeworfen werden:

Wie sieht es mit der Neueinteilung der Stadtbezirke? Welche Schritte sind seit der am 11. Februar durch den Magistratsvertreter abgegebenen Erklärung getan worden?

Die Bürgerschaft Berlins hat einen Anspruch darauf, daß der Magistrat endlich zu Entschlüssen kommt, nach welchen die Rechte der Wählerschaft einigermaßen berücksichtigt werden. Bei dem jetzigen Dreiklassenwahlrecht wird der Wille der Bürgerschaft ohnehin gefächelt, die jetzige Einteilung der Wahlbezirke setzt der Entrechtung der breiten Masse der Wähler und das sind die Arbeiterwähler die Krone auf.

Der Abonnementsverein für franke Dienstboten.

Bisher wachte die Dienstbotenvereine nur wenig von diesem Verein, sogar die Mitglieder selbst kümmerten sich nicht viel darum, und ungeklärt konnten einige Freiheitsfragen, wie Rosenow und Mugdan, sich in der kostspieligen Verwaltung des Vereins setzen. Erst als die Herren in der Verwaltung ihre Ansprüche ungeniert steigerten und zugleich sich anmaßen, wie Herr Mugdan, über die „Wirtschaft in Ortskrankenkassen“ zu räsonieren, da wurden viele Mitglieder feurig und eine immer stärker werdende Opposition machte sich geltend. Zugleich besann man sich darauf, Beeinflussung durch die erwachende Dienstbotenbewegung in Berlin, daß man den kranken Dienstboten mehr Rücksicht als bisher schuldig sei, daß der Verein zum Wohle dieser und nicht zum Wohle der Verwaltungsbeamten da sein sollte. Der bekannte und vielbeschäftigte Herr Fabrikbesitzer, Landtagsabgeordneter und Stadtverordneter Rosenow versteht das Amt des Direktors neben seinen zahlreichen Obliegenheiten, bezieht aber dafür ein Jahresgehalt von 7000 M., welches der Aufsichtsrat bis zu 9000 M. steigen kann. Er bekommt sogar vier Wochen Sommerferien und sein Vertreter rechnet sich dann die Kleinigkeit von 500 M. dafür extra an. Der Aufsichtsrat erhält 5000 M., pro Mann etwa 500 M. für zwei Sitzungen im Jahre. Die Abrechnung zeigt noch manchen Posten, der eine scharfe Kritik herausfordert. — In der letzten Generalversammlung, vom 30. April, erregte die Opposition bei der Wahl des Aufsichtsrats einen kleinen Sturm, dem die Leitung, um der Wahl eines ihr nicht genehmen Aufsichtsrates vorzugehen, dadurch begegnete, daß sie die Versammlung auflöste. Der Unwille der Opposition schwoll an und sie berief zum 12. Mai eine Versammlung nach Dräfels Festhale, Neue Friedrichstraße, ein. Am selben Abend veröffentlichte die „Vossische Zeitung“ eine Zuschrift „von beteiligter Seite“ über den Abonnementsverein, die den Angriffen der Opposition begegnete und eine Rechtfertigung der Verwaltung darstellte. Die wesentlichen Behauptungen darin wurden von dem Referenten der Versammlung, Herrn Cassel, und von den Diskussionsrednern zerstückelt und widerlegt. Die Opposition behauptet, daß der „Voss. Bzg.“, aus Mitgliedern der Ortskrankenkassenvereine und sozialdemokratischen Parteigängern, die die Verwaltung an sich reißen möchten. Vergleiche werden gezogen zwischen den Verwaltungskosten pro Kopf der Versicherten in der Ortskrankenkasse Berlin (mit 3,22 M. pro Kopf), der Ortskrankenkasse der Bureauangestellten (mit 3 M. pro Kopf) und den Verwaltungskosten im Abonnementsverein, die 67 Pf. pro Kopf der versicherten Dienstboten (84 000 Dienstboten sind zurzeit angemeldet) betragen. Diese Vergleiche sind durchaus unzulässig. Der außerordentlich komplizierte Apparat der Verwaltung in den Ortskrankenkassen, mit den Wohnbeiträgen und den Unterbringungseinrichtungen, kann gar nicht verglichen werden mit der ungemünzten einfachen Verwaltung im Abonnementsverein, die von zwei oder drei tatsächlich arbeitenden Beamten erledigt wird. Mit solchen Gegenüberstellungen führt man nur die öffentliche Meinung irre. Der Referent erklärte, daß die Opposition, fern von jeder Parteipolitik, allein befreit sei, der Sache zu dienen. Es sei durchaus berechtigt, wenn die Mitglieder verlangen, daß ein Mann, der 9000 M. für die Leitung der Geschäfte des Vereins bezieht, diese Leitung nicht als Nebenamt versteht. Sie verlangen, daß er seine ganze Kraft dem Verein widmet. Ferner verlangen sie, daß der Aufsichtsrat ehrenamtlich seine Tätigkeit ausübt. Die unerhört hohen Verwaltungskosten sollen herabgesetzt und die Leistungen des Vereins erhöht werden. Diese Erhöhung soll in der Lieferung freier Medizin für die erkrankten Dienstboten und der Entsendung des Krates nach der Wohnung einer Erkrankten bestehen. — Das Bureau der Versammlung wurde ermächtigt, die notwendigen Schritte zu tun, um den Aufsichtsrat zu veranlassen, eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die im Interesse des Vereins dringend erforderlich ist, in kürzester Frist einzuberufen.

Diese Wünsche der starkbesuchten Versammlung wurden in einer Resolution niedergelegt, die nahezu einstimmige Annahme fand. In der Diskussion, die äußerst lebhaft geführt wurde, beurteilten die meisten Redner sehr scharf die bisher gelebte Praxis in der Verwaltung. Ein Kandidat Joel verurteilte Rosenow zu verteidigen und wollte eine Ausgabe von 825 M. für Trinkgelber in Krankenhäusern entschuldigen. Ihn trat Georg Davidsohn scharf entgegen und brandmarkte die Haltung einer Verwaltung, die mit Trinkgelbern die Rechte für ihre Kronen erkaufte. Davidsohn erklärte unter dem Beifall der Versammlung, daß Rosenow und Mugdan sich dieser Versammlung hätten stellen müssen, wenn sie nicht den letzten Rest der Sympathien unter den Mitgliedern verlieren wollten.

Mehrfach tauchte in der Diskussion die Frage über das Verhältnis des Vereins zu der kommenden Reichsversicherung für die Dienstboten auf. Dr. Dolar Cohn meinte, daß die Leistungen der Reichsversicherung nur geringe sein würden und daß er von dem sozialen Empfinden der Berliner Dienstgeber erwarte, daß sie den Verein zum Besten der erkrankten Dienstboten bestehen lassen.

Auf Antrag von Dr. Schölem wurde ein Ausschuß von neun Personen gewählt, der die Kandidatenliste für den Aufsichtsrat und Anträge auf Abänderung der Statuten der nächsten Generalversammlung vorlegen soll.

Von den anwesenden Damen beteiligten sich nur zwei an der Diskussion. Auch sie verlangten eine bessere Verwaltung und die Uebertragung eines Ehrenamtes im Aufsichtsrat an eine Frau. Die Opposition ist offenbar entschlossen, nicht eher das Feld zu räumen, bis ihre Forderungen volle Anerkennung finden.

Die Mißstimmung gegen die Verwaltung der Kasse ist eine große. Zum Beweis dafür, daß nicht etwa nur „Krankassenvereine“ und sozialdemokratische Parteigänger sich gegen die Mißwirtschaft auflehnen, wie es in dem oben bereits gekennzeichneten, an die „Vossische Zeitung“ gerichteten, offenbar von Interessenten stammenden Anschreiben heißt, diene folgende Aufforderung in der letzten Versammlung Berliner Grundbesitzer „Süd-Ost“, die wir im „Grundigentum“ finden. Dort heißt es:

Herr V. Schröder bittet die anwesenden Mitglieder des Vereins der Dienstboten-Krankensicherung, sich zahlreich an der im Architektensaale am 30. April, abends 8 Uhr, stattfindenden Protestversammlung zu beteiligen, in der gegen die Erhöhung des Gehalts des Direktors von 6000 auf 9000 M. Stellung genommen werden soll.

Ob der Artikelführer der „Vossischen“ auch den obigen Herrn zu den sozialdemokratischen Parteigängern rechnet?

Die königliche Genehmigung für die Berliner Süd-Nordbahn. Wie das „Berliner Tageblatt“ wissen will, ist für die städtische Süd-Nordbahn im Zuge der Friedrichstraße durch eine Kabinettsorder aus Korfu die auf Grund des Kleinbahngesetzes erforderliche königliche Genehmigung erteilt worden.

Bedrängte Vergnügungsfahrten. Und wird geschrieben: Gestern beobachtete ich am Bahnhofschalter des Potsdamer Bahnhofs um 3.04 Uhr zwei junge Leute — anscheinend Offiziere in

Zivil —, die auf Grund der Vorlegung eines kleinen gelben Scheins zwei Militärjahrelarten zur Baumbilte nach Berder lösten.

Warum können diese Herren, wenn sie in Zivil nach Berder fahren, nicht auch Zivilpreise zahlen?

Selbstmord eines Armenvorfichters. Aus seiner Wohnung in der Ebertstr. 39 im Osten Berlins hat sich gestern der 43jährige Armenvorfichters Ratulus auf den Hof herabgestürzt, wo er tot liegen blieb. Ratulus war in einem Fliesenlegergeschäft angestellt und hatte ein gutes Einkommen. Sein Familienleben war anscheinend glücklich. Ob er, wie behauptet wird, in den letzten Tagen Mißbilligkeiten mit den Inhabern des Fliesenlegergeschäfts trieb, die den ohnehin sehr nervösen Mann zum Selbstmord trieben, bedarf noch der Aufklärung. Gestern früh sandte er seine Frau zum Geschäft, um sich einen Krankenchein holen zu lassen, da er sich krank fühlte. Er hatte wohl nur die Absicht, seine Frau auf einige Zeit fernzuhalten. Ehe Frau Ratulus ging, hat sie die Fliesenlegerin, Frau Lieg, nach ihrem jüngsten Kinde zu sehen. Als Frau Lieg kurz darauf ihren Auftrag erledigt wollte und die Nachbarnwohnung betrat, fand sie den Armenvorfichters völlig verstört in der Schlafkammer liegen, das jüngste Kind in den Armen haltend. Kaum hatte sie ihm das Kind abgenommen, als Ratulus sich hastig umwandte, zum Fenster eilte und sich auf den Hof hinabstürzte. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Die Kirchenaustrittsbewegung

bildete neben anderen Gegenständen den Hauptpunkt der Beratungen der Kreisynode Berlin I, die gestern stattfanden. Herr Pfeiffer gab eine statistische Uebersicht über die Austrittsbewegung innerhalb der 6 Berliner Diözesen, welche nach seiner Meinung auf die Steuererhöhung bezogen, die Veranziehung bisher steuerfreier Personen zur Kirchensteuer und die sozialdemokratische Agitation zurückzuführen sei. In den sechs Berliner Diözesen sind ausgetreten im Jahre 1906 3766, 1907 3802, 1908 9118 Personen. Die letztere Zahl bezieht sich außerdem im großen und ganzen bloß auf die, die ihren Austritt bis zum November angemeldet hatten. Die Austritte, die im November und Dezember angemeldet wurden, befinden sich noch nicht in dieser Zahl. In den verschiedenen Diözesen hat sich die Zahl der Austritte von 1907 bis 1908 in folgender Weise vermindert: In Berlin-Stadt I haben sie sich gesiegt von 1167 auf 1090 (das ist eine Steigerung um 48 Proz.); in Berlin II von 681 auf 2118 (190 Proz.); in Berlin III von 729 auf 1779 (190 Proz.); in Berlin-Nölln-Stadt von 810 auf 2059 (158 Proz.); in Friedrichswerder I von 75 auf 187 (149 Proz.); in Friedrichswerder II von 340 auf 1815 (299 Proz.).

In der Debatte wurden Maßnahmen gegen die Kirchenflucht erörtert und schließlich folgender Antrag angenommen:

Die Synode sieht I. als festgesetzt an, daß dem Ausgetretenen folgende Rechte verloren gehen: 1. das Recht der Zuspätschickung; 2. das Recht auf kirchliche Trauung; 3. das kirchliche Wahlrecht; 4. das Recht auf kirchliche Ehren und geistliche Begleitung bei der Beerdigung. II. Sie empfiehlt den Gemeindefürsorgern, den Ausgetretenen das Recht der Beerdigung auf den Friedhöfen der Kirchengemeinden des Synodalkreises zu verweigern. III. Die Kreisynode ist weit entfernt davon, mit diesen Feststellungen ein Glaubensgericht über die Ausgetretenen abzuhalten, die Taufe und die Konfirmation von Kindern dissidentischer Eltern, die seelsorgerische Beerdigung und Spendung von Trost im Leben und im Sterben und die Teilnahme an den Wohlfahrtsvereinigungen der Kirche soll nicht unter allen Umständen verweigert werden.

Schauerbar, höchst schauerbar! Dabei verzichten heute schon Lehntausende, die noch der Kirche angehören, auf die „kirchlichen Rechte“. Und Missionare und andere kirchliche Laien laufen den Leuten — auch Dissidenten — das Hans ein, die Kinder um alles in der Welt kaufen zu lassen. Was die Drohung betrifft, die Beerdigung von aus der Kirche Ausgetretenen auf den Friedhöfen des Synodalkreises zu verweigern, so schädigt dieser Beschluß nur die kirchlichen Finanzen. Der Dissident ruht auf dem südlichen Zentralfriedhof in Friedrichshagen ebenso gut wie auf einem kirchlichen Friedhof. Der Unterschied ist nur, daß die Gebühren und vielleicht geringere nicht in die Kirchenkasse fließen, sondern in die südlichen Friedhofskasse.

Der ganze Synodalbeschluß ist lediglich von der humoristischen Seite aufzufassen, ernstlich kommt er nicht in Frage.

In dem Verbrechen in der Köpenickerstraße ist mitzuteilen, daß alle bisher als verdächtig angehaltenen Personen wieder entlassen worden sind.

Drei junge Mädchen durch Gas erstickt.

Ein trauriger Vorgang, bei dem drei blühende Menschenleben vernichtet wurden, hat sich in der vergangenen Nacht in Zehlendorf ereignet. In der Villa Roquette in der Burggrafenstraße 6 fanden die beiden Hausmädchen Lohm und Liebig sowie das Kinderfräulein Diekmann den Tod durch Gasvergiftung. Die jungen Mädchen, die im Alter von 20 bis zu 24 Jahren standen, hatten am Mittwochabend in ihrem Schlafzimmer geplättet. Die D. gehörte nicht zu dem Personal der Roquette'schen Villa. Sie war mit den beiden anderen Mädchen befreundet und hatte sie besucht. Sie half ihnen auch beim Plättchen. Gestern vormittag wartete die Herrschaft vergeblich auf das Eintreffen der beiden Dienstboten. Man schöpfte schließlich Verdacht, und zwar um so mehr, als aus dem Schlafzimmer der Mädchen ein starker Gasgeruch herausdrang. Da die Tür von innen verschlossen war und auf wiederholtes Klopfen nicht geöffnet wurde, ließ man die Tür gewaltsam öffnen. Den Eintretenden bot sich ein trauriger Anblick. In den Betten lagen die Mädchen völlig leblos. Man holte sofort einen Arzt herbei, der sich aber vergeblich um die jungen Mädchen bemühte. Er konnte nur noch den Tod bei ihnen feststellen. Auf welche Ursache der bedauerliche Unfall zurückzuführen ist, konnte bisher noch nicht ganz aufgeklärt werden. Es wird angenommen, daß die jungen Mädchen durch ein verhängnisvolles Versehen einen der Gasbühnen offen gelassen und sich dann ruhig schlafen gelegt haben. Die Leichen verblieben einstweilen noch in der Wohnung, da der Tatbestand durch eine Gerichtskommission aufgenommen werden soll.

Ein radeulder Sergeant vom 4. Garderegiment erregte in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in der Rixdorsgrabenstraße in der Gegend der Mohrenstraße Aufsehen. Der Mann mußte wohl eins über den Durst getrunken haben, was natürlich auch bei anderen Sterblichen vorkommen kann, und fiel wohl ein halbes Duzend mal vom Rade. Als er merkte, daß es doch nicht mehr weiter ging, stellte er das Rad beiseite, um per pedes weiter zu kommen. Passanten, die sich das herlose Rad anahen, entdeckten zu ihrem Erstaunen, daß es die Firma des „Lokal-Anzeigers“ trug. Die sich später herausstellte, muß der Herr Sergeant das Rad am Haupttelegraphenamt einem dort wartenden Redaktionsboten fortgenommen haben, der dadurch in die größte Verführung verlegt wurde. Die Personalien des Gardemannes wurden durch einen Schutzmann festgestellt.

Für die arbeitende Jugend.

Die aus der Schule entlassene Jugend irrt gerade des Sonntags oft ziel- und planlos umher, was sich schon längst das Widerium zuzugemacht hat, um die jungen Leuten für ihre christlichen Vereine zu gewinnen und ihnen dort salbungsvolle Predigten über Entfugung und dergleichen zu halten. Dieser Umstand hat den Jugendausflug veranlaßt, für die arbeitende Jugend in der verschiedensten Weise zu wirken, sei es durch Veranstaltung belehrender

Vorträge, sei es durch Arrangements gefelliger Art. Am Sonntag ist eine solche gefellige Veranstaltung großen Stils geplant in Gestalt eines

#### Massenausflug

nach Bickelwerder Restaurant „Zum alten Freund“. Der Ausflug wird in Gruppen veranstaltet. Ort, Zeit und Fahrgehalt sind aus den unten angegebenen Treffpunkten zu ersehen. Die Gruppen treffen ungefähr nachmittags 1 Uhr im Restaurant „Freund“ ein. Es folgt eine einstündige Rast. Von 2-4 Uhr: Spiele im Walde. Von 4-5 Uhr: Kaffeepause. Von 5-6 1/2 Uhr: Spiele im Walde. Um 7 Uhr abends: Abmarsch der einzelnen Gruppen.

#### Treffpunkte.

**Örtlicher Bahnhof.** Die Teilnehmer versammeln sich Ecke Wendensstraße 7 1/2 Uhr. Um 8 Uhr fährt mit der Straßenbahn (91) nach Halensee. Von hier über Hundelehensee—Teufelssee—Pöfsee—Kirchhof nach Bickelwerder. — Fahrgehalt 20 Pf.

**Schlesischer Bahnhof.** Sammelpunkt 7 1/2 Uhr vor der Bilettausgabe in der Kadaistraße. Um 8 Uhr fährt nach Nikolassee. Von hier bis zur Chauffee über Havelberge—Karlshorn—Dachberge—Schildhorn—Bickelwerder. — Fahrgehalt 60 Pf.

**Pandorger Tor.** 7 1/2 Uhr. Abmarsch 8 Uhr nach Bahnhof Alexander-Platz. Fahrt nach Halensee. Von dort durch Halensee über Kolonie Grunewald durch den Grünwald über Schildhorn nach Bickelwerder. — Fahrgehalt 40 Pf.

**Winetaplay.** Zusammenkunft 7 1/2 Uhr. Um 8 Uhr Fahrt von Grünbrunnen bis Westend. Von hier über Spandauer Bod-Stadion—Kirchhof—Bickelberge nach Bickelwerder. — Fahrgehalt 20 Pf.

**Reitfeldplatz.** Versammlung der Teilnehmer um 7 1/2 Uhr. Um 8 Uhr Fahrt von Bahnhof Wedding bis Westend. Zusammenkommen mit den Teilnehmern vom Winetaplay (siehe dort). — Fahrgehalt 20 Pf.

**Am Bahnhof Busselstraße** versammeln sich die Teilnehmer 7 1/2 Uhr. Um 8 Uhr Fahrt bis Bahnhof Grunewald. Von hier über Saubühl—Kaiser-Wilhelm-Turm—Schildhorn nach Bickelwerder. Rückmarsch nach Spandau. — Fahrgehalt 30 Pf.

**Alexander-Platz.** Zusammenkunft um 7 1/2 Uhr an der Perolina. Um 8 Uhr Fahrt bis Bahnhof Grunewald. Von hier am Hundelehensee und Grunewaldsee entlang bis zur Nordspitze der Strunden-Lake. Von hier über Havelberge—Karlshorn—Dachberge—Schildhorn—Nupenhorn nach Bickelwerder. — Fahrgehalt 40 Pf.

**Potsdamer Bahnhof.** Die Teilnehmer treffen sich 7 1/2 Uhr am Wannsee-Bahnhof. Um 8 Uhr Fahrt nach Steglitz. Von dort über Dahlem—Grunewaldsee—Hundelehensee—Teufelssee—Havel bis Bickelwerder. — Fahrgehalt 20 Pf.

Die Jugendlichen wenden sich am besten dem ihrer Wohnung nächstgelegenen Treffpunkte zu. Dort sind Leiter zur Stelle. Die Ordner tragen weiße Binden.

Es empfiehlt sich, in bequemer (nicht in der besten) Kleidung zu erscheinen. Das Mitbringen von Verfrachten ist zu vermeiden. Alle Beherlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu eingeladen.

Ein Geschwisterpaar unter einem Lastwagen. Ein verhängnisvoller Unglücksfall hat sich vorgestern nachmittag in der Mühlenstraße zugetragen. Die beiden Kinder Karl und Frieda des Straßenbahn-Schaffners Wertinglat, Mühlenstr. 67, hatten sich beim Ueberfahren des Fahrdammes an der Hand gefasst und als ein Steinwagen heranfuhr, vermochten sie sich infolgedessen nicht mehr schnell genug in Sicherheit zu bringen. Sie wurden ungerissen und das schwere Gefährt ging über sie hinweg. Das linke Vorderrad rollte beiden Kindern über die Brust. In schwerverletztem Zustand wurden die Kleinen nach der elterlichen Wohnung gebracht.

Eine hässliche Szene auf der Stadtbahn. In einer blutigen Messerschlägerei kam es vorgestern abend in einem Stadtbahnzuge zwischen den Stationen Stralau-Mummelburg und Wrischauer Straße sowie auf dem letzten Bahnhof. Beim Besteigen eines in der Richtung nach dem Schlesischen Bahnhof fahrenden S-Bahnzuges in Stralau-Mummelburg war zwischen dem Bauarbeiter Müller und dem Erdarbeiter Moritz ein Streit entstanden, der bald in eine Schlägerei ausartete. Beide zogen ihre Taschenmesser und schlugen damit blindlings auf einander ein, ohne Rücksicht auf die zahlreichen übrigen Fahrgäste, die hilflos in die Nebenabteile flüchteten. Beim Einlaufen des Zuges am Bahnhof Wrischauer Straße wurden die beiden Gegner auf dem Zuge entfernt; sie setzten jedoch auf dem Bahnsteig den Messerkampf fort, und bevor es noch den Beamten gelang, die Männer auseinander zu reißen, erhielt W. einen Messerschlag in das rechte Auge und brach auf dem Bahnsteig zusammen. Sein Gegner versuchte, sich noch auf den am Boden Liegenden zu stürzen und erst nach längerem Bemühen war es den Stationsbeamten möglich, den Tobenden zu überwinden und zu entwaffnen. Müller, der vier Wunden in den Kopf erlitten hatte, wurde ebenso wie W., der zwei Schrittwunden davongetragen, von einem in der Nähe wohnenden Arzt verbunden und dann der Polizei zugeführt.

Die Bedeutung der Astronomie für das praktische Leben wird Direktor Dr. Archenhold in einem Vortrage behandeln, welcher am Sonntag, den 18. Mai, abends 7 Uhr im großen Vortragssaal der neuen Treptow-Sternwarte stattfindet. An demselben Tage spricht Dr. Archenhold um 8 Uhr nachmittags über das Thema: „Das Geheimnis des Weltbaues“. Am Montag, den 17. Mai, abends 8 Uhr findet ein Vortrag statt über: „Merkur und Venus“. Sämtliche Vorträge, zu denen die ermäßigten Vereinskarten Gültigkeit haben, sind gemeinverständlich gehalten und mit zahlreichen Licht- und Drehschildern ausgestattet. Im großen Fernrohr der Treptow-Sternwarte wird zurzeit am Tage die Sonne und abends der Planet Jupiter mit seinem interessanten Mondsystem gezeigt. Außerdem haben die Besucher Gelegenheit, mit kleineren Fernrohren die verschiedensten Himmelsobjekte zu beobachten.

Feuerbericht. Am Donnerstag hatte die Feuerwehr einen gewaltigen Brand auf eisenbahnstädtischem Gelände an der Kopenhagener und Schwedter Straße zu löschen. Dort war eine mit Ben beladene Lore in Brand geraten. Im Ru stand der Wagen in hellen Flammen. Der dritte Zug war schnell zur Stelle und nahm sofort mit vier Schlauchleitungen die Löschung vor. Riesige Wassermengen wurden in haushoch emporlodende Flammen, die eine enorme Hitze verbreiteten und die Nachbarschaft aufs höchste gefährdeten, gespritzt. Trotzdem dauerte es geraume Zeit, bis das Feuer, das weithin sichtbar war und eine große Menschenmenge herbeigelockt hatte, gelöscht war. Die Lore war natürlich nicht mehr zu retten. Wie der Brand entstanden ist, war noch nicht aufgeklärt, vermutlich ist er aber durch Funken aus einer Lokomotive ausgekommen. Der Schaden soll nicht verheerend sein.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

Das Abholen von Sparsilos in Schöneberg. In diesen Tagen wird eine Mitteilung an sämtliche Haushaltungsvorstände verandt, mit der Aufgabe, welche Mitglieder der einzelnen Haushaltungen sich an der neuen Einrichtung des Abholens der Sparsilos beteiligen wollen und welchen Wochenbetrag sie dafür in Aussicht genommen haben. Die Wochenquoten bewegen sich in der Grenze von 50 Pf. und 20 Pf. Die Abholung bei den Sparsilos erfolgt unentgeltlich; eine weitere Beilage gibt genaue Auskunft über die gesamte Organisation. Einleger werden zu jedem Monatsbeginn aufgenommen, und zwar müssen die Abholungsanträge stets bis zum 10. des vorhergehenden Monats abgegeben werden. Eine Änderung des Wochenbetrages kann kostenlos nur zu Beginn eines neuen Monats erfolgen. Es steht dem Einleger frei, jedergzeit mit der Zahlung aufzuhören, ohne daß er irgend einen Verlust erleidet. Die eingezahlten Wocheneinlagen

werden am Schluß des Jahres dem Sparkonto gutgeschrieben und zu dem festgesetzten Zinsfuß, d. h. zurzeit mit 8 Proz., verzinst.

### An die arbeitende Jugend Schönebergs.

Sonntag, den 16. Mai, nachmittags 5 Uhr, große Jugendfeier für Schöneberg und Umgegend im Schützen Adler, Hauptstraße 144. Die Festeide wird vom Genossen Kurt Heinig gehalten, dem schließt sich die Rezitation des Genossen Vormann und Gesangsaufführungen der Jugendlichen an. Nachher gemütliches Beisammensein.

Der Jugend-Bildungsausschuss richtet die dringende Bitte an die Eltern, ihre schulentlassenen Kinder an dieser Jugendfeier teilnehmen zu lassen.

Größere kam am Donnerstagnachmittag gegen 4 Uhr in der Hohenstaufenstraße 54, Ecke Martin-Luther-Straße in Schöneberg zum Ausbruch. Die Schöneberger Feuerwehr unter Leitung des Branddirektors Flöter verpatete sich wenige Minuten, weil die nächste Wache, die sogenannte Nordwache, gerade anderwärts beschäftigt war. Als die Schöneberger und mit ihr fast zugleich die Berliner Feuerwehr an der Brandstelle ankam, stand das Zementlager der Firma Edo Barwolf in Flammen. Diese hatten auch den angrenzenden Raum der Buch- und Papierhandlung von Moritz Franke erfasst und bedrohten schon das Erdgeschoss. Dieses war infolge Offenlassens von Klappen und Fenstern schon total verqualmt und ein großes Schaufenster bereits eingestürzt. Branddirektor Flöter ließ angesichts der großen Gefahr sofort mit drei Schlauchleitungen von Dampfströmen kräftig Wasser geben, wodurch es gelang, den Brand auf die Neberräume zu beschränken. Die in den beiden Geschäften tätigen Personen mußten flüchten, zwei Hunde sind in dem Qualm erstickt. Die Entstehung des Brandes und seine jähnelte Ausdehnung wird auf vorläufige Brandstiftung zurückgeführt.

### Groß-Lichterfelde.

Von der Gemeindevertretung. Der Antrag von einigen wohlhabenden, dem Reitsport leidenden Einwohnern, im Ort die Anlage von Reitwegen ins Auge zu fassen und den jetzigen Promenadenweg in der Ringstraße ebenfalls zu diesem Zwecke freizugeben, gelangte zur Diskussion und Annahme. Früher wurden alle derartigen Anträge, soweit sie die Ringstraße betrafen, konsequent und mit Recht abgelehnt. Nun ist es dem Einfluß dieser paar reichen Sportleute gelungen, die schöne, unmittelfach mit dem Bürgersteig zusammenhängende Promenade von Werdehufen getrampelt zu lassen. — Die Verträge mit dem Domänenhof wegen der Regulierung der angrenzenden Werderstraße und dem Anfluß eines Teiles von Dahlem an die Lichterfelder Regenwasserleitung werden genehmigt. — Beim Punkt: Wahl der Gemeindefunktionen für das Etatsjahr 1909 erhielt Gemeindevorstandener Tischmeister Engelmann lebhafteste Bewehrung darüber, daß er trotz wiederholten Ersuchens der Baukommission nicht zugeteilt wurde. Schöffe Lange erwidert, daß prinzipiell davon Abstand genommen werde, Gemeindevorsteher, die persönlich an der Tätigkeit einer Kommission interessiert seien, in dieselbe zu delegieren. Engelmann weist diese Gründe zurück, da er grundsätzlich, so lange er Gemeindevorsteher sei, sich um Gemeindevorarbeit nicht beverbe. Es ist bekannt, daß die übrigen Gemeindevorsteher sich durch ihre Amtsdurchführung nicht abhalten lassen, bei Vergebung von Gemeindearbeiten als Submittenten aufzutreten. — Der letzte und wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf die Verlängerung des Vertrages mit der englischen Gasgesellschaft. Schöffe Leugner suchte den Nachweis zu führen, daß die Errichtung einer eigenen Gasanstalt für den Ort unmöglich sei. Seine Gründe sind jedoch durch die Praxis längst widerlegt. Durch die Verlängerung auf weitere 20 Jahre würde der Gaspreis von 2,6 auf 1,633 Pf. ermäßigt und für die Gemeinde eine Ersparnis von 25 000 M. pro Jahr eintreten. Das mache mit Zins und Zinseszinsen bis zum Jahre 1939 sogar zwei Millionen Mark! — Es ist demnach äußerst kurzfristig von dem Herrn Schöffen, die Verlängerung des Vertrages bloß für 20 Jahre zu empfehlen; nach der rechnerischen Schätzung des Berichterstatters würde Groß-Lichterfelde bei entsprechender Fortdauer des so vorteilhaften Vertrages schließlich sogar noch das Reichsdefizit aus dem Gewinn decken können. Für den nächstem Kommunalpolitiker steht die Sache natürlich etwas anders aus. Von allen Gemeinden ist Groß-Lichterfelde mit der englischen Gasgesellschaft am schlimmsten daran. Dieser Gesellschaft ist in einem mit der Gemeinde abgeschlossenen Vertrag vom Jahre 1892 das Recht eingeräumt worden, selbst nach Ablauf des laufenden Vertrages ihre Röhre liegen zu lassen und Gas an Private ins Grundbuch einzutragen zu lassen mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Es klingt beinahe wie Hohn, wenn sie hinzusetzt, die Kosten der Eintragung wolle sie selbst tragen. In dieser Situation ist es sehr schwer, wenn nicht unmöglich, für die Gemeinde einen nennenswerten Vorteil zu erringen. Preiswürdigweise lag der neue Vertrag in seinem Wortlaut nicht einmal allen Gemeindevorstern vor, so daß dem Antrage auf Vertagung zugestimmt und die weitere Verhandlung und Beschlußfassung in der Gemeindevorsteherung am 24. Mai erfolgen wird.

Von eigenen Wagen überfahren. Gestern vormittag hatte sich in der Chauffeestraße, Groß-Lichterfelde, unweit der Grenze Steglitz, Schützenstraße, das Lokführer des Fuhrmanns Hermann, Groß-Lichterfelde, Chauffeestraße, festgefahren. Um das Gefährt wieder flott zu machen, sagte der Rutscher Rogowski die Pferde am Kopf, und es gelang ihm, vorwärts zu kommen und das Gefährt so zu stellen, daß ihm eine leichtere Anfahrt wurde. Während nun das Geispann stille stand, wollte der Rutscher auf den Bod steigen; plötzlich jedoch zogen die Pferde an, der Rutscher kam zu Fall und zwar so unglücklich, daß ihm Vorder- sowie Hinterrad über das rechte Bein gingen. Dasselbe wurde vollständig abgefahren, während das linke Bein sehr stark gequetscht wurde. Der Bedauernswerte wurde in das Groß-Lichterfelder Krankenhaus geschafft, wo ihm die erste ärztliche Hilfe zu teil wurde.

### Treptow-Baumfuhrentweg.

Der Bau zweier 16klassiger Gemeindefschulen für Knaben und Mädchen sowie eines Lehrerwohngebäudes mit Bureauzimmern für die Gemeindeverwaltung und einer Feuerwache wurde in der letzten Gemeindevorsteherung beschlossen. Die Gebäude sollen auf dem Gemeinde gehörigen Grundstücke Niesholzstraße 46 je nach Bedarf errichtet werden. Der Bau der Knabenschule ist zunächst zur Ausführung bestimmt und wird auf dem südwestlichen Teile parallel zur Straße 45 (zwischen Niesholz- und Heidebergstraße) zu sehen kommen. Die spätere Bebauung stellt zwei vorpringsende Flügel nach dieser Straße hin vor, welche die Mädchenschule und das Lehrer- usw. Gebäude aufnehmen sollen. Der verbleibende Teil an der Niesholzstraße wird für den Bau der Feuerwache frei gehalten. Der Zugang zur Schule erfolgt von der Niesholzstraße. Die Lage der Anlagen ist derart, daß sie sämtlich Licht von Südwesten erhalten und zwar vom Schulhof der Mädchenschule, der eine Tiefe von 20,50 Meter aufweist, wozu noch die 20 Meter breite davorliegende Straße 45 kommt. Das Gebäude erhält ein Kellergeschoss, welches 50 Zentimeter unter der Geländeoberfläche liegt und eine lichte Höhe von 2,80 Meter aufweist, und vier Obergeschosse, welche eine lichte Höhe von je 2,90 Meter haben. Der Turmsaal liegt 17 Zentimeter über Gelände und ist im Gebäude eingebaut; seine durch

zwei Geschosse reichende Höhe beträgt 5,98 Meter. Die Turmhalle soll von beiden Schulen gemeinsam benutzt werden. Da es im Unterrichtsinteresse erwünscht ist, daß nur immer eine Klasse turnt und daß an Nachmittagen die Halle nach Möglichkeit Vereinen um zur Verfügung gestellt wird, ist über derselben ein 4,85 Meter hoher Spielfeld angeordnet. Derselbe kann auch als Aula Verwendung finden. Die Brausebadanlage im Kellergeschoss erhält einen bedeutend größeren Auskleideraum als in den schon bestehenden Schulen, wodurch auch der Einwohnerschaft Vorderelegenheit verschafft werden kann. Das Dachgeschoss soll Handfertigkeitsraum und einen Zeichenaal erhalten. Das Schulgebäude ist als Zubau mit Ziegeldach geplant.

### Ober-Schöneweide.

Gemeindevorsteherung. Die Einführung einer Wertzuwachssteuer war Gegenstand ausgedehnter Verhandlungen in der letzten Sitzung. Wenn auch im Gegenlag zu früher — wo diesbezügliche Anregungen unserer Genossen nicht diskutabel erschienen — jetzt der Sache mehr Interesse entgegengebracht wird, so kam doch noch genügend offene und verdeckte Gegnerschaft zum Ausdruck. Die tadelscheinigsten Gründe mußten herhalten, um die Steuer zu bekämpfen oder ihre Einführung hinauszufchieben, und das angesichts der Tatsache, daß sich die Gemeinde in äußerst prekärer Finanzlage befindet, welche es bedingen würde, daß ohne eine neue einträgliche Steuerquelle in den nächsten Jahren die Einkommensteuerzuschläge wesentlich erhöht werden müßten. Genosse Brunow führte aus, welche Ungerechtigkeit darin läge, diese Steuererhöhung auch mit auf Einkommen zu legen, welche an und für sich völlig unzureichend zur Verrichtung der notwendigsten Lebensbedürfnisse sind. Wenn nun hier eine Steuer gefunden werden könnte, welche nur effektiv vorhandenen Gewinn treffe, so sei dies doch nur ein Akt der Gerechtigkeit. Die befürchtete Stagnation der Grundstückspekulation sei ja auch durchaus kein Uebel wenn man bedenke, wie wahrhaftig Bodenwucher vielfach getrieben werde von mandmal recht zweifelhaften Elementen und der dann zu den unerhörten Mietspreisen führe. Der Gemeindevorsteher trat energisch für Annahme ein. Der Antrag unserer Genossen, die Steuerordnung in einer Kommission zu beraten, wurde mit dem Rat der Herrn Peierls angenommen, der Kommission auch die Suche nach einer anderen Steuerart aufzugeben. — Wird nicht viel dabei herauskommen!

Zur Angelegenheit des Kaufmanns- und Gewerbegerichts war von unseren Genossen beantragt, bei den beteiligten Nachbargemeinden auf Erhebung des Ortsstatutentwurfs zu drängen, damit ein schnelleres Tempo in die Sache käme. Genosse Brunow machte dem Gemeindevorsteher den Vorwurf, daß gerade dadurch, daß man die Vertreter der betreffenden Gemeinden zu den Kommissionsberatungen nicht hinzugezogen habe, diese Verhandlungen herbeigeführt seien. Vom Gemeindevorsteher als auch seinen bekannten freiwilligen Kommissar Herrn Fabrikdirektor Schweiger wurde der Antrag als Mißtrauensvotum aufgefaßt und nach lebhafter Debatte gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt.

Staatsberichtigungen in Höhe von 1700 M. wurden bewilligt. Bei dieser Gelegenheit rügte Genosse Brunow als Mitglied der Rechnungscommission die bei der Prüfung der Rechnungen zutage getretenen ganz enormen Ueberschreitungen der Pflasterreparaturkosten im Verhältnis zu den Summen der in Frage kommenden Vorkosten. Es wurde eine scharfe Kontrolle solcher Arbeiten durch das Bauamt zugesagt.

Ueber die Volksbibliothek wurden Angaben gemacht, nach welchen eine erfreuliche Steigerung des Leserkreises zu verzeichnen ist. Bemerkenswert ist die geringe Beteiligung aus Arbeiterkreisen, trotzdem die Bibliothek wirklich gut ausgestattet ist.

Auf dem jetzt neu herzurichtenden Wochenmarkt soll für den Preis von 1200 M. eine Abortanlage errichtet werden, was ja einem wirklichen Bedürfnis entspricht.

### Johannisthal.

Ein Jugendausflug wurde in der letzten Versammlung des hiesigen Wahlvereins gegründet, nachdem die Genossin Jeze-Rigdorf ein Referat über „Arbeiterkraft und Jugendberziehung“ gehalten hatte. Weiter wurde ein Komitee gebildet zur Arrangierung eines Waldfestes in Gemeindschaft mit dem hiesigen Gefangenen. Abgeteilt wurde vom Vorsitzenden, daß die Expeditionangelegenheit mit Rudow den hiesigen Wünschen entsprechend geregelt ist.

### Nowatow.

Ein Flugblatt gegen den Beschluß der Gemeindevertretung betz. Ankauf des Ranschen Grundstückes haben die vereinigten Gärtner Nowatow zur Verbreitung gebracht. In diesem Flugblatt wird die wahrheitswidrige Behauptung aufgestellt, daß die Gemeinde beabsichtige, auf dem Friedhofsverkaufsstellen für Blumen zu errichten und die Stellung unserer Genossen hierzu wie folgt gliedert:

„Vor einiger Zeit wurden von der sozialdemokratischen Partei Flugblätter verteilt mit dem Motto: „Mehr Steuern zahlen, Waul halten“. Die acht sozialdemokratischen Vertreter der 3. Abteilung haben aber diesem Ankaufsantrag zugestimmt und haben geschlossen für die Annahme aller Punkte in dieser Angelegenheit gestimmt. Wir müssen es jedem selbst überlassen, sich über das logische Denkbemühen dieser acht Herren ein Urteil zu bilden; wenn wir es ansprechen würden, könnten sich die Herren Genossen vielleicht beleidigt fühlen.“

Da auch über die Ankaufbedingungen der genannten Gärtnerei die übertriebensten Gerüchte kolportiert werden, wollen wir die Sachlage kurz darlegen. Vor zirka zwei Jahren wurde der bisherige Friedhofsgärtner Karl von Stroben- und Friedhofsinzpektor mit dem Gehalt eines Gemeindefretärs ernannt unter der Bedingung, seine Gärtnerei zu verkaufen. Da Herr N. angeblich keinen zahlungsfähigen Käufer fand, bot er der Gemeinde sein Eigentum zum Preise von 80 000 M. an. Die Friedhofs-, Wege- und Finanzkommission, die zuerst über die Angelegenheit berieten, sprachen sich sämtlich für den Ankauf der Gärtnerei und Umwandlung derselben in eine Gemeindegärtnerei aus. Einige bürgerliche Vertreter schätzten das Inventar der Gärtnerei mit 6837 M., die Baukosten mit 11 700 M., so daß für das zirka 3000 Quadratmeter große Garten- und Bauland 8003 M., also für den Quadratmeter zirka 3 M. hieben, welcher Preis allseitig als angemessen bezeichnet wurde. Da während der ersten zehn Jahre der Besitzer der Gärtnerei auf eine Anzahlung verzichtet hatte, hätte die Gemeinde durch die vierprozentige Verzinsung der 80 000 M. eine jährliche Ausgabe von 1200 M. Dieser sieben aber die Einnahmen aus den Dekorationen bei Leichenfeiern, Erhöhen der Grabhügel gegenüber, die bisher dem Friedhofsgärtner zufließen und im vorigen Jahre 1625 M. betragen, so daß alle Aussicht besteht, daß sich die Gemeindegärtnerei nicht nur ohne jeden Zuschuß selbst erhält, sondern auch noch Ueberschüsse abwirft, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Anlage von Sammelplätzen, Schulgärten in Zukunft bedeutend billiger hergestellt werden kann. Angesichts dieser Sachlage wäre es geradezu eine Torheit von unseren Genossen gewesen, wenn sie gegen den Ankauf gestimmt hätten. Was nun den rücksichtslosen Beschluß der Vertretung betz. Errichtung von Blumenverkaufsständen auf dem Friedhofs betrifft, so existiert derselbe nur im Kopfe des Flugblattverfassers; aber selbst wenn unsere Genossen einem derartigen Antrage zugestimmt hätten, wären sie durchaus im Rahmen der sozialdemokratischen Prinzipien geblieben, die darauf hinführen, die Versorgung der Gemeindeangehörigen mit den nötigen Produkten und Bedarfsartikeln soweit irgend möglich unter Ausschaltung des verteuerten Zwischenhandels durch die Gemeinde selbst bewirken zu lassen; für die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher ist bei ihren Bestrebungen eben nicht das Profitinteresse einiger Kräfte und Zwerggiganten, sondern das Wohl der Gesamtbevölkerung maßgebend. Das ist der Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialdemokratischer Gemeindepolitik. Bemerken wollen wir noch, daß die Gärtner alle Ursache hätten, der Vertretung dankbar zu sein, da diese durch den Ankauf der Gärtnerei einem Zustande ein Ende gemacht hat, der mit vollem Rechte von den Privatgärtnern bekämpft worden ist.

Ein Scheunenbrand entstand am Mittwochabend in der siebenten Stunde auf dem Besitztum des Wärfereibesetzers Höbner am Veltkeimkirchplatz. Infolge der schnellen Ausbreitung des verheerenden Elements mußte neben der freiwilligen auch die Wärfische Fabrikfeuerwehr in Tätigkeit treten, und gelang es derselben nach angestrengter Tätigkeit, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken, doch ist die Scheune mit ihren Vorräten niedergebrannt. Die Ursache des Feuers konnte noch nicht ergründet werden.

## Aus der Frauenbewegung.

### Lesende.

**Drig-Budow.** Heute 1/2 Uhr bei Weniger, Werderstr. 28: Vortrag. Genosse Groger.  
**Marienberg.** Freitag, den 14. d. Mts., 8 Uhr, bei Löwenhagen, Chauffeestr. 27.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Mittwoch, den 10. Mai, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhause, Kommandantenstraße 72: Vortrag: „Die Arbeiterbewegung und das Genossenschaftswesen“. Referent: Adolf Ritter. Gäste willkommen.  
**20. Mai (Himmelfahrt):** Ausflug nach Nischelwerder (Vokal zum alten Freund). Treffpunkt 9—11 Uhr in Besend im Restaurant „Kohstrasse“, Spandauer Chauffee.

## Gerichts-Zeitung.

Eigenartige Reigungen hat der Koch Hermann Straube bei der Verübung von Warenhausdiebstählen bewiesen. Unter der Anklage des Diebstahls mußte sich St. gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I verantworten. Am 1. April d. J. beobachteten die Kriminalhauptleute von der Taschendiebstahlkontrolle den ihnen schon als Warenhausdieb bekannten Angeklagten in dem Warenhaus von Tich, wie er sich in auffälliger Weise an die verschiedenen Verkaufstische herandrängte. In einem Tische versuchte St. einen Damenfächer zu entwenden. Dies gelang ihm jedoch durch die Aufmerksamkeit der Verkäuferin nicht. Der Angeklagte begab sich dann, von den Beamten verfolgt, in den Anprobieralon für Damenhüte. Hier lagen auf einem Stuhl mehrere Hüte, deren Verkäuferinnen gerade ihre volle Aufmerksamkeit einem neuen Topfputz zugewendet hatten, den sie vor dem Spiegel aufprobieren. Der Angeklagte ging mehrere Male um diese Hüte herum, um dann mit sanftem Rud eine Hutnadel im Werte von vielleicht einer Mark sich anzueignen. Sodann verließ er schleunigst das Warenhaus. Auf der Straße wurde der sonderbare Schwärmer dann von den Beamten festgenommen. Die gestohlene Hutnadel hatte er quer durch seinen eigenen Hut gesteckt, so daß die Spitze weit hinausragte. — Ebenso eigenartige Reigungen hatte der Angeklagte auch schon bei seinen früheren Warenhausdiebstählen, wegen der er schon bestraft ist, an den Tag gelegt. Unter den gestohlenen Sachen befanden sich seinerzeit ein Paar Kinderhandschuhe, eine Trillerseife, ein Damenstrumpfband, ein Kragenschoner, und eine Rolle Klebseifenpapier. — Das Gericht verurteilte den gefährlichen Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

Die Vernehmung eines Sachverständigen über die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten wäre wohl am Platze gewesen.

### Die Diebstähle in der königlichen Gewehrfabrik Erfurt vor der Strafkammer.

Die Verhandlungen über die Anklage, über die wir am 12. d. Mts. berichteten, dauerten bis in die späte Abendstunde des Mittwoch. Es ging aus ihnen hervor, daß in der Tat ein schamloser Handel mit Auswuchteilen in der Weise getrieben wurde, daß Arbeitern in Privatbetrieben gelieferter Auschuß vom Lohn abgezogen und ihnen die Teile zur Verfügung gestellt werden, die sie, um sich schadlos zu halten, nun wieder an Wärfenmacher zu verkaufen suchten. Ein Verteidiger machte einen Sachverständigen darauf aufmerksam, daß auch bei der Truppe beschädigte Gewehrteile häufig ausgewechselt werden müßten, die die Bataillonsbüchsenmacher bestellten und damit handelten. Der Sachverständige meint, daß die Bataillonsbüchsenmacher verpflichtet seien, solche ausgewechselte Teile zu zerlegen. Ein anderer Zeuge jedoch, ein Wärfenmacher Helfrich aus Berlin, der mit dem Angeklagten Borch in Geschäftsverbindung stand, gibt zu, von einigen verstorbenen Bataillonsbüchsenmachern eines Berliner Gardebataillons händig Gewehrteile bezogen zu haben; über seine jetzigen Bezugsquellen verweigert er die Auskunft. Und ein als Zeuge vernommener Althändler aus Erfurt, der das Alteisen aus der Gewehrfabrik bezieht, kann ausführen, daß er trotz der überaus scharfen Kontrolle, die in der Gewehrfabrik über den Abfuhr geführt wird, erst noch im März dieses Jahres Waffenteile im Wert von 1000 Mark gefunden habe. Der Direktor Maurer von der Waffenfabrik Rauter in Oberndorf, v. Redar, hält es zwar für ausgeschlossen, daß aus seiner Fabrik Auswuchteile in den Handel kommen können, muß aber einem Verteidiger zugeben, daß bei

großen Staatslieferungen eine beschränkte Anzahl vollständiger Systeme (einige hundert) übrig bleiben und dann an andere Privatfabriken veräußert werden.  
Das Gericht verurteilte den Agenten Baber zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, den Gewehrfabrikanten Schumann und den Kaufmann Rag zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, den Werkmeister Labonovis zu neun Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, den Wärfenmacher Pfeiffmann zu sechs Monaten Gefängnis. Freigesprochen wurden die beiden Fabrikbesitzer Messert und Greifeld sowie der Werkmeister Meng und der Wärfenmacher Bartsch aus Suhl.

### Der Solinger Bankrott vor Gericht.

Die Solinger Strafkammer verurteilte am Mittwoch den früheren stellvertretenden Direktor der Solinger Bank, Otto Beder, wegen Vergehen gegen §§ 312 und 314 H.-G.-B. zu vier Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe, der Fabrikant Beller wurde zu zwei Wochen Gefängnis und 200 M. Geldstrafe, der Fabrikant Kahle zu 200 M. verurteilt. Beller und Kahle war zur Last gelegt, daß sie sich durch Anknüpfung ganz unethischem, aber lohnbringendem Betrug der Beihilfe zum Betrug der beiden verstorbenen Direktoren v. Renesse und Straumann schuldig gemacht hätten. Außerdem waren sie wegen Konkursvergehens angeklagt. Sie sind die Inhaber der Firma Beller u. Kahle, die nach dem Zusammenbruch der Solinger Bank ebenfalls die Zahlungen einstellen mußte.  
Der Direktor Straumann hat sich der Verantwortung, wie bekannt, kurz vor der Konkursöffnung, durch Selbstmord entzogen, und auch der zweite Direktor v. Renesse starb kurz nach ihm eines plötzlichen Todes.

### Ja der Reichsgraf v. Schaffgotsch verkehrs- und kulturfeindlich?

Diese Frage wurde am Mittwoch in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht III zu Hamburg erörtert, vor dem sich der Kaufmann Holtmann wegen Verleumdung des Standesherrn Reichsgrafen v. Schaffgotsch, Mitglied des preussischen Herrenhauses, zu verantworten hatte. Die Anklage war in öffentlichem Interesse erhoben worden. Der Angeklagte hatte in hestographierten Zirkularen, die er an die Bevölkerung von Warmbrunn am Riesengebirge geschickt hat, ausgeführt, der junge Reichsgraf v. Sch. habe die von seinem, d. h. Vater projektierten Eisenbahnen zur Erschließung des Riesengebirges, insbesondere der Säncclopppe, hintertrieben, weil er als Jüngling eines ausländischen Jesuiten-Instituts, der sich einen Jesuitenpater als Schloßprieester mitgebracht habe, verkehrs- und kulturfeindlich sei. Tatsächlich war die Bevölkerung am Fuße und in der Umgegend des Riesengebirges, die fast durchweg protestantisch ist, über die Stellungnahme des Grafen sehr ungehalten, weil sie darin eine Verächtlichung ihrer wirtschaftlichen Interessen erblickte. Das konfessionelle Moment scheint da auch eine gewisse Rolle gespielt zu haben. Der vor kurzem erst großjährig gewordene Graf, dessen Vater den Eisenbahnprojekten sympathisch gegenüber gestanden haben soll, bezeichnete die Angaben als sinnlos. Der Angeklagte, dessen Vater Bauwart ist und in Warmbrunn wohnt, gab an, in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt zu haben, denn sein Vater sei durch die Stellungnahme des einflussreichen Grafen sekundär und moralisch geschädigt worden. Der Amtsanwalt beantragte vierzehn Tage Gefängnis, während das Gericht auf 600 M. Geldstrafe oder 60 Tage Gefängnis erkannte. Der Angeklagte habe wohl in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, aber er sei zu weit gegangen.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 33. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die Parteiführer der Independent Labour Party. Von Theodor Rothstein. — Gewerkschaftliche Konzentration. Von Josef Kluge. — Die Stahlwaren-Fabrikation des Solinger Industriebezirks. Eine wirtschaftsgeschichtliche Studie von Johannes Krehen. (Schluß.) — Naturalismus und Landarbeiter-Organisation. Von August Baezel. — Zur Jugendbewegung. Von Max Frankenthal (Berlin). — Literarische Rundschau: Gustav Schmöder, Skizze einer Finanzgeschichte von Frankreich, Dellerreise, England und Preußen (1500 bis 1900). Von M. N. Dr. J. Ingwer. Das Konstitutionsrecht der Arbeiter. Von N. K. — Notizen: Statistik der italienischen Wahlen. Von Oda Döberig. — Zeitschriftenschau.  
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Speditionen zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.  
Vorbemerkungen stehen jederzeit zur Verfügung.  
Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiter (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 15 des 19. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Der Einfluß einer Reichsversicherungsordnung. Von Gh. — Die Strafsystemnovelle. I. Von H. B. — Die Delinquenten in der Volkswirtschaft und Nationalökonomie. Von Johannes Heiden. — Schluß der Wärfen. Von Dr. K. K. — Eine gewerkschaftliche Frauenorganisation. Von Bert. — Schreden des Militarismus. — Was der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Reichsversicherungsanstalt für den sechsten Jahrgang des Reichsversicherungslandes. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus dem Gebiet der rheinischen Textilindustrie. — Der dritte Verbandstag der organisierten gewerkschaftlichen Metallarbeiter. Von M. W. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl. — Notizen: Dienstreitfrage.

— Soziale Gesetzgebung. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.  
Für unsere Mütter und Hausfrauen: Der's nur der'stände. Von Robert Reimold. — Aus der Kindheitsgeschichte der Erde. I. Von Hannah Levin-Dorff. — Räte zur häuslichen Krankenpflege. Von Dr. med. B. Steininger. — Familien: Eltern. Von Peter Wegner. — Ein Landjunker. Von Nikolaus Bogol. (Fortsetzung.)  
Für unsere Kinder: Prinzess Fräulein. Von Emma Döhl. (Schluß.) — Das Weppen der Arbeiter. Von Robert Gröblich. — Aus dem Reiche der Technik. II. Eine Eisenbahnfahrt. Von Richard Goldt. — Der Clown. Von Heinrich Bierckel. (Schluß.) — Die Geschichte des Regentstuhls. Von Toni Schumann. — Der Esel und der Säler. Von Just Friedrich Wilhelm Jacharia. (Schluß.) — Das Märchen vom Schlaraffenland. Von R. Bestheim. — Händchen auf der Jagd. Von Heinrich Seidel. (Schluß.)  
Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Das deutsche Landhaus. Heft 7. Herausgeber C. Brommer. Einzelheft 75 Pf. Friedenau, Koenigsstr. 26.  
Taschenrechner der Varmbergsche. Aus Schwester Gerdas Taschenrechner. Herausgegeben von Schwester Gertrude Schmidt. 322 Seiten. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Englands Politik der Furchel und Verfall von E. R. K. Böttcher. 1. H. 1. M., geb. 1,80 M.  
Der Weltkrieg in den Räten. Originalroman von Rudolf Martin, Regierungsrat. 3. H. 1. M., geb. 4 M. Volger, Leipzig-Gohlis.

Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik. Heft 8. Herausgegeben von Prof. Dr. Fr. Umlauf. U. Hartmanns Verlag in Wien, jährlich 12 Hefte zu 1,15 M.  
Strandkarte der Umgegend von Straußberg mit dem Thunenthal. Selbstverlag, Berlin SW. 13.

Zur Lebensdauer der Holzpflanzen von F. Stammgler. 435 Seiten. G. Fischer, Jena.  
Kultur und Menschheitsdokumente. Herausgegeben von Gault. Band II. Sexuelle Jugendverlebung. Von Leo Berg. Freier literarischer Verlag, Berlin-Tempelhof. Preis brosch. 2,50 M., geb. 3 M.

Philosophische Zoologie von Lamard. 1. M. A. Kröner, Leipzig.  
Die Zukunft der Kirche. Jahrbuch des Christlichen Jünglingsbundes 1909. Berlin O. 54. Preis 0,10 M.  
Die Rüstungsindustrie. Roman von J. Nothling. Diegand u. Grieben, Berlin SW. 11.

Die Liebe Platons im Lichte der modernen Biologie von D. Friedländer. 3. H. 1. M., geb. 4 M. Volger, Leipzig-Gohlis.  
Wilhelm Reibel. Aus seinem Lebenswerk. 14 Blätter von Professor J. S. Giffarz. 1. M. A. Scholz, Mainz.

Der praktische allgemeine Mädchenfortbildungsschulunterricht. Von Dr. R. Schlotz. Eine Ergänzung der deutschen sozialen Gesetzgebung. Preis gebunden 70 Pf. Leipzig, Th. Grieben's Verlag (J. Fernau).

Wirtschaftlicher Marktbericht der städtischen Marktämter-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktläden. Markttag: Fleisch: Zustand stark, Geschäft ruhig, Preise für Schlachtvieh anziehend, sonst un- verändert. Wild: Zustand sehr knapp, Geschäft ruhig, Preise un- geändert. Getreide: Zufuhr in Mähren genügend, sonst knapp, Geschäft still, Preise beständig. Fisch: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise für Butter anziehend. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Gurken und Kohlrabar schwer veräußlich, Preise gedrückt.

### Witterungsübersicht vom 13. Mai 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Witterung	Temper. in C. (Morg. 8 Uhr)	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Witterung	Temper. in C. (Morg. 8 Uhr)
Swinemünde	758,2	4 halb	bd.	8	Papenburg	759,5	2 halb	bd.	8
Hamburg	762,2	6 heiter	8	Veitersburg	762,5	2 bedekt	5		
Berlin	761,2	3 wolfig	7	Seitz	760,0	4 halb	bd.	11	
Frankfurt	764,9	4 bedekt	9	Idstein	770,0	3 wolfig	4		
München	762,5	4 halb	bd.	14	Caris	765,9	4 bedekt	10	
Wien	762,5	bedekt	14						

### Wetterprognose für Freitag, den 14. Mai 1909.

Wahrscheinlich kühl, vielfach heiter, jedoch unbeständig mit leichten Regenschauern und frischen nordwestlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 12. 5. 11. 5.	am 13. 5. 11. 5.
Remel, Mühl	254	-12
Fregel, Jüterburg	44	-9
Beitzel, Horn	546,5	+116
Ober, Rathow	290	+3
• Krosin	258	+11
• Frankfurt	291	+12
Wärthe, Schirmin	108	-3
Rege, Landsberg	142	-6
Rege, Borsdamm	74	-5
• Eld., Lötteritz	81	-16
• Dresden	62	-13
• Droyß	294	-15
• Magdeburg	190	-10
Wasserstand	12. 5. 11. 5.	am 13. 5. 11. 5.
Saale, Großh.	104	0
Havel, Spandau	94	-3
• (Hafensperr)	142	-1
Spree, Spremberg	80	0
• Briesow	124	-3
Weser, Minden	50	-8
• Minden	30	-2
Rhein, Mühlentand	410	-2
• Raab	197	-8
• Ritt	196	-15
• Redar, Hellbrunn	62	+2
• Rain, Berthelm	127	-8
• Roßel, Lier	56	-2

+) bedeutet Sturz, — Fall. — \*) Unterpegel. — \*) am 12. 12 Uhr mittags 558 cm.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Freitag, den 14. Mai.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus, Rignon.  
Königl. Schauspielhaus. Die Karolinger.  
Deutsches. Revolution in Strassmühl.  
Kammerspiele. Der Graf von Gleichen. Anfang 8 Uhr.  
Neues königliches Operntheater. Raft der Anansterie. Das schlechtbewachte Mädchen.  
Lefing. Die Verhältnisse.  
Berliner. Ein Herbstmännchen.  
Schiller O. (Wärfen - Theater.) Jungfer Obrigkeit.  
Schiller Charlottenburg. Narziss.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Der Kilometerfresser.  
Neues Schauspielhaus. Raft.  
Komische Oper. Carmen.  
Wesien. Der tapfere Soldat.  
Neues. Renaissance.  
Thalia. Was Theater erzählt.  
Neubau. Kimmere dich um Minette.  
Lustspielhaus. Im Klubstessel.  
Kleines. Fokal.  
Gebbel. Der Hebbaber.  
Luisen. Arzene und Pffel.  
Arianna. Liebesgewitter.  
Neues Operntheater. Der Zigeunerbaron.  
Berliner Operntheater SW. Der Reineidbauer. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Bernhard Rose. Die Spreewald-Räbe.

**Goldfisch-Theater.** Die Frau Gräfin.  
**Apollo.** Hartstein. Er oder Er. Spezialitäten.  
**Metropol.** Die oberen Jehntausend. Wintergarten. Spezialitäten.  
**Carl Haberland.** Spezialitäten.  
**Wahage.** Spezialitäten.  
**Wahalla.** Spezialitäten.  
**Hollis Caprice.** Allein — endlich. Ungerade Tage. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Kafino.** Das Opferlamm. Spezialitäten.  
**Parodie.** Siegel Siegel alles. — Alles fürs Kind. Oder: Die Folgen eines Reudegouus. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Guthay Wehrnd.** Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Reichshausen.** Steifmer Sänger. Der Kampagneball.  
**Urania.** Tantenstrake 48/49. Abends 8 Uhr: Von Ubbogja bis Storfa.  
**Sternwarte.** Ravalldenstr. 67/62.

## Lessing-Theater.

Freitag, den 14. Mai, Anfang 8 Uhr: 3. Premiere der Akademischen Bühne: Zum erstenmal: Die Verhältnisse.

## Berliner Theater.

Heute 8 Uhr: Ein Herbstmännchen.  
Morgen 8 Uhr: Ein Herbstmännchen.

## Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.

## Renaissance.

Sonntags neu einstudiert: Tricoche und Cacolet.

## Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Im Klubstessel.

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O. (Wärfen-Theater).** Freitag, abends 8 Uhr: Zum 1. Male: Jungfer Obrigkeit. Komödie in 3 Akten v. Gustav Davis. Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonntags, abends 8 Uhr: Jungfer Obrigkeit.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Ein Volksfest.  
Sonntag, abends 8 Uhr: Jungfer Obrigkeit.  
**Schiller-Theater Charlottenburg.** Freitag, abends 8 Uhr: Narziss.  
Trauersp. in 5 Akten v. H. C. Strachvogel. Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonntags, abends 8 Uhr: Narziss.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Rechts herum.  
Sonntag, abends 8 Uhr: Narziss.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis Korfu.

## Großes Militär-Konzert.

Täglich ab 4 Uhr: Großer Militär-Konzert. Eintritt 1 M., von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

## Gastspiel-Theater.

Abendlicher Straße 68. Heute 8 1/2 Uhr: Zum 3. Male: Die Frau Gräfin. Morgen: Die Frau Gräfin. Abonnenten unseres Platzes erhalten auf allen besseren Plätzen die bekannte Aufmerksamungen.

## Die Frau Gräfin.

Morgen: Die Frau Gräfin. Abonnenten unseres Platzes erhalten auf allen besseren Plätzen die bekannte Aufmerksamungen.

## Theater des Westens.

Abends 8 Uhr: Der tapfere Soldat. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Ein Walzertraum.

## Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Freitag, den 14. Mai, Anfang 8 Uhr: Der Kilometerfresser. Sonntags, nachm. 3 Uhr: Schlagende Wetter. 8 Uhr: Dufarensieder.

## Neues Operntheater.

Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Anfang 8 Uhr: Der Zigeunerbaron.

## DERNHARD ROSE THEATER

Dr. Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: Die Spreewald-Käte. Volkstisch mit Gesang in 3 Akten. Wochentagspreise. Sonntags, nachm. 3 Uhr: Der Zigeunerbaron und sein Wärfelkind.

## Brunnen-Theater

Sabstrasse 58. Direktion: Willi Voigt. Freitag, den 14. Mai 1909: Mein Herzensstübchen. Volkstisch mit Gesang in 5 Akten von Ed. Jacobsohn. Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

## Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor. Anfang 8 Uhr. Das große Mai-Programm. Grete Gallus, die beliebteste Soufrette, u. die Ästigen Spezialisten. Am Garten: Konzert.

## W. Noacks Theater

Direktion: Rob. All. Brunnenstr. 16. Wegen vollständiger Renovierung der Geselmsräume geschlossen! Wiedereröffnung: 1. Pfingstfeiertag.

## Stadt-Theater Moabit.

Größter und vornehmster Theater-saal Moabits. Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.) Sonntag, den 16. Mai: Eine tolle Nacht. Schwan in 4 Akten von N. Kniesel. Anfang der Vorstellung 7 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr. Anf. 6 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz. Vorverkauf von 10—1 Uhr mittags im Theater-Restaurant. Montag, den 17. Mai: Solree der Luitgen Sänger.

## Casino-Theater

Reifinger Str. 57. — Täglich 8 Uhr. Städtischer Lieder-spiel. Ueber 100 mal vor ausser. Häusern gegeben der tolle, lustige Schwan.

## Das Opferlamm.

Schlagerstellung den 24. Mai. Sonntag 4 Uhr: Kickermann.

# WINTERGARTEN

## Neues Programm!

Der japanische Wunderbrunnen der

### Tenka Truppe

und eine Kette hochinteressanter Kunstkräfte. Reservierter Pl. 2 M. Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe).

### Passage-Theater.

Walter Schneider der eigenartige Vortragskünstler. Bruns-Lebrun der fahrende Sänger

### Jaka Jshad

Maur. Schlangentänzerin. 2ter Monat. Das neue Mai-Programm ein voller Erfolg!

### Passage-Panoptikum.

Lebend! Die letzten weiblichen Wesen vom Stamme der Azteken! Ohne Extra-Entree! Experimente der IV. Dimension. Neapol. Brigantien. Alles ohne Extra-Entree!

### Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Cafe Meigand erstbeste. Täglich: Belfermanns Brantfchau. Schwanz in 1 Akt. Neues Spezialitäten-Programm. The Morrays, Hoo & Shee, Marco & Tajana, Paulsen, Lorie, etc. etc. Anfang Sonntag 5 1/2 Uhr, Montag 7 1/2 Uhr.

### Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger (Meysel, Britten, Schrader usw.) Anfang Montag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

### Demms Volkspark-Theater

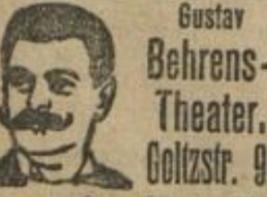
Landsberger Allee 74/77. Große Vorstellung des Sächsischen Volks-Theaters nebst Vorträgen erstl. Spezialitäten. Zum ersten Male in Berlin. Man amüsiert sich köstlich.

### Palast-Theater

Heute Donnerstag ringen: Jacob Koch gegen Kornatzki. Solar gegen Portos v. Beyk. Aufschlingungskämpfe zwischen: Hackenschmidt gegen Schibitski. Ferner: Felgenhauer u. Brillon. Außerdem das Programm. Anfang 8 Uhr. Anfang der Ringkämpfe 9 1/2 Uhr.

### Sanssouci,

Kollbusch, StraÙe 6. Direktion Wilhelm Reimer. Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutscher Sänger und Frühlings-Kränzchen Beg. Sonntag, 8. Sonntag, 8 U. Stets neues hochaktuelles Programm! Sonntagabend, den 15. Mai: Gastspiel der Volks-Oper: Der Troubadour.



Gustav Behrens-Theater. Goltzstr. 9. Das große glänzende Mai-Programm.

## Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr: Krone und Fessel. Schauspiel in 6 Bildern. Sonntag nachm. 3 Uhr: Ausgewiesenen. 8 Uhr: Räuber von Teufelsdröckh. Montag: Krone und Fessel.

## Hebbel-Theater

Königsplatz Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Der Viehhaber.

## Luisen-Theater.

50., Reichenberger Straße 34. Sonntag, den 16. Mai cr., „Ausgewiesenen.“ nachmittags 3 Uhr: „12 Jahre wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ polizeilich verboten gewesen!“

Die Leser des „Vorwärts“ zahlen gegen Vorzeigung dieses Inserats an der Theaterkasse nur 60 Pf. für I. Parkett.

Auf allen übrigen teureren Plätzen 25 Pf. Ermäßigung des Kassenpreises. Ausschneiden! Gutschein für 1-3 Personen.

### Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

zum Sonntag, den 16. Mai. 1. Abt. 6 Uhr: Teufel. 1 Uhr: Neue Räuber. 2. Abt. 7 Uhr: Drantenberg. 1 Uhr: Vorkämpfer (Schulz). 3. Abt. 8 Uhr: Pöhl bei Groß-Weßen (Düsterer). 12 Uhr: Neue Räuber (Schleuse). 4. Abt. 9 Uhr: Grünhaide. 2 Uhr: Friedrichshagen (Geißel/Schulz). 5. Abt. 10 Uhr: Grünhaide. 1 Uhr: Friedrichshagen (Radtsch). 6. Abt. 11 Uhr: Regenbald (Radtsch). 1 Uhr: Grünhaide (Keller). 7. Abt. 12 Uhr: Eberwalde. 1 Uhr: Bernau (Radtsch). 8. Abt. 1 1/2 Uhr: Röhrenwalde. 1 Uhr: Grünhaide (Wille). 9. Abt. 1 1/2 Uhr: Schönherde (Sperlin). 10. Abt. 8 und 12 Uhr: Röhrenwalde. 11. Abt. 1 1/2 Uhr: Schönherde (Sperlin). 12. Abt. 8 und 12 Uhr: Röhrenwalde. 13. Abt. 8 und 12 Uhr: Röhrenwalde. 14. Abt. 8 und 12 Uhr: Röhrenwalde.

### Agitationstour!

Freiwillige und 7. Abt. Start: Schöneberger Rathaus, 4 1/2 Uhr früh.

### Fahrräder! Billig!

o.P. 39, 45, 52, 60, 85 bis 120 M. p. St. Freilauf 3 M. mehr 5 Jahre Garantie. Laufdecken 1,90, 2,50, 3,-, 4,50 Luftschlächche 1,50, 2,-, 2,50, 3,- Fußpumpen 0,80, 1,- Pedale 0,80, 0,50, Sättel 1,50, 2,- Rahmenbrüche 3,50, Email 3,50 Fahrradkatalog 127 F, Motor-katalog 127 M gratis u. franko. - Wiederverkäufer Rabatt. - Willi Hausscherr, Berlin 127, Alte Jakobstr. 93.

### Charlottenburg

F. Kunsmann Wallstr. 1 Moderne Uhren u. Goldwaren

### Fahrräder, neue und gebrandete

Arbeiterfamilienhaus in Neu-Seegefeld, nahe Bahnhof, zwei Wohnungen in je 2 Stuben u. Küche, Garten, Stall, Preis 12.000 Mk. bei fl. Anzahlg. Rest 4 1/2 Gros, längere Jahre fest. Antrag mit H. 1 an die Expedition d. „Vorwärts“. 121222

### Daume, Fleischermeister,

Tegelers Straße 50.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden. Mastergütig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie. Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. BERLIN, Leipziger Straße 92. Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

„Ausgewiesenen.“ Soziales Drama aus der Zeit des Sozialistengesetzes von Karl Böttcher. Die Leser des „Vorwärts“ zahlen gegen Vorzeigung dieses Inserats an der Theaterkasse nur 60 Pf. für I. Parkett. Auf allen übrigen teureren Plätzen 25 Pf. Ermäßigung des Kassenpreises. Ausschneiden! Gutschein für 1-3 Personen.

Brauerei Friedrichshain Heute Freitag: Vorletzter Tag. Schlusskämpfe. Jedor Kampf bis zur vollständigen Entscheidung. Heute ringen: Nitschke, Berlin, gegen ??? Welt-Champion. Gambler, Weltmeister, gegen Lassartesse, Weltmeister. Lassartesse, Weltmeister, gegen Annoni, Italien. Sanders, Neger-Champion, gegen Gambler, Weltmeister. Vor den Ringkämpfen: Das erstklassige Spezialitäten-Programm. Anf. 8 Uhr. Morgen Sonntagabend: Letzter Tag u. Preisverteilung.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum. in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillersees vorzüglich gelegen, billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit auch ohne Bad, Balkon pp. sofort demietbar in den Neubauten der Schillerpromenade, Brieger Straße, Rühl-Straße, Holländer- und Thuner Straße. Dampf-Extrafahrten nach dem Schützen- und Volksfest in Ober-Schöneweide vom 15. bis 25. Mai 1909 täglich von 2 Uhr nachm. an halbtäglich. Fahrpreis a Berl. 30 Pf., Rind. 10 Pf. - Kleine Anlegestelle am Festplatz. Extrafahrten von der Waisenbrücke. Heberei Rahm u. Herzer.

Nach dem Urteil aller Kenner ist Bolero die feinste 2 Pf.-Zigarette

95 Wer Kinder hat verlange Katalog von Arnold Müller Kaufhaus für Kinderbekleidung 95-Leipziger Straße 95

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35 Sie sparen Geld! Möbel direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35 koin Laden Tel.: A. III, 5157 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - nur eigenes Fabrikat. - Auf Wunsch Teilzahlung. 35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Achtung! Zigarrenhändler! Achtung! Die bestsortierte und billigste Einkaufsquelle in Zigaretten, Zigarren und Tabaken sämtlicher eingeführter Fabrikate ist Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstr. 70 Telephone: Amt VII, 4730.

Am Mittwoch, den 12. Mai, verschied nach langem Leiden im Alter von 45 Jahren unser innigstgeliebter Gatte und Vater, der Leihler Wilhelm Schröder Lillier Straße 78. Um stille Teilnahme bitten die Hinterbliebenen Berta Schröder und Kinder. Die Beerdigung findet am Sonntagabend, den 15. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt. 12202

Den am Mittwoch früh durch Herzschlag plötzlich erfolgten Tod meines innigstgeliebten Mannes, unseres herzergutten Vaters Ernst Curth selgen Hermit, um stille Teilnahme bittend, an Witwe Marie Curth nebst Kindern. Die Beerdigung findet am Sonntagabend nachmittags 5 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Simeon-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse Ernst Curth am Mittwoch am Herzschlage verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntagabend, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Simeon-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 213/10 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Steglitz. Todes-Anzeige. Am Mittwoch, den 12. Mai, verstarb nach langem Leiden unser Genosse, der Arbeiter Ernst Sudrow. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Steglitzer Friedhofes aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 202/14 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Steglitz. Todes-Anzeige. Am Mittwoch, den 12. Mai, verstarb nach langem Leiden unser Kollege, der Arbeiter Ernst Sudrow. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Steglitzer Friedhofes aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 67/8 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. Berlin Bezirk 17. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied Friedrich Langhans am 11. Mai verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der St. Simeon- und St. Lukas-Gemeinde in Britz, Tempelhofer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 253/11 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands. Filiale Berlin. Todes-Anzeige. Am Dienstag, den 11. Mai, verstarb plötzlich der Kollege Karl Kasper (Best. Süd-Str.) im Alter von 56 Jahren. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Ärvus-Kirchhofes in Mariendorf aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Billigste Bezugsquelle für Hygienische Bedarfs-Artikel Drogerie Zaromb, Berlin N., Weindergsweg 1. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. 11782

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis Landsberger Viertel. Bezirk Nr. 358, Teil I. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied der Leihler Wilhelm Schröder Lillier Straße 78 gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonntagabend, den 15. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 217/15 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Todes-Anzeige. Am 12. Mai verstarb unser Mitglied, der Arbeiter Hermann Hilpert Kolberger Str. 10. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntagabend, den 15. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sächsischen Friedhofes, Köpenicker Straße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 227/4 Der Vorstand.

Todes-Anzeige. Am Dienstag, den 11. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, verstarb nach schweren Leiden unser braver Kollege und Arbeiterausführungsmitglied, der Arbeiter Hermann Hilpert im Alter von 29 Jahren. Durch seine unermüdbare Tätigkeit für die Interessen seiner Kollegen hat er es verstanden sich bei allen Mitarbeitern Achtung und Anerkennung zu erwerben. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet statt am Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sächsischen Friedhofes, Seestraße, Ecke Müllerstraße, aus. Der Arbeiterausführungsmitglied der A. G. S. Brunnenstraße.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin I. Todes-Anzeige. Unsem Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Gustav Wilhelm Mitglied seit dem 1. Januar 1892 am 10. Mai an Gehirnerweichung verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Anfalls-Kirchhofe in Teuflich (Wark) statt. 67/7 Die Ortsverwaltung.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse d. deutsch. Drechsler u. Bernfsy. (F. d. 56.) Verwaltungsstelle Berlin D. Am 10. Mai verstarb unser Mitglied Robert Triebler. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sächsischen Friedhofes, Müllerstraße, aus statt. 284/14 Die Ortsverwaltung.

Nach langem Leiden verstarb Mittwoch, den 12. Mai, morgens 3 1/2 Uhr, meine liebe Frau Marie. Der trauernde Gemann Paul Schabbeck. Die Beerdigung findet Sonntagabend um 3 Uhr von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Hypotheken-Gelder auf Häuser, Güter und Industrieventl. auch zu zweiter Stelle zu haben. Effektiv mit Rückpost Z. Z. 104 post. Bochum. 11782

Stadtverordneten-Verammlung.

17. Sitzung vom Donnerstag, den 13. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher-Stellvertreter Cassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Es haben mehrere Ausschusswahlen stattgefunden. In die gemischte Deputation für den Antrag Gelpde wegen Errichtung besonderer Abteilungen für zahlende Kranke in den städtischen Krankenhäusern sind auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten Singer und Dr. Wehl, in den Ausschuss für die Vorlage wegen Ankaufs von Gelände am Lehrter Güterbahnhof zur Errichtung von Großmarkthallen die Stadtverordneten Ewald, Glode, Hinge, Tollsdorf, in den Ausschuss für die Vorlage wegen Neugestaltung des Bebauungsplanes des Terrains am Schillerpark die Stadtverordneten Wasner, Borgmann und Mars gewählt.

Zu wählen sind zwei Mitglieder in das Kuratorium für das Bestattungswesen. Vorgesprochen waren die Stadtverordneten Galland (A. L.), Gohlde (Fr. Fr.) und Manasse (Soz.); in der vorigen Sitzung vorgenommene Wahl war als nicht geschehen erachtet worden.

Gewählt werden Gohlde mit 62, Galland mit 58 Stimmen; Manasse erhält 35 Stimmen. (Ruf: Rette Parität.)

Doch- oder Untergrundbahn in der Schönhauser Allee? Von dem Stadtd. Gronewald (A. L.) ist mit Unterstützung von Mitgliedern der Allen Linken und der Freien Fraktion der Antrag eingebracht worden:

Der Magistrat wolle mit der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin erneut wegen Baues einer Untergrundbahn an Stelle der geplanten Hochbahn durch die Endstraße der Schönhauser Allee so verhandeln, daß eine Vorlage geschaffen wird, die diese Veränderung des § 3 des Vertrages vom 19. April 1908 mit obiger Gesellschaft in dem Sinne vorzieht, daß auch die Endstraße als Untergrundbahn zur Ausführung kommt.

Stadtd. Gronewald: Das Schönhauser Viertel war 1906, als der Vertrag zustande kam, entzweit darüber, daß das Ende der Bahn vom Alexanderplatz nach dem Ringbahnhof Schönhauser Allee als Hochbahn von der Franzosenstraße ab ausgehoben werden sollte. Diese Entzweiung, die nicht von den Hausbesitzern gemacht war, sondern aus der Bevölkerung heraus sich geltend machte, ist jetzt allgemein geworden. Noch in letzter Stunde muß versucht werden, diesen Fehler zu reparieren; die Hochbahn würde die ganze Gegend verändern. Die großen Kosten dürfen uns nicht schrecken, auch wenn sie wirklich 3 1/2 Millionen betragen. Berlin darf sich doch nicht von den Vororten in den Schatten stellen lassen. Für die Gesellschaft bietet gerade das noch fehlende Stück der Linie die größten Einnahmehancen; es gibt gar keine bessere Kapitalanlage als in Berliner Untergrundbahnen. Jedenfalls bitte ich eventuell um Ausschussberatung, da auch eine Geldebewilligung in Frage kommt.

Vorsteher-Stellvertreter Cassel hält die Verweisung des Antrages an einen Ausschuss für selbstverständlich, da er eine Geldebewilligung nach den Darlegungen des Antragstellers involviert.

Stadtd. Mommsen (Fr. Fr.) erklärt sich entschieden dagegen. Es handle sich noch keineswegs um eine Geldebewilligung. Man solle die Geschäftsordnung nicht extensiv auslegen. (Beifall.)

Es geht ein Antrag Lademwig (A. L.) ein, über den Antrag Gronewald zur Tagesordnung überzugehen.

Ueber diesen Antrag Lademwig muß abgestimmt werden, nachdem ein Redner dagegen, einer dafür gesprochen hat.

Gegen den Uebergang zur Tagesordnung spricht

Stadtd. Borgmann (Soz.): Wenn ein Teil der Versammlung wünscht, über diese Frage nochmals eingehend Erörterungen zu pflegen, so kann die Sache doch nicht so kurzer Hand abgetan werden. (Sehr richtig!) Man kann doch über 14 000 Unterschriften nicht so einfach hinweggehen. (Beifall.)

Stadtd. Lademwig giebt seinen Antrag einstweilen zurück. (Aha! und Heiterkeit.)

Stadtd. Singer: Auch ich bin nicht der Meinung des Vorstehers. Der Antrag enthält keine Geldforderung, und dann kann man noch sehr zweifelhaft sein, ob sich an ihn, wenn er angenommen wird, eine Geldforderung knüpfen würde. Die äußerste Konsequenz wäre vielleicht eine Kündereinnahme der Stadt. Das ist doch keine Ausgabe, die die Stadt macht. Was sollte denn ein auf Grund der angezogenen Geschäftsordnungsbestimmungen eingeleiteter Ausschuss machen? Soll er etwa mit der Gesellschaft verhandeln?

Stadtd. Goldschmidt (A. L.): Meine Fraktion lehnt in ihrer überwiegenden Mehrheit den Antrag ab. Eine einseitige Abänderung des vorhandenen Vertrages zwänge denjenigen, der die Forderung will, die Kosten zu tragen. Einseitigen muß deren Summe auf 3 1/2 Millionen angenommen werden. Berlins flüssiger Boden eignet sich für den Bau von Untergrundbahnen sehr wenig; daneben würde die Verlegung der Hochsysteme ufm. unendlich viel Geld verschlingen. Auch in der inneren Stadt wird man schließlich zu Hochbahnen kommen müssen. Wir haben doch schon in der Göttschiner und in der Bülowstraße Hochbahnen. (Lebhafte Rufe: Leider! Leider!) Die dortigen Eigentümer haben längst ihre Abneigung gegen die Hochbahn ausgesprochen. Die 5 Proz. Verzinsung, die die Gesellschaft herausgewirtschaftet hat, stammen doch nicht aus der Untergrundbahn allein, sondern auch aus der Hochbahn. Der Antragsteller meint, es werde der Schönhauser Allee Licht und Luft gebracht werden und Klug und Schnärze an die Stelle treten. Nun, mit Dampfzügen soll da doch nicht gefahren werden.

Stadtd. Lademwig: Keineswegs anderswo, als in diesem Teil Berlins ist eine Hochbahn weniger störend und eine Untergrundbahn kostspieliger. Die Schönhauser Allee ist ja noch viel breiter als die Bülowstraße, wo die Hochbahn auch nicht stört. Mit der Untergrundbahn müßten wir dort noch viel tiefer gehen als in anderen Stadtteilen.

Stadtd. Borgmann: Wenn man sich die Entwicklung unseres Schnellbahnsystems vor Augen führt, muß es unverständlich erscheinen, daß eine Rebe wie die Goldschmidt'sche gehalten werden konnte. Sämtliche Vororte bauen nur Untergrundbahnen. Als das Bauwerk in der Göttschiner- und Bülowstraße beschlossen wurde, erfolgte die Beschlußfassung in einer Zeit, wo hier in der Verwaltung eine Ausschließungshaltung herrschte. Als dann Charlottenburg gegen die Weiterführung der Hochbahn Front machte und nur eine Untergrundbahn zuließ, war es klar, daß, wenn Berlin wieder einmal vor die Frage der Genehmigung einer Hochbahn gestellt würde, die Zustimmung der Bürgerschaft nicht zu erwarten war. (Beifall.) Die anliegenden und umliegenden Bewohner schädigt eine Hochbahn ganz unzweifelhaft. Kollege Goldschmidt sollte doch einmal eine Abstimmung unter den Anwohnern der Hochbahn veranstalten; die Stimmung ist heute so, daß die Betreffenden lieber auf eine Schnellbahn verzichten, als eine Hochbahn in den Kauf nehmen. (Lebhafte Widerpruch.) Lassen Sie es doch einmal darauf ankommen. Die Widmarstraße ist doch noch breiter als die Schönhauser Allee, dennoch hat man dort die Bahn als Untergrundbahn gebaut. Opfer müssen gebracht werden; es kann sich nur darum handeln, ob das Opfer im Interesse der Allgemeinheit nötig ist. Die Schönhauser Vorstadt hat eine Bevölkerung von 200 000 Seelen, die einzige Erholungsstätte dort ist die Schönhauser Allee. Soll diese Straße wieder ruiniert werden? Die Hochbahngesellschaft hat uns einen Plan zugehen lassen, der die Sache gar nicht deutlich macht, der Täuschungen hervorgerufen geeignet ist. (Unruhe.) Der Bahnhof am Nordringbahnhof Schönhauser Allee, heißt es, würde 10 Meter unter dem Niveau zu liegen kommen; das scheint mir ebenfalls insofern falsch, als der Bahnhof gar nicht unmittelbar am Bahnhof des Nordringes gebaut zu werden braucht, sondern nach der Stargarder Straße zurückgezogen werden kann. Die

Schwierigkeiten wegen des Radialsystems XI werden unsere Techniker schon zu überwinden wissen. Der Endbahnhof der Hochbahn in der Schönhauser Allee würde das Straßenterrain so stark in Anspruch nehmen, daß dagegen die schwersten Bedenken erhoben werden müßten, und Panik wird in seine Zustimmung zu einer Hochbahn geben, unsere Hochbahn müßte dann also wieder heruntergeführt werden, wie es in Charlottenburg geschah. Unter dem Geräusch der Hochbahn leiden die Anwohner außerordentlich, trotz der Schalldämpfer, wie sie in der Bülowstraße angebracht sind. Der Wunsch des Antragstellers ist durchaus berechtigt. Glaubt Kollege Goldschmidt wirklich, daß die Frankfurter Allee oder die Göttschiner Straße einmal durch eine Hochbahn besetzt werden wird? Hier kommt es ganz besonders auch auf die Interessen der Arbeiterbevölkerung an.

Stadtbaurat Krause: Nicht in Festimmung haben die städtischen Behörden 1906 die Straße genehmigt. Verkehrsdeputation und Magistrat haben die Frage der Hochbahn sehr eingehend geprüft. In erster Linie wurde von uns eine Untergrundbahn dort verlangt. Die Kosten sollten dafür etwa 8 Millionen Mark mehr betragen; zu diesem Kostenpunkt kam die Lage der beiden großen unterirdischen Kanäle, um uns davon abzubringen. Die Kanalisation würde brock gelegt werden, wenn man die Kanäle verlegen müßte. Die Untergrundbahn müßte also unter diesen Kanälen angelegt werden; muß sie 10 Meter unter Niveau angelegt werden, so ist sie nicht mehr betriebsfähig, es müssen dann Aufzüge errichtet werden, und sie rentiert sich nicht mehr. Daraus hat die Verkehrsdeputation von der Untergrundbahn Abstand genommen. Ich kann danach nicht in Aussicht stellen, daß der Magistrat jetzt einen anderen Standpunkt zu der Frage einnehmen wird. Die Mittelpromenade in der Schönhauser Allee ist so breit, daß die Bäume stehen bleiben können, bei der Untergrundbahn würden sie fallen müssen. Die Gesellschaft hat auch aus den schwierigen Betriebsverhältnissen ihren Widerstand hergeleitet. Herr Gronewald hat zwar 14 000 Unterschriften, aber nicht auch gleichzeitig den nötigen Geldbeutel mitgebracht. (Heiterkeit.)

Stadtd. Jacobi (A. L.): Nach Verlauf der drei Jahre müßten wir doch zugeben, daß die Gesellschaft allen ihren Verpflichtungen nachgekommen ist. Der Vertrag ist damals nur mühsam und schwierig als ein Kompromiß zustande gebracht worden. Ich lege den technischen Ausführungen des Magistrats mehr Gewicht bei als denjenigen des Kollegen Borgmann. Die Promenade wird nicht leiden. Die Petenten werden auch nicht auf die Bahn verzichten, sondern lieber die Hochbahn nehmen wollen, als gar keine. Man soll auch nicht einen Stadteil gegen den anderen ausspielen; wir sind doch Vertreter der ganzen Stadt. Die „Metropolitain“ in Paris hat große Strecken Hochbahn, ebenso Hamburg und New York. Schöneberg, Wilmersdorf und Charlottenburg wollen allerdings Untergrundbahnen bauen, aber das begannen die Terrainsgesellschaften, die Großbanken, die geben da die Subventionen her. Die treten also kapitalistische Interessengruppen vor den Tisch. Auch ist nicht ganz Berlin so gesamt wie der Kollege Gronewald; der Verkehrsdeputation liegen auch Petitionen vor, die sich sogar teilweise für die Schwebbahn erwärmen. Das Vorhandensein der Schnellbahn hebt auch den Wert der Grundstücke in der Schönhauser Vorstadt; gleichviel, ob Hoch- oder Untergrundbahn. Soll der Magistrat der Gesellschaft zumuten, 3 1/2 Millionen mehr auszugeben, oder sollen wir das bezahlen? Die Straße soll dochbahn sein, daran haben wir nicht zu drehen und zu deuteln. Nehmen Sie den Antrag Gronewald ab, sonst schädigen Sie (Zuruf: „Die Aktien!“ Heiterkeit) die Entwicklung des Stadteifels.

Stadtd. Möller (A. L.): Die Frage, was die Untergrundbahn mehr kosten wird, ist bisher nicht genügend geprüft worden. Bei den ersten Verhandlungen ist immer nur von höchstens 2 Millionen gesprochen worden. (Hör! Hör!) Wenn nachher die Gesellschaft allmählich bis auf 3 1/2 Millionen hinaufkam, so liegt es ja ganz im Interesse der Gesellschaft, um so grausig wie möglich zu machen. Schon aus diesem Grunde wäre Ausschussberatung angezeigt. In den Fähigkeiten des Stadtbaurats Krause haben wir viel mehr Vertrauen als er selbst. (Heiterkeit.) Gegen die Schwierigkeiten, die bei der Döberitzer Heerstraße zu überwinden waren, ist die Untertunnelung der Schönhauser Allee ein Kinderspiel. Wenn die schöne Promenade, die 1 Million gekostet hat, vernichtet werden soll, dann wäre diese Million doch sorgfältig zu verwenden. An der Geldfrage wird die Sache nicht zu scheitern brauchen, und an der technischen Frage erst recht nicht.

Stadtrat Alberti: Es handelt sich nicht um willkürliche Schätzungen, sondern um einen genauen Kollisionsschlag, wonach die Kosten 3 Millionen betragen. Ich kann nur bedauern, daß man heute lediglich wiederholt, was schon vor drei Jahren ebenso gründlich vorgetragen und widerlegt worden ist. Seitdem hat sich nichts verändert, nur daß jetzt im Wesen einige neue Untergrundbahnen geplant werden, die aber von den Interessenten bezahlt werden.

Stadtd. Döhrenschütz (Fr. Fr.): Wenn wir im letzten Moment an den geschlossenen Vertrag rütteln, so liegt die Gefahr vor, daß die Gesellschaft lieber in die Prengelauer Allee geht und dort von den Abzogenen noch Beiträge bekommt.

Stadtd. Rosenow (A. L.) empfiehlt Ausschussberatung, weil der Antrag mindestens in Zukunft eine Geldebewilligung nach sich ziehen könne.

Von dem Stadtd. Sonnenfeld wird jetzt Ausschussberatung beantragt; Stadtd. Gronewald spricht sich dafür aus.

Stadtd. Goldschmidt tritt dem Abg. Borgmann entgegen; das Erholungsbedürfnis der Bewohner der Schönhauser Vorstadt würde durch den Bau nicht eingeschränkt; billig und schnell fahren würde aber nicht nur der Arbeiter, sondern die ganze gewerbe- und handelsbetreibende Bevölkerung.

Stadtd. Borgmann: Es würde ja eventuell nichts im Wege stehen, den Bahnhof der Untergrundbahn an eine andere Stelle, nämlich nach der Nordseite zu verlegen. Damit würden die Kosten für das ganze Bauwerk sehr vermindert. Auch das sollte man im Ausschuss prüfen. Einen einzelnen Bezirk die Kosten tragen zu lassen, wie der Bauvat verlangte, wäre eine Unbilligkeit, da muß eventuell die Allgemeinheit eintreten.

Stadtd. Dove (A. L.) befrwortet wiederum einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Durchschlagend seien für ihn die Darlegungen des Stadtrats Alberti.

Stadtd. Gronewald bittet, diesen Antrag zurückzuziehen, da sich doch manches gegen die Zeit vor drei Jahren geändert habe.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird mit 74 gegen 23 Stimmen abgelehnt.

Es sprechen noch die Stadtverordneten Reile und Goldschmidt.

Der Vorsteher-Stellvertreter Cassel erklärt, daß er seine Ansicht über die Frage, ob Ueberweisung an den Ausschuss erforderlich ist oder nicht, nicht ändern könne.

Stadtd. Singer (zur Geschäftsordnung): Nach dieser Erklärung muß ich meine entgegenstehende Auffassung in allen Punkten aufrecht erhalten. Ich kann nicht verstehen, wie man die Geschäftsordnung so auslegen kann, wie der Vorsteher es will.

Stadtd. Dr. Breuß (soz.-fortschritt.) hält auch die Auffassung des Vorstehers nicht für zureichend; Stadtd. Sonnenfeld springt dagegen dem Vorsteher bei.

Mit großer Mehrheit wird die Einsetzung eines Ausschusses beschlossen.

Die Vorlage wegen Ankaufs von Ländereien in der Tegeler Damerheide zur Erweiterung des Wasserwerkes Tegel (es handelt sich um etwa 80 500 Quadratmeter à 750 M.) wird angenommen, nachdem am Anfang des Stadtd. Dr. Wehl (Soz.) der Stadtrat Rumshöftel die Auskunft gegeben hat, daß es in der Mitte der anzukaufenden Ländereien gelegene Pflanzgründe nicht angekauft werden soll, wenn das Konsortium einen höheren Preis als 700 M. fordern sollte, da die übrig bleibenden Ländereien für die Erweiterung des Wasserwerkes mehr als ausreichend sind.

Die Vorlage wegen Errichtung eines zweiten Verwaltungshauses für 70 Kranke bei der III. Frauenanstalt in Duss geht auf Antrag Körte (Fr. Fr.) in einen Ausschuss. Schluß gegen 9 Uhr.

11. Generalversammlung der Lagerhalter.

Frankfurt a. M., 12. Mai.

Dritter Verhandlungstag.

Bei der weiteren

Beratung der Anträge zum Statut

kommen auch Gegner jeder weiteren Unterstützungsbeihilfen zum Wort. Nach fast endlosen Erörterungen, die sich bis gegen Mittag hinzogen, wird bei der Abstimmung die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die Verwerfung der Kranken- und Sterbeunterstützung beschlossen. Stellenlose Mitglieder können nun eine wöchentliche Unterstützung von 15 M. auf die Dauer von 13 Wochen beziehen. Der Höchstbetrag der Untergutsunterstützung wird von 50 auf 75 M. und die wöchentliche Gemahrgeldunterstützung von 15 auf 18 M. erhöht. Der monatliche Beitrag wird dem Kommissionsantrag entsprechend auf 1,75 M. festgesetzt. Der von der Kommission vorgeschlagenen Anstellung eines zweiten Beamten stimmt die Generalversammlung zu. Abgelehnt wird ein Antrag, den Vorstand zu beauftragen, der Einführung einer Beihilfe zur Invalidenversicherung näher zu treten und eine diesbezügliche Vorlage der nächsten Generalversammlung vorzulegen. Ferner verfällt der Ablehnung der Antrag Braunshweig: „Ueber Generalversammlungsbeschlüsse, welche eine Erhöhung der Beiträge, sowie Einführung von neuen Unterstützungsweisen und Erhöhung bestehender Unterstützungsätze bezwecken, ist eine Urabstimmung der Mitglieder herbeizuführen.“

Der Antrag, das

Verbandsorgan

monatlich dreimal erscheinen zu lassen, findet keine Mehrheit, der Kopf der „Monatsblätter“ soll aber in „Lagerhalterzeitung“ geändert werden.

Die neuen Bestimmungen des Statuts treten am 1. Juli 1909 in Kraft.

Der erste Vorsitzende Reinhold Leipzig wird einstimmig wiedergewählt. Der Ausschuss bleibt in Berlin.

Die Diäten werden auf 12 M. pro Tag festgesetzt. Dem Delegierten aus Lübeck, der unter Entrüstung der Generalversammlung festhielt, seine Verwaltung (Konsumverein Lübeck) habe erklärt, das Gehalt für die Tage seiner Abwesenheit abzuziehen, wird der Lohnausfall vergütet.

In der

Verschmelzungfrage

wird der Antrag der Statutenberatungskommission, den Vorstand zu beauftragen, mit den Vorständen des Handlungsgehilfen- und Transportarbeiterverbandes in Verhandlungen zu treten, ob eine Verschmelzung der drei Verbände zu ermöglichen sei, angenommen. Ein Zusatzantrag, mit den Transportarbeitern allein weiter zu verhandeln, wenn die Verhandlungen mit den Handlungsgehilfen scheitern, wird abgelehnt.

Damit sind die Arbeiten der Generalversammlung erledigt. Die nächste Generalversammlung findet 1911 in München statt.

Aus Industrie und Handel.

Zur Geschäftslage in der Textilindustrie.

Die Geschäftslage in der deutschen Textilindustrie hat sich zweifellos gebessert. Die Märkte der wichtigsten Rohstoffe zeigen steigende Preisstendenz. Antwerpener Raummzug stieg von 4,10 Fr. auf 5,77 1/2 Franks. Das ist nur 0,45 Franks niedriger als der höchste Stand aus der Zeit der Hochkonjunktur. Der Preis der Rohbaumwolle stieg in den letzten Wochen um 7 1/2 Pf. pro Pfund — von 45 auf 52 1/2; hier scheinen Spekulationsläufe amerikanischer Geschäftsführer nicht ohne Einfluß gewesen zu sein. Wie auf den Rohstoffmärkten hat sich für Wolle und Baumwolle auch in den meisten der weiterverarbeitenden Branchen dieser Industrie die Lage gebessert. Im ganzen Reich wird in den Raummangarnereien außerordentlich lebhaft produziert. Entsprechend ist selbstverständlich auch die Beschäftigung in den Betrieben der Vorbereitung (Wollkämmereien, Wäschereien usw.). Auch die Raummangarnweberereien weisen in der Hauptsache — einige elassische Orte etwa ausgenommen — gute Beschäftigung auf. Dasselbe ist demzufolge in den Bleichereien, Färbereien und Appreturanstalten überall der Fall. Nicht so günstig sieht es in der Tuchindustrie aus. Einzelne Orte wie Aachen, Rhendi und N. Gladbach sind sehr gut beschäftigt. Dagegen ist in anderen Produktionsgebieten, Neumünster, Werdau, Ludenwalde, Sorau, Sommerfeld, Görlitz, Landrecht — die Beschäftigungsgrad ungenügend. So verhältnismäßig der Beschäftigungsgrad in der Tuchbranche ist, so verschieden ist er auch in den sogenannten Wollweberereien (Produktionsstätten von Stoffen für wollene Gewandstoffe, Jaden usw.). Im allgemeinen wurde das Geschäft in der Wollindustrie durch den anhaltenden Winter günstig beeinflusst. Weit weniger lebhaft ist der Geschäftsgang in der Baumwollindustrie. Arbeiterentlassungen werden noch immer vorgenommen. Verschiedenheit in der Beschäftigung ist auch in den Baumwollweberereien aller Arten zu beobachten. Weber und Weberinnen müssen noch mit beschränkter Stückzahl schaffen. Durchgreifende und dauernde Besserung im Beschäftigungsstand wird für die 781 000 in der Woll- und Baumwollindustrie beschäftigten Arbeiter wohl erst zu erwarten sein, wenn durch Ueberwindung der Krisis in anderen Gewerben die Kaufkraft der Massen sich hebt. Nicht schlecht sieht es noch immer in der Samt- und Seidenstoffbranche aus, und zwar gilt das in der letzteren für Krausentstoffweber, wie für Konfektions-, Seiden- und Kleiderstoffe. Verkürzte Arbeitszeit, leerstehende Stühle, geringer Verdienst für die 72 000 Arbeiter ist hier die Regel. Die Wandweberereien des Buppertales sind gut beschäftigt. In der Leinenindustrie Bielefelds und Selmens ist Besserung eingetreten; doch gibt es in Selmens noch immer viele leerstehende Stühle. Die ergebungsreiche Pflanzweberbranche liegt noch danieder, ebenso läßt die Teppich- und Plüschfabrikation sehr viel zu wünschen übrig. Der Ring der Jutespinnereien hat für das laufende Quartal die Produktion für Weberereien auf 20 Proz. und für Spinnereien auf 10 Proz. eingeschränkt. Wenig erfreulich ist die Situation der Strumpfwirker und der Handschuhbranche des Erzgebirges. Die Besserung ist gering. Die Fabrikanten klagen über niedrige Preise und die Arbeiter haben geringen Verdienst und viele sind noch arbeitslos.

Unternehmerschmerzen. Im Geschäftsbericht der Alliengeellschaft für Anilinfabrikation heißt man: „... Dagegen können wir die Belastung der Industrie mit den erheblichen Kosten, welche die Beschaffung zur Einführung von Arbeitslammern und zur Umgestaltung der bereits vorhandenen gesellschaftlichen Arbeiterversicherungen... als berechtigt nicht anerkennen.“ Bei solchen Schmerzen bleibt den Papierinhältern aber doch noch der eine Trost, daß sie 18 Proz. Dividende einstreichen dürfen und der Aufsichtsrat für seine Leistung 130 500 M. Lantime erhält.

Vom Petroleumkampf. In unserer Notiz in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“, „Der Petroleumkampf zu Ende“, wird uns mitgeteilt, es sei richtig, daß die österreichischen und ungarischen Petroleumraffinerie ein Komitee gewählt hätten. Dieses habe jedoch nur die Bestimmung, mit den einzelnen Fabrikanten Verhandlungen behufs Konsolidierung der Petroleumindustrie im Innern des Landes zu verhandeln. Es sei jedoch unwahr, daß dieses Komitee auch Aufträge erhielt, Verhandlungen mit dem Standard-Triest aufzunehmen. Die Oesterreicher fühlten nach wie vor einen heftigen Konkurrenzkampf gegen die amerikanische Gesellschaft.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15:

## Sitzung der Ortsverwaltung.

Wedding und Moabit.

Sonntag, den 16. Mai, vorm. 10 Uhr, bei Raabe, Kolberger Str. 23:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung der Diskussion der letzten Versammlung.  
2. Wahl der Kommissionsmitglieder.  
Ehrl. Kolleg d. Bezirke haben die Pflicht, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bezirke Steglitz

umfassend die Distrikte Steglitz, Groß-Lichterfelde, Lankwitz, Friedenau, Südde, Mariendorf, Wilmersdorf, Tempelhof, Schmargendorf und Grunewald.

## Achtung! Bautischler!

Montag, den 17. Mai, abends 6 Uhr, bei Wwe. Günther in Gr.-Lichterfelde, Schützenstr. 1 (Ecke Chausseestraße):

## Bezirks-Vertrauens-Versammlung.

1. Wie stellen wir uns zu dem im Jahre 1905 abgeschlossenen Arbeitsvertrag. 2. Diskussion.  
Sämtliche Bezirksstellen in den genannten Orten sind verpflichtet, Vertrauensdelegierte zu entsenden.  
Die Kontrollkommissionen von Groß-Lichterfelde und Steglitz.

# Verband der Hafenarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Mitgliedschaft Berlin.

## Witglieder-Versammlung

Sonntag, den 16. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, im Königstadt-Casino, Holzmarktstraße 72.

Tages-Ordnung:  
1. Verbandsangelegenheiten (Bericht über unsere Tätigkeit), 2. Verschleiden und Aufnahme neuer Mitglieder.  
Um rege Beteiligung ersucht  
1906 Der Vorstand.

## 6. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 15. Mai vormittags.  
Für die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

1000	146046	255	245	705	74	861	66	147015	132	304	[1000]						
875	146149	371	469	564	655	80	149113	372	601	898	[1000]						
150000	104	76	531	[1000]	85	151304	534	564	741	[1000]							
804	[1000]	973	152120	25	37	[1000]	89	241	280	405	[1000]						
721	99	833	87	153115	485	612	811	90	908	73	[150000]						
135	315	425	155220	205	505	83	84	99	748	[1000]	875	938					
158000	227	398	464	691	157007	320	422	62	547	855	967	[1000]					
158006	255	455	[1000]	564	706	90	859	159077	308	425	[1000]						
87	778	[1000]	47	[1000]	47	[1000]	47	[1000]	47	[1000]	47	[1000]					
160378	445	720	49	974	161010	114	50	673	[1000]	754	[1000]						
646	162071	41	205	465	163206	260	86	628	613	164001	[1000]						
105	84	292	60	282	67	401	563	63	874	[1000]	165132	265					
204	38	492	95	225	623	[1000]	791	899	166123	[1000]	237	[1000]					
306	41	605	34	[1000]	828	167128	[1000]	255	[1000]	60	435	[1000]					
64	533	84	623	902	[1000]	65	168431	568	71	83	90	[1000]					
47	799	917	78	169226	42	[1000]	67	291	463	67	83	94	[1000]				
17	[1000]	47	[1000]	146	[1000]	281	410	607	700	810	171008	123	[1000]				
280	324	[1000]	83	474	303	84	821	[1000]	172123	300	466	[1000]					
67	602	771	994	173241	212	35	37	[1000]	1727	67	815	916	[1000]				
174013	171	[1000]	160	528	41	707	822	175003	133	[1000]	[1000]	[1000]					
34	78	217	326	[1000]	47	434	49	504	621	733	176008	[1000]	[1000]				
241	307	619	437	177827	[1000]	581	595	178000	126	68	[1000]	[1000]					
225	307	179010	366	288	429	42	582	737	[1000]	181206	[1000]	[1000]					
180001	81	[1000]	388	429	42	582	737	[1000]	181206	[1000]	[1000]	[1000]					
[1000]	469	644	700	[1000]	658	69	503	182027	353	183134	[1000]	[1000]					
66	[1000]	269	[1000]	337	42	[1000]	71	84	[1000]	878	82	815	[1000]				
48	79	184418	29	739	24	48	755	185001	110	21	823	30	[1000]				
[1000]	943	60	[1000]	186145	61	187019	89	100	210	80	70	[1000]	[1000]				
634	500	188442	265	640	713	85	938	189111	210	[1000]	233	[1000]	[1000]				
53	283	824	[1000]	191023	81	273	[1000]	405	48	55	535	68	725	81	923	[1000]	
191138	54	60	273	[1000]	423	81	68	545	68	192021	264	[1000]	[1000]	[1000]			
496	97	593	834	713	[1000]	75	533	193027	609	808	909	[1000]	[1000]	[1000]			
[1000]	190	[1000]	194212	686	927	85	195028	65	207	409	[1000]	[1000]	[1000]				
512	754	196005	101	[1000]	125	282	81	304	[1000]	44	[1000]	[1000]	[1000]				
197131	331	87	687	54	928	198184	448	[1000]	639	79	[1000]	[1000]	[1000]				
83	22	773	680	[1000]	89	199002	227	364	428	628	634	[1000]	[1000]	[1000]			
99	783	842	912	[1000]	200009	[1000]	17	01	123	294	326	508	48	73	721	81	[1000]
201329	403	818	87	202088	[1000]	41	170	88	818	494	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]			
710	915	21	203344	121	[1000]	696	797	899	204003	207	50	[1000]	[1000]	[1000]			
428	34	[1000]	540	610	205141	38	129	433	44	65	605	613	[1000]	[1000]	[1000]		
25	[1000]	85	820	206111	289	414	[1000]	61	80	[1000]	270	[1000]	[1000]	[1000]			
751	207105	27	41	543	778	977	208002	717	209023	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]			
380	[1000]	415	97	773	80	924	41	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]			
210010	211139	[1000]	205	309	428	558	702	805	883	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]			
212000	214	200	525	32	48	658	900	80	213076	154	348	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
67	609	864	71	989	214206	231	95	845	908	85	[1000]	215071	[1000]	[1000]	[1000]		
[1000]	215	65	28	305	46	501	51	604	808	216244	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]			
219	54	684	942	217032	39	691	887	974	218013	187	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]			
241	63	628	[1000]	733	[1000]	219130	60	210	64	603	8	885	[1000]	[1000]	[1000]		
[1000]	883	[1000]	220013	44	145	530	715	805	908	98	221006	225	400	[1000]	[1000]	[1000]	
[1000]	85	891	625	[1000]	988	222222	27	223008	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
207	59	216	738	224030	470	630	954	225273	419	51	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
89	818	[1000]	226142	44	302	428	835	227175	744	84	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
228008	[1000]	1289	[1000]	224	20	69	445	573	747	48	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
229009	177	205	242	817	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
230005	603	58	412	231023	423	78	670	92	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
798	232013	124	858	232000	319	64	82	233008	143	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
328	409	77	539	623	234011	325	73	547	660	81	43	235015	[1000]	[1000]	[1000]		
110	258	190	940	54	78	790	236007	80	103	25	[1000]	236	[1000]	[1000]	[1000]		
456	708	832	94	935	237207	215	400	47	89	518	238045	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
68	254	87	259	38	484	81	594	50	[1000]	61	542	873	[1000]	[1000]	[1000]		
99	727	829	79	239023	302	8	[1000]	81	542	873	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
240005	208	48	323	30	826	308	783	896	[1000]	242020	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
929	70	241011	[1000]	450	590	865	783	896	[1000]	243020	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
[1000]	717	810	243066	482	88	883	244027	245028	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
110	260	62	862	742	63	826	97	246100	43	501	99	401	[1000]	[1000]	[1000]		
84	82	812	25	[1000]	855	[1000]	247130	[1000]	90	826	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
54	701	97	901	248200	200	425	756	97	[1000]	249102	60	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
[1000]	742	[1000]	948	72	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
250019	174	607	738	812	[1000]	83	940	[1000]	88	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
251031	[1000]	219	488	252107	10	415	652	708	253008	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
102	89	[1000]	227	620	72	824	254040	59	324	47	634	85	[1000]	[1000]	[1000]		
[1000]	491	985	255100	[1000]	233	[1000]	410	83	311	18	88	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
80	127	828	22	[1000]	256445	799	989	[1000]	257008	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
400	260	[1000]	700	15	581	910	23	[1000]	93	258130	83	873	[1000]	[1000]	[1000]		
400	3	673	700	[1000]	259187	95	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
260043	[1000]	230	350	61	409	261134	427	618	805	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
983	262013	121	63	273	124	47	[1000]	263002	50	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
866	633	264027	216	475	972	265141	359	[1000]	618	853	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
91	266077	427	96	640	802	64	267231	895	458	78	728	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
700	[1000]	268128	328	445	519	41	[1000]	62	932	43	744	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
843	269335	[1000]	827	806	808	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
270129	64	870	415	675	571	271133	217	371	461	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
456	[1000]	762	272305	61	7	207	475	586	[1000]	623	942	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
273208	698	712	[1000]	825	274019	129	258	378	81	596	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]	[1000]		
777	823	275024	174	[1000]	311	628	72	794	27604								